



GESELLSCHAFTS- & STEUERRECHT

Erik Malle: Die „Register“ zu den wirtschaftlichen Eigentümern von Stiftungen im aktuellen Vorschlag zur Vierten Geldwäscherichtlinie 65

Der aktuelle RL-Vorschlag zur 4. GeldwäscheRL der EU sieht eine Registrierungspflicht für wirtschaftliche Eigentümer von Gesellschaften, von Trusts sowie von juristischen Personen wie Stiftungen und anderen Rechtsgestaltungen, die Trusts ähneln, in Registern vor. Zuständige Behörden und zentrale Meldestellen sowie Verpflichtete iSd GeldwäscheRL sollen Zugriff auf die Registerdaten erhalten, die Öffentlichkeit nur bei Nachweis von berechtigtem Interesse. Registerdaten zu wirtschaftlichen Eigentümern bei (Express) Trusts und vergleichbaren Rechtsvereinbarungen sind jedoch weiterhin der Öffentlichkeit nicht zugänglich.

Martin Schereda: Insichgeschäfte des Stiftungsvorstands 72

Insichgeschäfte des Stiftungsvorstands sind gemäß § 17 Abs 5 PSG genehmigungspflichtig. Ob dies analog für indirekte Geschäfte mit dem Stiftungsvorstand gilt, ist strittig.

JUDIKATUR GESELLSCHAFTSRECHT

Thomas Wenger: Privatstiftung: Vorstand 76

JUDIKATUR STEUERRECHT

Werner Wiesner: Interessantes zum Umgründungssteuerrecht 80

BILANZSTEUERRECHT

Romuald Bertl/Klaus Hirschler: Übergang des wirtschaftlichen Eigentums und Ermittlung der Anschaffungskosten 83

RECHNUNGSWESEN

Annette Köll/Gerald Müller: Darstellung und Veränderung des Eigenkapitals bei Privatstiftungen 85

Die Autoren beschäftigen sich mit der Darstellung und Veränderung des Eigenkapitals bei Privatstiftungen. Sie geben einen Überblick über den bisherigen Diskussionsstand und betrachten die in einer kürzlich verabschiedeten Stellungnahme des AFRAC hierzu gegebenen Empfehlungen. Die Sichtweise des AFRAC wird anhand eines Beispiels veranschaulicht.

INTERNATIONALER RUNDBLICK

Katharina van Bakel-Auer/Gisela Nagy/Barbara Schallmeiner 91

REVISION & KONTROLLE

Robert Reiter: Die zusätzlichen Aufgaben des Organs Stiftungsprüfer neben der Prüfung des Jahresabschlusses

94

Der Stiftungsprüfer ist Organ der Privatstiftung. Als Organ hat er neben der Durchführung der Abschlussprüfung sonstige zusätzlich Aufgaben, um das der Privatstiftung inhärente Kontrolldefizit zu mindern. Der Artikel behandelt einzelne Fragen in diesem Zusammenhang.

Hinweis: Die AFRAC-Stellungnahme „Einzelfragen zur Rechnungslegung von Privatstiftungen“ vom Dezember 2014 sowie das Fachgutachten der Kammer der Wirtschaftstreuhänder „Zu ausgewählten Fragen bei der Tätigkeit als Stiftungsprüfer“ in der Fassung vom September 2014 finden Sie im Volltext auf www.rwz.lexisnexis.at unter dem Menüpunkt „Extras/Wissen“.

Herausgeber:

o. Univ.-Prof. Dr. Romuald Bertl
WP Dr. Robert Reiter
Mag. Christoph Schlager (BMF)
RA Dr. Thomas Wenger
Hon.-Prof. MR iR Dr. Werner Wiesner (BMF)
Institut Österreichischer Wirtschaftsprüfer

Redaktionsassistentz:

Mag. Dipl. Ing. Dr. Stéphanie Hörmanseder
MIM (CEMS)

Impressum:

Offenlegung gemäß § 25 MedienG:

Medieninhaber und Herausgeber iSd § 1 (1) Z 8 und 9 MedienG: LexisNexis Verlag ARD Orac GmbH & Co KG | Sitz: Marxergasse 25, 1030 Wien | Unternehmensgegenstand: LexisNexis ARD Orac ist ein führender Fachverlag in Österreich im Bereich Steuern, Recht und Wirtschaft, der die Tradition der Verlagshäuser Orac und ARD unter internationalem Dach fortführt. LexisNexis ARD Orac ist ein Tochterunternehmen der international tätigen Verlagsgruppe Reed Elsevier, deren Legal Division weltweit unter dem Namen LexisNexis firmiert. | **Blattlinie:** Rechtsinformation und Wirtschaftsinformation; aktuelle rechtliche Neuerungen | **Geschäftsführung:** Mag. Peter Davies, MBA | **Unbeschränkt haftender Gesellschafter:** Orac Gesellschaft m.b.H., Marxergasse 25, 1030 Wien | **Kommanditist:** Reed Messe Salzburg Gesellschaft m.b.H., Am Messezentrum 6, 5021 Salzburg | **Beteiligungsverhältnisse:** Alleiner Gesellschafter der Orac Gesellschaft m.b.H.; Reed Elsevier Austria GmbH, Am Messezentrum 6, 5021 Salzburg | **Gesellschafter der Reed Messe Salzburg Gesellschaft m.b.H.:** Reed Elsevier Overseas B.V., Radarweg 29, 1043 NX Amsterdam (0,1%), Reed Elsevier Austria GmbH, Am Messezentrum 6, 5021 Salzburg (99,9%) | **Alleiner Gesellschafter der Reed Elsevier Austria GmbH:** Reed Elsevier Overseas B.V., Radarweg 29, 1043 NX Amsterdam | **Alleiner Gesellschafter der Reed Elsevier Overseas B.V.:** Reed Elsevier Holdings B.V., Radarweg 29, 1043 NX Amsterdam | **Gesellschafter der Reed Elsevier Holdings B.V.:** Reed Elsevier Group PLC, 1-3 Strand, London WC2N 5JR (50%), Reed Elsevier Holdings Ltd., 1-3 Strand, London WC2N 5JR (50%) | **Redaktion:** Marxergasse 25, 1030 Wien. ISSN: 1018-3779

Derzeit gilt Anzeigenpreisliste Stand 2015 | **Verlags- und Herstellungsort:** Wien | Die Zeitschrift erscheint einmal im Monat | **Einzelheftpreis 2015:** € 27,-; **Jahresabonnement 2015:** € 279,- inkl. MWST bei Vorauszahlung; **Preisänderungen vorbehalten** | **Bankverbindung:** Bank Austria IBAN: AT84 1200050423468600, BIC: BKAUATWW | **Abbestellungen** sind nur zum Jahreschluss möglich, wenn sie bis spätestens 30.11. schriftlich einlangen | **Druck:** Prime Rate GmbH, Megyeri út 53, H-1044 Budapest.

Verlagsrechte: Die in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte bleiben vorbehalten. Kein Teil dieser Zeitschrift darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form – durch Fotokopie, Mikrofilm, Aufnahme in eine Datenbank oder auf Datenträger oder auf andere Verfahren – reproduziert oder in eine von Maschinen, insbesondere Datenverarbeitungsanlagen, verwendbare Sprache übertragen werden. Das gilt auch für die veröffentlichten Entscheidungen und deren Leitsätze, wenn und soweit sie von Einsender oder von der Schriftleitung redigiert, erarbeitet oder bearbeitet wurden und daher Urheberrechts-

Schriftleitung:

o. Univ.-Prof. Dr. Romuald Bertl

Ständige Mitarbeiter:

Dr. Christoph Fröhlich
Univ.-Prof. Dr. Klaus Hirschler
Mag. Gisela Nagy
Dr. Katharina van Bakel-Auer

Abonnentenservice:

Tel. +43-1-534 52-5555, Fax DW 141
E-Mail: bestellung@lexisnexis.at

Lektorat und Autorenbetreuung:

Mag. Evelyn Hahn
1030 Wien, Marxergasse 25
Tel. +43-1-534 52-1562, Fax DW 146
E-Mail: evelyn.hahn@lexisnexis.at

Anzeigen & Mediadaten:

Alexander Mayr
Tel. +43-1-534 52-1116, Fax DW 144
E-Mail: anzeigen@lexisnexis.at
<http://www.rwz.lexisnexis.at/mediadaten>

schutz genießen. Fotokopien für den persönlichen und sonstigen eigenen Gebrauch dürfen nur von einzelnen Beiträgen oder Teilen daraus als Einzelkopie hergestellt werden.

Mit der Einreichung seines Manuskriptes räumt der Autor dem Verlag für den Fall der Annahme das übertragbare, zeitlich und örtlich unbeschränkte ausschließliche Werknutzungsrecht (§ 24 UrhG) der Veröffentlichung in dieser Zeitschrift, einschließlich des Rechts der Vervielfältigung in jedem technischen Verfahren (Druck, Mikrofilm etc) und der Verbreitung (Verlagsrecht) sowie der Verwertung durch Datenbanken oder ähnliche Einrichtungen, einschließlich des Rechts der Vervielfältigung auf Datenträgern jeder Art, der Speicherung in und der Ausgabe durch Datenbanken, der Verbreitung von Vervielfältigungsstücken an die Benutzer, der Sendung (§ 17 UrhG) und sonstigen öffentlichen Wiedergabe (§ 18 UrhG) in allen Sprachen ein. Mit der Einreichung von Beiträgen von Arbeitsgruppen leistet der Einreichende dafür Gewähr, dass die Publikation von allen beteiligten Autoren genehmigt wurde und dass alle mit der Übertragung sämtlicher Rechte an den Verlag einverstanden sind. Mit dem vom Verlag geleisteten Honorar ist die Übertragung sämtlicher Rechte abgegolten. Aufgrund der Honorierung erlischt die Ausschließlichkeit des eingeräumten Verlagsrechts nicht mit Ablauf des dem Jahr des Erscheinens des Beitrags folgenden Kalenderjahres (§ 36 UrhG). Für die Verwertung durch Datenbanken gilt dieser Zeitraum keinesfalls. Trotz sorgfältigster Bearbeitung erfolgen alle Angaben ohne Gewähr. Eine Haftung des Verlages, der Herausgeber und der Autoren ist ausgeschlossen.

Richtlinien für Autoren:

- Manuskripte übermitteln Sie bitte an die E-Mail-Adresse RWZ-Zeitschrift@lexisnexis.at.
- Wir ersuchen um Verwendung gängiger juristischer Zitier- und Abkürzungsregeln (AZR, 7. Auflage).
- Manuskripte sind möglichst unter Verwendung der dekadischen Gliederung zu erstellen und sollten nicht mehr als 3 Gliederungsebenen umfassen.
- Die Beiträge sollten eine Länge von nicht mehr als 25.000 Zeichen (exkl. Leerzeichen, inkl. Fußnoten) aufweisen. Überschreitet das Manuskript diese Länge, sind die Herausgeber berechtigt, die Beiträge entsprechend zu kürzen.
- Jeder Beitrag wird einem externen Begutachtungsverfahren unterzogen, das über seine Veröffentlichung entscheidet. Der Verfasser wird schriftlich informiert, ob der Beitrag zur Publikation angenommen wurde.
- Die Richtlinien für das Verfassen von Zeitschriftenbeiträgen finden Sie in ausführlicher Form unter www.rwz.lexisnexis.at in der Rubrik Autorenseite.



IN ALLER KÜRZE

103

THEMA

Claudia Reith: Möglichkeiten und Grenzen der Investitionsschiedsgerichtsbarkeit	104
Gudrun Monika Zagel: Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP)	107

GESETZGEBUNG

Aktuelle Gesetzesvorhaben (Stand: 26. 3. 2015)	112
------------------------------------------------	-----

RECHTSPRECHUNG

» FAMILIENRECHT

Wiederaufnahme eines Abstammungsverfahrens aufgrund eines DNA-Gutachtens – Fristen	113
Keine Berücksichtigung von Betriebsausgabenpauschalen bei der Unterhaltsbemessung	113
Schätzung der Unterhaltsbemessungsgrundlage wegen fehlender Mitwirkung des Unterhaltsschuldners	113
Ablehnung des Vereinssachwalters?	113
Heimaufenthalt – Beginn der Rekursfrist gegen einen mündlich verkündeten Beschluss	114

» SACHENRECHT

Keine nachbarrechtliche Haftung für Folgen der ordnungsgemäßen Feldbestellung	114
Haftung des Hotelbetreibers als mittelbarer Störer für falsch parkende Gäste	114
Guter Glaube des Ersitzungsbesitzers – gleicher Maßstab für bewegliche und unbewegliche Sachen	114

» ERBRECHT

Entbindung des Testamentsvollstreckers von Verwaltungssachen durch die Erben	115
------------------------------------------------------------------------------	-----

» SCHULDRECHT

Eintritt der Fälligkeit trotz umsatzsteuerrechtlicher Fehler	115
Unmöglichkeit der Mängelbehebung bei Herstellung des Werks durch mehrere Werkunternehmer	115
Wirkliche Übergabe bei Schenkung eines Kontoguthabens	115

» MIET- UND WOHNRECHT

Keine Öffnung des Liftes für alle Wohnungseigentümer über Antrag auf Benützungsbefreiung	116
Beschlussanfechtung – Bezeichnung der „übrigen Wohnungseigentümer“ als Antragsgegner	116
Verjährung des Schadenersatzanspruchs gegen den Verwalter wegen unberechtigter Rücklagenbuchungen	116
Wohnungsgemeinnützigkeit – Entgelterhöhung wegen Neuabschlusses des Baurechtsvertrags	117

» SCHADENERSATZ

Grabungsauftrag als Vertrag mit Schutzwirkungen zugunsten Dritter	117
Produktsicherheitsgesetz als Schutznorm – keine Haftung für Sachschäden	117

Bauwerkhaftung des Segelflugvereins als Besitzer des Hangars für fehlerhaftes Schiebetor	118
Haftung des Tierhalters, der seinen auf eine andere Person zulaufenden Hund nicht rechtzeitig zurückhält	118
Schadenersatzanspruch nach Tötung des Ehegatten kann auch Hundebetreuungskosten umfassen	119
» VERFAHRENSRECHT	
Keine Verfahrenshilfe für Barauslagen bei Eigenvertretung	119
» EXEKUTIONSRECHT	
Sicherung des Pflichtteilergänzungsanspruchs wegen Veräußerungsabsicht des Geschenknnehmers?	119

LITERATURÜBERSICHT

120

Herausgeber:

Hofrat des OGH Univ.-Prof. Dr. Georg E. Kodek, LL.M.
Hofrat des OGH Univ.-Prof. Dr. Matthias Neumayr

Redaktion:

Mag. Wolfgang Kolmasch
E-Mail: wolfgang.kolmasch@lexisnexis.at

Lektorat und Autorenbetreuung:

Mag. Katharina Bacher
1030 Wien, Marxergasse 25
Tel. +43-1-534 52-1552, Fax DW 146
E-Mail: katharina.bacher@lexisnexis.at

Abonnentenservice:

Tel. +43-1-534 52-5555 | Fax DW 141
E-Mail: bestellung@lexisnexis.at

Anzeigen & Mediadaten:

Alexander Mayr
1030 Wien, Marxergasse 25
Tel. +43-1-534 52-1116, Fax DW 144
E-Mail: anzeigen@lexisnexis.at
<http://zak.lexisnexis.at/mediadaten>

Impressum:

Offenlegung gemäß § 25 MedienG:

Medieninhaber und Herausgeber iSd § 1 Abs 1 Z 8 und Z 9 MedienG: LexisNexis Verlag ARD Orac GmbH & Co KG | Sitz: Marxergasse 25, 1030 Wien | Unternehmensgegenstand: LexisNexis ARD Orac ist ein führender Fachverlag in Österreich im Bereich Steuern, Recht und Wirtschaft, der die Tradition der Verlagshäuser Orac und ARD unter internationalem Dach fortführt. LexisNexis ARD Orac ist ein Tochterunternehmen der international tätigen Verlagsgruppe Reed Elsevier, deren Legal Division weltweit unter dem Namen LexisNexis firmiert. | Blattlinie: Rechtsinformation und Wirtschaftsinformation; aktuelle rechtliche Neuerungen | Geschäftsführung: Mag. Peter Davies, MBA | Unbeschränkt haftender Gesellschafter: Orac Gesellschaft m.b.H., Marxergasse 25, 1030 Wien | Kommanditist: Reed Messe Salzburg Gesellschaft m.b.H., Am Messezentrum 6, 5021 Salzburg | Beteiligungsverhältnisse: Alleiniger Gesellschafter der Orac Gesellschaft m.b.H.: Reed Elsevier Austria GmbH, Am Messezentrum 6, 5021 Salzburg | Gesellschafter der Reed Messe Salzburg Gesellschaft m.b.H.: Reed Elsevier Overseas B.V., Radarweg 29, 1043 NX Amsterdam (0,1%), Reed Elsevier Austria GmbH, Am Messezentrum 6, 5021 Salzburg (99,9%) | Alleiniger Gesellschafter der Reed Elsevier Austria GmbH: Reed Elsevier Overseas B.V., Radarweg 29, 1043 NX Amsterdam | Alleiniger Gesellschafter der Reed Elsevier Overseas B.V.: Reed Elsevier Holdings B.V., Radarweg 29, 1043 NX Amsterdam | Gesellschafter der Reed Elsevier Holdings B.V.: Reed Elsevier Group PLC, 1-3 Strand, London WC2N 5JR (50%), Reed Elsevier Holdings Ltd., 1-3 Strand, London WC2N 5JR (50%) | Redaktion: Marxergasse 25, 1030 Wien.

Derzeit gilt Anzeigenpreisliste Stand Jänner 2015 | Verlags- und Herstellungsort: Wien | Die Zeitschrift erscheint 22-mal im Jahr | Einzelheftpreis 2015: 14,50 €; Jahresabonnement 2015: 219 € inkl. MWST bei Vorauszahlung; Preisänderungen vorbehalten | Bankverbindung: Bank Austria, IBAN: AT84 1200 0504 2346 8600, BIC: BKAUATWW | Abbestellungen sind nur zum Jahresschluss möglich, wenn sie bis spätestens 30. 11. bekannt gegeben werden | Druck: Prime Rate GmbH, Megyeri út 53, H-1044 Budapest. ISSN 1996-2428.

Verlagsrechte: Die in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte bleiben vorbehalten. Kein Teil dieser Zeitschrift darf ohne schriftliche

Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form – durch Fotokopie, Mikrofilm, Aufnahme in eine Datenbank oder auf Datenträger oder auf andere Verfahren – reproduziert oder in eine von Maschinen, insbesondere Datenverarbeitungsanlagen, verwendbare Sprache übertragen werden. Das gilt auch für die veröffentlichten Entscheidungen und deren Leitsätze, wenn und soweit sie vom Einsender oder von der Schriftleitung redigiert, erarbeitet oder bearbeitet wurden und daher Urheberrechtsschutz genießen, Fotokopien für den persönlichen und sonstigen eigenen Gebrauch dürfen nur von einzelnen Beiträgen oder Teilen daraus als Einzelkopie hergestellt werden.

Mit der Einreichung seines Manuskriptes räumt der Autor dem Verlag für den Fall der Annahme das übertragbare, zeitlich und örtlich unbeschränkte ausschließliche Werknutzungsrecht (§ 24 UrhG) der Veröffentlichung in dieser Zeitschrift, einschließlich des Rechts der Vervielfältigung in jedem technischen Verfahren (Druck, Mikrofilm etc) und der **Verbreitung** (Verlagsrecht) sowie der Verwertung durch Datenbanken oder ähnliche **Einrichtungen, einschließlich des Rechts der Vervielfältigung** auf Datenträgern jeder Art, der **Speicherung in und der Ausgabe durch Datenbanken**, der Verbreitung von **Vervielfältigungsstücken an die Benutzer, der Sendung** (§ 17 UrhG) und sonstigen öffentlichen Wiedergabe (§ 18 UrhG) in allen Sprachen ein.

Mit der Einreichung von Beiträgen von Arbeitsgruppen leistet der Einreichende dafür Gewähr, dass die Publikation von allen beteiligten Autoren genehmigt wurde und dass alle mit der Übertragung sämtlicher Rechte an den Verlag einverstanden sind.

Mit dem vom Verlag geleisteten Honorar ist die Übertragung sämtlicher Rechte abgegolten. Aufgrund der Honorierung erlischt die Ausschließlichkeit des eingeräumten Verlagsrechts nicht mit Ablauf des dem Jahr des Erscheinens des Beitrags folgenden Kalenderjahres (§ 36 UrhG).

Für die Verwertung durch Datenbanken gilt dieser Zeitraum keinesfalls.

Trotz sorgfältigster Bearbeitung erfolgen alle Angaben ohne Gewähr. Eine Haftung des Verlages, der Herausgeber und der Autoren ist ausgeschlossen.

Wirtschaftsrecht

Die Woche im Blick

Entscheidungen

BGH: Zur Verbrauchereigenschaft der Wohnungseigentümergeinschaft (25.3.2015 – VIII ZR 243/13, VIII ZR 360/13 und VIII ZR 109/14)

OLG Düsseldorf: Vorlage an den EuGH – Apothekenrabatte bei Versand aus dem Ausland zulässig? (24.3.2015 – 20 U 149/13)

Gesetzgebung

BMJV: Arbeitsbeginn der Finanzmarktwächter und Marktwächter Digitale Welt

Aufsatz

Prof. Dr. Friedrich Graf von Westphalen, RA

Koppelungsklauseln in Geschäftsführer- und Vorstandsverträgen – das scharfe Schwert von § 307 BGB

Das in § 38 Abs. 1 GmbHG sowie in § 84 Abs. 3 S. 5 AktG im Fall der Abberufung eines Geschäftsführers/Vorstandes gleichermaßen verankerte Trennungsprinzip zwischen Widerruf der Organstellung und Beendigung des Anstellungsvertrages wird in der Vertragspraxis durchweg durch Koppelungsklauseln (Gleichlaufklauseln) aufgehoben und durch eine Kompensationsklausel abgedeckt. Gegen die Wirksamkeit solcher Klauseln bestehen jedoch unter der Perspektive des § 307 Abs. 2 Nr. 1 BGB durchgreifende Bedenken, die allerdings bislang in der Rechtsprechung nicht reflektiert und in der einschlägigen Literatur in der Regel nur recht rudimentär im Rahmen einer Überraschungsklausel nach § 305c Abs. 1 BGB beachtet werden. Doch – das ist die zu vertiefende These – dem Trennungsprinzip nach § 38 Abs. 1 GmbHG und gemäß § 84 Abs. 3 S. 5 AktG kommt Leitbildfunktion nach § 307 Abs. 2 Nr. 1 BGB zu, so dass entgegenstehende Koppelungsklauseln unwirksam sind und deshalb die automatische Beendigung des Anstellungsvertrages wegen der Sperrwirkung von § 306 Abs. 2 BGB nicht erfassen. Denn auch im Fall einer Einmalverwendung sind diese Koppelungsklauseln nach § 310 Abs. 3 Nr. 2 BGB AGB-Klauseln, so dass Geschäftsführer und Vorstand denselben Schutz genießen wie ein Verbraucher.

Entscheidung

OLG München: Übermittlung von Namen und Adressen der mittelbar an einer Publikumspersonengesellschaft beteiligten Treugeber an andere Treugeber und Datenschutz (5.2.2015 – 23 U 1875/14 – dazu BB-Kommentar von **Prof. Dr. Jürgen Taeger**)



Bundesministerium
der Justiz und
für Verbraucherschutz

Bundesamt
für Justiz

FORSCHUNGSVORHABEN

Ausschreibung eines Forschungsvorhabens für das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

Das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz beabsichtigt, ein Forschungsvorhaben zum Thema „**Gesetzliche Sonderregelungen über den Franchisevertrag im internationalen Vergleich**“ mit Schwerpunkt „**Vorvertragliche Aufklärungspflichten des Franchisegebers**“ in Auftrag zu geben.

Die Ausschreibung und weitere Einzelheiten hierzu finden Sie unter www.bundesjustizamt.de/ausschreibungen sowie im elektronischen Bundesanzeiger und auf der Internetseite www.bund.de.

Steuerrecht

833 Die Woche im Blick

Entscheidungen

BFH: Wohnungsbegriff i.S. des § 5 Abs. 2 GrStG (4.12.2014 – II R 20/14)

BFH: Antrag auf AdV des Widerrufs einer Lohnsteueranrufungsauskunft nach § 42e EStG (15.1.2015 – VI B 103/14)

BFH: Entschädigung zum Neuwert als steuerbare Einnahme (2.12.2014 – IX R 1/14)

BFH: Anteilsvereinigung bei Erwerb eines eigenen Anteils durch eine GmbH (20.1.2015 – II R 8/13)

BFH: Erhebung von GrESt bei Änderung des Gesellschafterbestands (17.12.2014 – II R 2/13)

FG Hessen: Weiterentwicklung der Rechtsprechung zur Grundsteuer bei ÖPP (10.2.2015 – 3 K 1637/13)

834

Aufsätze

Dr. Rosemarie Portner, LL.M. (Harvard), RAin/StBin

Keine beschränkte Steuerpflicht für im Ausland ansässige Bezieher von Leistungen aus einer Direktzusage

Die deutsche Verhandlungsgrundlage enthält in Art. 17 Abs. 3 das so genannte Förderstaatsprinzip. Danach kann Deutschland als Quellenstaat Ruhegehälter, Renten und ähnliche Zahlungen unter bestimmten Voraussetzungen besteuern. Allerdings bietet das Einkommensteuergesetz keine Rechtsgrundlage, Leistungen aus einer Direktzusage im Rahmen der beschränkten Steuerpflicht zu besteuern. Gleiches gilt für einen abkommenslosen Zustand.

854

Felix Hierstetter, StB

Übertragung des Geschäftsbetriebs einer Organgesellschaft

Die Frage, ob Liquidationsgewinne einer Organgesellschaft dem Organträger steuerlich zuzurechnen sind, war schon vor dem Zeitpunkt der erstmaligen gesetzlichen Regelung der Organschaft im Jahr 1969 strittig. Der Beitrag beleuchtet diese bis heute nicht abschließend geklärte Frage am Beispiel der Betriebsveräußerung einer Organgesellschaft.

859

Prof. Dr. Deborah Schanz und Anna Feller

848

Wieso Deutschland (fast) keine Base Erosion and Profit Shifting-Bekämpfung braucht

In den vergangenen zwei Jahren hat das Interesse an Steuervermeidungsstrategien multinationaler Unternehmen sowohl in der Wissenschaft als auch in der breiten Öffentlichkeit stark zugenommen. Anekdotische „Beweise“ in der Form von aufgedeckten Steuersparmodellen einzelner US-Konzerne können vor allem in der öffentlichen Wahrnehmung zu der Schlussfolgerung geführt haben, dass große Unternehmen im Allgemeinen keine Steuern mehr zahlen. Anhand von sechs Thesen, die die Situation spezifisch für Deutschland aufarbeiten, wird argumentiert, dass es – entgegen dem derzeitigen Aktivismus der Regierung – aus deutscher Sicht nicht sinnvoll erscheint, sich intensiv für eine Base Erosion and Profit Shifting-Bekämpfung einzusetzen.

865

Entscheidung

BFH: Volle „Schachtelprivilegierung“ im gewerbesteuerrechtlichen Organkreis infolge sog. Bruttomethode (17.12.2014 – I R 39/14 – dazu BB-Kommentar von **Stephan Hielscher, M.I.Tax, StB/FBISr**)

871

Bilanzrecht und Betriebswirtschaft

Die Woche im Blick

Rechnungslegung

IASB: Aktualisierter Projektplan verfügbar

IASB: Neue Ausgabe der „Essentials“

DRSC: Stellungnahme zum IASB ED/2014/6

DRSC: Ergebnisse der 36. Sitzung des IFRS-Fachausschusses

Wirtschaftsprüfung

IFAC: Ergebnisse der Umfrage unter kleinen und mittleren Prüferpraxen veröffentlicht („IFAC Global SMP Survey“)

IDW: Neuer Standard zur Beurteilung der Insolvenzreife (IDW S 11)

IDW: Stellungnahme zum Gesetzentwurf zur Beschleunigung der Aufstellung kommunaler Gesamtabstchlüsse in NRW

WPK: Stellungnahme zum Ausschluss von juristischen Personen des Privatrechts von der Bestellung zum Insolvenzverwalter (Verfassungsbeschwerde 1 BvR 3102/13)

Finanzierung

PwC: Mittelstand fordert schnellere Wege zu F&E-Fördermitteln

Betriebswirtschaft

EU-Kommission: Festlegung von Prioritäten für den digitalen Binnenmarkt

Aufsätze

Arbeitskreis Bilanzrecht Hochschullehrer Rechtswissenschaft (AKBR)

Ausschüttungssperre bei phasengleicher Dividendenaktivierung nach BilRUG-RegE

Der BilRUG-RegE sieht einen neuen § 272 Abs. 5 HGB-E vor, in dem Art. 9 Abs. 7 Buchst. c RL umgesetzt werden soll. Danach wird für den Fall einer phasengleichen Dividendenaktivierung eine flankierende Ausschüttungssperre angeordnet. Mit dieser Änderung gegenüber dem BilRUG-RefE wird eine Anregung umgesetzt, die der AKBR in dieser Zeitschrift (BB 2014, 2731, 2733) gegeben hat. Dieser Vorschlag stößt auf Widerstände (vgl. *Haaker*, DB, 2015, 510). Der AKBR meint dagegen weiterhin, dass die Richtlinie für zivilrechtlich noch nicht entstandene Dividendenforderungen eine ausschüttungsgesperrte Rücklage verlangt.

Dr. Erhard Kühne, WP/StB/CPA, und **Dr. Frank Richter**, WP

Einstandspflicht des Mutterunternehmens als Voraussetzung für Erleichterungen bei Tochter-Kapitalgesellschaften nach BilRUG-RegE

Tochter-Kapitalgesellschaften können unter bestimmten Voraussetzungen erhebliche Erleichterungen bezüglich Rechnungslegung, Prüfung und Offenlegung in Anspruch nehmen. Im Rahmen des Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetzes (BilRUG) beabsichtigt der deutsche Gesetzgeber, diese Voraussetzungen zu ändern. Für Anwender der Erleichterungen haben die geplanten Änderungen erhebliche Auswirkungen. Der Beitrag setzt sich auf Basis des vorliegenden Regierungsentwurfs (BilRUG-RegE) intensiv mit der künftig vorgesehenen Einstandspflicht des Mutterunternehmens für die Verpflichtungen des Tochterunternehmens sowie dem ggf. daraus resultierenden praktischen Handlungsbedarf auseinander.

Entscheidungen

BFH: Leistungen der Kapitalgesellschaft i. S. von § 27 Abs. 1 S. 3 KStG 2002 n. F. in Abgrenzung zur Rückzahlung von Nennkapital (21.10.2014 – I R 31/13 – dazu BB-Kommentar von **Stephan Abele**, RA/StB)

FG Düsseldorf: § 6 Abs. 5 S. 3 EStG enthält keine abschließende Regelung steuerlich zulässiger Buchwertübertragungen zwischen verschiedenen Rechtsträgern (4.12.2014 – 14 K 2968/09 – dazu BB-Kommentar von **Nikolaj Kubik**, RA)

Arbeitsrecht

Die Woche im Blick

Entscheidungen

LAG Nürnberg: Keine Privatnutzung der Firmenkreditkarte (3.2.2015 – 7 Sa 394/14)

LAG Berlin-Brandenburg: Missbrauch von Befristung (4.2.2015 – 15 Sa 1947/14)

ArbG Köln: Druckkündigung bei unzufriedenem Kunden (13.2.2015 – 1 Ca 5854/14)

BAG: Kündigung nach In-vitro-Fertilisation (26.3.2015 – 2 AZR 237/14)

BAG: Entwicklung einer Ausgleichszulage bei Höhergruppierungen (15.1.2015 – 6 AZR 707/13)

LAG Düsseldorf: Betriebsvereinbarung gibt Anspruch auf Arbeitszeitgutschrift wegen des Sturms Ela (23.3.2015 – 9 TaBV 86/14)

ArbG Duisburg: Betriebsratswahl wohl unzulässig beeinflusst – Neuwahl vorgeschlagen (11.9.2014 – 1 BV 16/14)

ArbG Berlin: Freizügigkeit und Stufenzuordnung bei Einstellung nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (18.3.2015 – 60 Ca 4638/14)

Aufsatz

Dr. Christoph Betz, RiArbG

Der Anspruch auf Urlaubsentgelt und Urlaubsabgeltung im Falle der Insolvenz des Arbeitgebers nach der geänderten Rechtsprechung zum Urlaubsrecht

Beginnend mit dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom 20.1.2009 in der Rechtssache Schultz-Hoff ergingen in den letzten Jahren zahlreiche weitere Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs und des Bundesarbeitsgerichts, welche eine grundlegende Neubewertung urlaubsrechtlicher Fragestellungen für den Rechtsanwender in Deutschland bedingt haben. Zwischenzeitlich dürften die meisten hiernach aufgetretenen Rechtsprobleme höchstrichterlich geklärt sein. Ob die nunmehr europarechtlich determinierte Sichtweise des deutschen Urlaubsrechts auch eine geänderte Behandlung von Urlaubsentgelt- und Urlaubsabgeltungsansprüchen des Arbeitnehmers im Falle der Insolvenz des Arbeitgebers erfordert, ist jedoch nicht Gegenstand eingehender juristischer Diskussionen. Ziel dieses Beitrags ist, diese Diskussion anzustoßen und Lösungswege für eine konsistente Beantwortung urlaubsrechtlicher Fragestellungen in diesem Kontext aufzuzeigen.

Entscheidungen

BAG: Urlaub – Ausschluss von Doppelansprüchen (16.12.2014 – 9 AZR 295/13)

BAG: Mitbestimmung beim Gesundheitsschutz – Gefährdungsbeurteilung durch externen Anbieter (30.9.2014 – 1 ABR 106/12 – dazu BB-Kommentar von **Bernd Weller**, RA/FAArbR)

880

883

880

883

Die Erste Seite

Prof. Dr. Christoph Schalast, RA/Notar

The next step: Kapitalmarktunion

Jobs der Woche

Impressum/Vorschau

VII

VIII

Wirtschaftsrecht

Die Woche im Blick

Entscheidungen

BGH: Anfechtung einer trotz eines qualifizierten Rangrücktritts im Stadium der Insolvenzreife bewirkten Zahlung als unentgeltliche Leistung (5.3.2015 – IX ZR 133/14)

BGH: Restschuldbefreiung kann generell erst sechs Jahre nach der Eröffnung des Insolvenzverfahrens erteilt werden (26.2.2015 – IX ZB 44/13)

BGH: Annahme eines übertragenen Angebots auf Abschluss eines Abtretungsvertrages durch Insolvenzverwalter (26.2.2015 – IX ZR 174/13)

OLG Stuttgart: Unstatthaftigkeit eines Spruchverfahrens betreffend ein im Rahmen eines Delisting abgegebenes Abfindungsangebot (17.3.2015 – 20 W 7/14)

OLG Stuttgart: Schadensersatz wegen fehlerhafter Kapitalanlageberatung – Eintritt der Verjährungshemmung erfordert Individualisierung des Güteantrags (17.3.2015 – 3 U 126/13)

BGH: Keine Haftung eines Hotelbewertungsportals für unwahre Tatsachenbehauptungen eines Nutzers (19.3.2015 – I ZR 94/13)

BGH: Zum Hinweis auf die bevorstehende Mitteilung von Schuldnerdaten an die SCHUFA in Mahnschreiben (19.3.2015 – I ZR 157/13)

Aufsätze

Prof. Dr. Gregor Bachmann

Die Geschäftsleiterhaftung im Fokus von Rechtsprechung und Rechtspolitik

Das Thema „Organhaftung“ bewegt weiter die Gemüter. Dazu tragen nicht nur spektakuläre Haftungsfälle bei, sondern ein insgesamt erhöhtes Risiko- und Compliance-Bewusstsein. Auf dem vergangenen Deutschen Juristentag (DJT) ist die Thematik intensiv diskutiert worden. Der Beitrag gibt einen Überblick über wichtige jüngere Urteile, bewertet die auf dem DJT erzielten Ergebnisse und wirft einen Blick nach vorn.

Dr. Steffen Schniepp, RA, und Dr. Christian Hensel, LL.M., RA

Gesellschafterdarlehen – gesamtschuldnerische Haftung von Zedent und Zessionar in M&A-Transaktionen?

Der Beitrag analysiert die mit dem Urteil des BGH vom 21.2.2013 – IX ZR 32/12 (BB 2013, 1103 ff., mit Kommentar *Wilhelm*) – verbundenen Folgen für M&A-Transaktionen. Unter anderem beleuchtet er kritisch, ob die Rechtsprechung des BGH auf die Abtretung von Gesellschafterdarlehen im Rahmen von M&A-Transaktionen übertragen werden kann. Ferner stellt er Möglichkeiten vor, wie solche Transaktionen auch unter insolvenzrechtlichen Aspekten rechtssicher gestaltet werden können.

Entscheidungen

BGH: Keine Nichtigkeit eines Gesellschafterbeschlusses über die Einziehung eines GmbH-Geschäftsanteils ohne begleitende Kapitalmaßnahmen (2.12.2014 – II ZR 322/13 – dazu BB-Kommentar von

Dr. Thomas Wachter, Notar)

OLG Karlsruhe: Auslegung der Vertriebsvereinbarung eines Handelsvertreters (6.11.2014 – 9 U 58/14 – dazu BB-Kommentar von

Dr. Patrick Ayad, M.Jur. [Oxford], RA)

EuGH: Verhinderung von Insider-Geschäften verlangt die Offenlegung auch solcher Informationen, deren konkreter Kurseinfluss noch nicht bestimmt werden kann (11.3.2015 – C-628/13 – dazu BB-Kommentar von

Dr. Thorsten Voß, RA)

Steuerrecht

Die Woche im Blick

Entscheidungen

EuGH: Geltendmachung von Steuerbefreiung und Vorsteuerabzug nicht richtlinienkonform (26.2.2015 – C-144/13)

BFH: Voraussetzung für die Begründung der Lückenhaftigkeit einer Rechtsnorm (26.11.2014 – I R 37/13)

BFH: Nachweiserfordernis hinsichtlich der Anwendbarkeit von Rückfallvorschriften (25.11.2014 – I R 27/13)

BFH: Mittelpunkt der gesamten betrieblichen und beruflichen Tätigkeit bei einem Pensionär (11.11.2014 – VIII R 3/12)

BFH: Energieerzeugnisse mit zweierlei Verwendungszweck („dual use“) (13.1.2015 – VII R 35/12)

FG Hamburg: Gewerbliche Tätigkeit bei einer Kunstagentur (23.12.2014 – 6 K 295/13)

FG Saarland: Keine USt-Organschaft mit Nichtunternehmer (7.10.2014 – 1 K 1054/13)

Aufsätze

Dr. jur. Tobias Hiller, M.Sc., und Eugen Straub, WP/StB

Vermeidung von Organisationsverschulden in Unternehmen – Anforderungen an Steuerprozesse am Praxisbeispiel § 37b EStG

Das Thema Steuerhinterziehung stand in den letzten Monaten im Fokus der öffentlichen Wahrnehmung. Für die Reputation von Unternehmen hätte der Verdacht steuerlich unredlichen Verhaltens fatale Konsequenzen. Gegenstand dieses Aufsatzes ist es zum einen abstrakt darzustellen, wie Unternehmen ihre jeweiligen Unternehmensabläufe strukturieren sollten, um solche Risiken zu minimieren. Zum anderen wird anhand eines Praxisbeispiels die Umsetzung solcher Prozesse dargestellt. Dieser Aufsatz ist der Auftakt einer Folge von Beiträgen zum Thema „Digitalisierung und Prozessorientierung im Steuerrecht zur Vermeidung von Organisationsverschulden“.

Dr. Falk Amler, RiFG, und Martin Riegel, RA/FAStR/StB

Zu lässig bei der Zulässigkeit? Zulässigkeitsprobleme bei AdV-Anträgen im FG-Verfahren

Anträge auf Aussetzung der Vollziehung sind elementarer Bestandteil der finanzgerichtlichen Praxis. Dabei gibt es verfahrensrechtliche Besonderheiten und Fallstricke, die Berater ohne ausgeprägte forensische Erfahrung vor große Herausforderungen stellen. Die Autoren gehen auf Fehler ein, die in der Praxis häufig zu beobachten sind, und geben Hinweise zu deren Vermeidung. Dieser Beitrag ist die Fortsetzung der Reihe zum Thema „Finanzgerichtsprozesse erfolgreich führen“ (vgl. BB 2014, 3100).

Entscheidungen

BFH: Einkommensbesteuerung von Destinatärleistungen von Stiftungen im Übergangszeitraum vom Anrechnungs- zum Halbeinkünfteverfahren (21.1.2015 – X R 31/13 – dazu BB-Kommentar von

Dipl.-Finw. [FH] **Dr. Markus Wystrcil, RA/StB**)

FG Münster: Unter welchen Voraussetzungen führt ein „Exit-Bonus“ beim Geschäftsführer einer GmbH, der zugleich in geringem Umfang an ihr beteiligt ist, zu einem Veräußerungsgewinn nach § 17 EStG (12.12.2014 – 4 K 1918/13 E – dazu BB-Kommentar von

Fabian Hentschel, RA)

FG Münster: Zum Abzug von „Altverlusten“ aus Kapitalvermögen unter der Abgeltungsteuer (25.11.2014 – 2 K 3941/11 E – dazu BB-Kommentar von

Dipl.-Volksw. **Klaus D. Hahne, StB**)



Bilanzrecht und Betriebswirtschaft

Die Woche im Blick

Rechnungslegung

IASB: Neue Ausgabe „Investor Perspectives“
EFRAG: Übernahmeempfehlung für IFRS 15
EFRAG: Stellungnahmeentwurf zu ED/2015/1
DGRV: Stellungnahme zum RefE zur Umsetzung der EU-Transparenzrichtlinie-Änderungsrichtlinie

Wirtschaftsprüfung

IDW: Neue Prüfungshinweise zur Besonderen Ausgleichsregelung und zur SysStabV
IDW: Stellungnahme zum RefE des Protokollerklärungs-Zollkodex-Anpassungsgesetzes
IDW: Stellungnahme zum Eckpunktepapier zur Neuregelung des Erbschaftsteuergesetzes
IDW: Stellungnahme zur Restrukturierungsfonds-Verordnung

Betriebswirtschaft

Bundeskabinett: Beschluss des Bürokratieentlastungsgesetzes und der One-in-one-out-Regel
EU-Kommission: Tournee für die EU-Investitionsinitiative

Aufsatz

Dr. Anke Nestler

„Übliche Markenlizenzraten“ – die Suche nach belastbaren Quellen für einen angemessenen Wert

Insbesondere für die Höhe von Schadensersatz bei Markenrechtsverletzungen und für Verrechnungspreise bei grenzüberschreitender Markennutzung werden immer wieder angemessene Lizenzraten benötigt. In praktischen Anwendungsfällen wird dabei regelmäßig auf (angeblich) „übliche“ Lizenzraten für Marken zwischen 1 % und 5 % vom Umsatz verwiesen. *Nestler* geht im nachfolgenden Beitrag der Frage nach, welche Quellen es für Markenlizenzraten gibt und zeigt auf, dass sich eine übliche Bandbreite nicht feststellen lässt. Vielmehr setzen sich die Zivilgerichte mit den Einzelfällen zunehmend dezidiert auseinander und berücksichtigen wirtschaftliche Bewertungsparameter. Der Beitrag gibt eine konkrete Orientierungshilfe für die angemessene Bewertung von Markenlizenzen in aktuellen Anwendungsfällen.

Entscheidung

FG Münster: Steuerneutrale Realteilung bei Übertragung eines Teilbetriebs und Fortführung der Personengesellschaft (29.1.2015 – 12 K 3033/14 F – dazu BB-Kommentar von **Dr. Martin Bünning**, RA/StB)

809

Arbeitsrecht

Die Woche im Blick

Entscheidungen

ArbG Berlin: Anfechtung des Aufhebungsvertrages wegen Androhung von Kündigung (30.1.2015 – 28 Ca 12971/14)
BAG: Entgeltfortzahlung bei Arbeitsunfähigkeit – Verschulden bei langjähriger Alkoholabhängigkeit (18.3.2015 – 10 AZR 99/14)
BAG: Schmerzensgeld und Schadensersatz im Berufsausbildungsverhältnis (19.3.2015 – 8 AZR 67/14)
BAG: Ausbildungsvergütung bei mit öffentlichen Geldern gefördertem Ausbildungsplatz (17.3.2015 – 9 AZR 732/13)
LAG Berlin-Brandenburg: Ablösung einer einzelvertraglichen Bezugnahme Klausel nach Betriebsübergang – Unionsrecht (3.12.2014 – 24 Sa 1126/14)

819

Aufsatz

Nikolai Fritsche, RA/FAArbR, und
Dr. Susanne Meckle, RAin/FAinArbR

821

Employability 2.0 – Psychische Gefährdungsbeurteilung: Von der gesetzlichen Pflicht zum Wettbewerbsvorteil

811

Seit dem 25.10.2013 regeln §§ 4 Nr. 1, 5 Abs. 3 Nr. 6 Arbeitsschutzgesetz (ArbSchG) verpflichtend, dass jeder Arbeitgeber die Arbeitsplätze in seinem Betrieb regelmäßig darauf zu überprüfen hat, ob sie zu psychischen Gefährdungen seiner Arbeitnehmer führen können. Zusätzlich tritt zum 1.6.2015 die Verordnung zur Neuregelung der Anforderungen an den Arbeitsschutz bei der Verwendung von Arbeitsmitteln und Gefahrstoffen in Kraft. Diese erweitert zusätzlich die Arbeitgeberpflichten hinsichtlich der Durchführung und Dokumentation der dann erforderlich werdenden – auch psychischen – Gefährdungsbeurteilung bezüglich aller im Unternehmen eingesetzten Arbeitsmittel. Der Beitrag behandelt die rechtlichen Grundlagen hinsichtlich der Durchführungs- und Dokumentationsverpflichtung hinsichtlich der psychischen Gefährdungsbeurteilung nach dem ArbSchG, zeigt bei der Durchführung der Gefährdungsbeurteilung zu berücksichtigenden Risikofaktoren sowie der möglichen Durchführungswege auf und gibt einen Überblick über die Beteiligungsrechte des Betriebsrates. Sodann wird anhand eines Praxisbeispiels dargestellt, inwieweit innerbetriebliche Mediation zur Lösung von Konflikten beitragen und damit auch im Rahmen der psychischen Gefährdungsbeurteilung sinnvoll eingesetzt werden kann.

816

Entscheidungen

BAG: Zutritt des Verleiherbetriebsrats zum Entleiherbetrieb (15.10.2014 – 7 ABR 74/12) 826
LAG Berlin-Brandenburg: Leiharbeit – Abbau von Arbeitszeit in verleiherfreien Zeiten (17.12.2014 – 5 Sa 982/14 – dazu BB-Kommentar von **Frederik Mehnert**, RA, M.A.) 830

Praxiswissen



Corporate Governance Kodex
 ca. August 2015, Wirtschaftsrecht,
 Frankfurter Kommentar, ca. 500 Seiten, Geb.,
 ISBN: 978-3-8005-1579-0,
 ca. € 198,-

Neuerscheinung!


 Fachmedien Recht und Wirtschaft

dfv Mediengruppe 069/7595-2722 | buchverlag@ruw.de | www.ruw.de

Die Erste Seite

Alexander R. Zumkeller, RA, MBA

**Arbeitsrecht 2015*:
 Unser Anspruch auf „richtiges Recht“**

Jobs der Woche

VII

Impressum/Vorschau

VIII

In diesem Heft

Ministerrat beschließt Punktion zur Steuerreform	489
Anerkennung des Veräußerungsverlusts trotz vorangegangener Ausschüttung	494
Praxisfragen zum Umgründungs(steuere)recht (<i>Wiesner, Schwarzinger</i>)	495
Fallbeispiele zum Umgründungssteuerrecht: Die Anteilsanwachsung (<i>Rubak, Wolf</i>)	496
KESt-Rückerstattung gemäß § 94a EStG 1988	499
Umsatzsteuerliche Liebhaberei als unecht befreite Tätigkeit bei der kleinen Vermietung (<i>Pfeiffer</i>)	500
Umsatzsteuer-Update: Aktuelles auf einen Blick (<i>M. Mayr</i>)	501
Ein Vorlagebericht ist kein Anbringen (<i>Knechtl</i>)	506
Gegenstandsloserklärung eines Vorlageantrags	511
Steuergestaltung und Offshore-Strukturen (<i>Leitner</i>)	512
Standard-Transaktionsmultiplikatoren: Branchenorientierte Referenzwerte für die Bewertungspraxis (I) (<i>Grbenic</i>)	517
OGH hält ungleiches Pensionsalter für Männer und Frauen für unionsrechtskonform	526
Europaweite Deckelung der Kreditkartengebühren	526
Aus der jüngsten Rechtsprechung (aktuelle Steuerjudikatur)	527

- Gebühren: Zession
- Gebührenbefreiung
- Verfahren: Mahngebühr
- Verfahren: Bescheidänderung
- Spendenbegünstigung
- Mietzinsbeschränkung

- Spekulationsgeschäft
- Kfz-Sachbezug
- Mitunternehmerschaft: Beteiligung
- Verfahren: Schätzung
- Spekulationsgeschäft

Impressum:
Siehe letzte Umschlagseite

Inhaltsverzeichnisdienst per E-Mail.

Anmeldung unter <http://www.lindeverlag.at/newsletter/anmeldung/neu/>

SWK

Redaktion: Prof. Gerhard Gaedke/Dr. Gerhard Kohler
Dr. Christa Lattner/Dipl.-Kfm. Eduard Müller
Dr. Michael Tumpel
Tel. Redaktion: +43 1 24 630, **Fax:** DW 51
E-Mail Redaktion: redaktion@lindeverlag.at
Tel. Verlag: +43 1 24 630 Serie, **Fax:** DW 23
Adresse: 1210 Wien, Scheydgasse 24

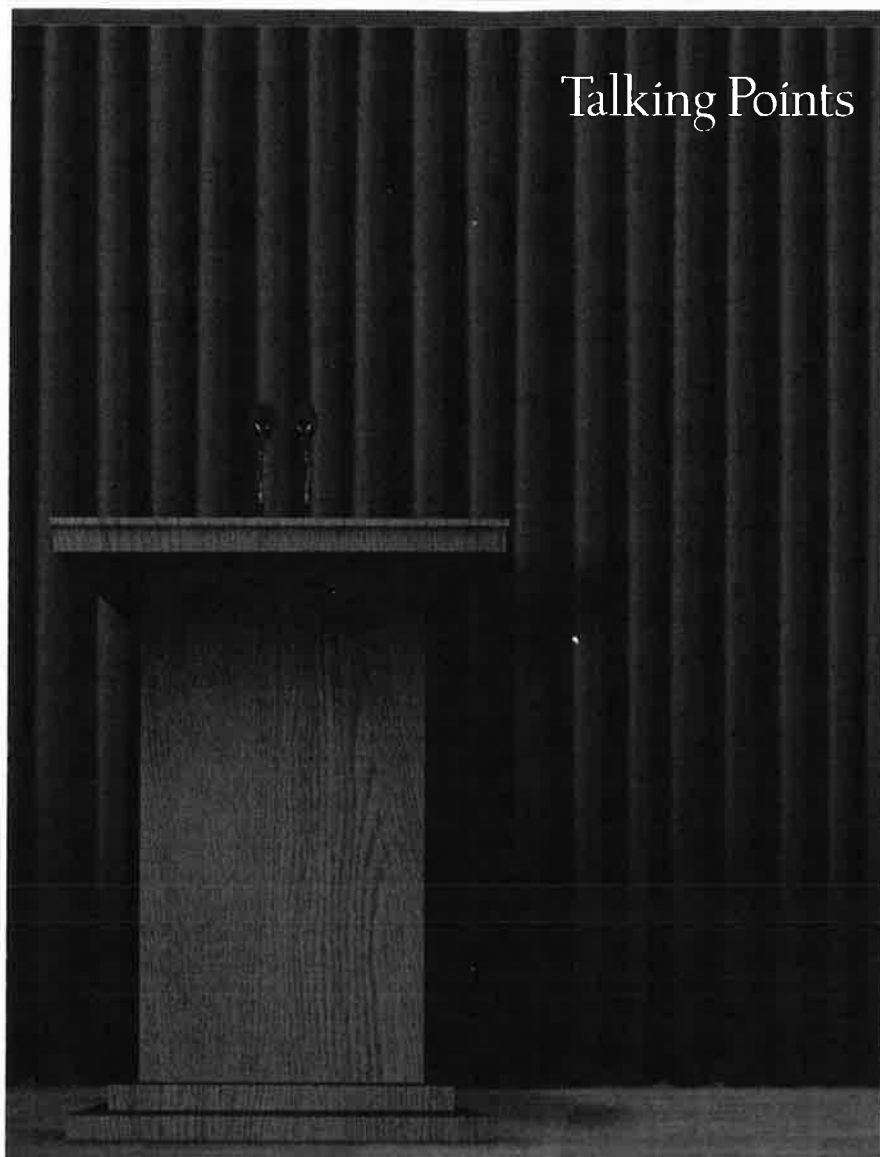
NEUN KO

Alle Li
von 1.



Aktionszeitraum:
Bestelldatum 90 Tage
Bestellung auf diese Akt

Talking Points




22 | PROFESSIONAL DEVELOPMENT

Go Ahead, Take the Stage: Presentation Pointers That Can Help Even the Most Reluctant Public Speaker Thrive

by J. Carlton Collins, CPA

For many professionals, public speaking is a dreaded task. The reality, however, is that CPAs often are called to the front of the room, whether it's to present at a board of directors meeting or speak at a conference or other event. This article presents dozens of tips to help CPAs shine in the public speaking spotlight.

► For all CPAs 

On the cover and above: Photo by razihusin/iStock


www.journalofaccountancy.com

ARTICLES

28 | FINANCIAL REPORTING

New Challenges in a Delicate Process: Difficulties Presented by FASB's Going-Concern Standard
by Kristy Illuzzi, CPA, CGMA

FASB's new going-concern standard creates many challenges for CPAs to consider. The Center for Plain English Accounting examines the new look-forward period, disparities with audit guidance, and a new triggering threshold.

► For CPAs who prepare or audit financial statements 

30 | FORENSIC ACCOUNTING / BUSINESS VALUATION

Finding Growth in FVS
by Frank Vinluan

Forensic accounting and business valuation practitioners have unique business development challenges. A recent survey helps shed light on where they can expect to find future growth.

► For forensic accounting and business valuation practitioners

34 | FORENSIC ACCOUNTING / BUSINESS VALUATION

This Just in: Forensic and Valuation Services Expected to Keep Growing

Infographic presents data from *The 2014 AICPA Survey on International Trends in Forensic and Valuation Services*.

► For forensic accounting and business valuation practitioners

DOUBLE ISSUE COMING IN MID-APRIL

Editor's note: The *JoJA* will produce a special double issue for April and May that will be published in mid-April. Regular monthly publication will resume with the June issue.

CONTENTS

ARTICLES

44 | PRACTICE MANAGEMENT / TECHNOLOGY

Accounting Firms Moving Slowly Toward Cloud

by Jeff Drew

CPA firms have their eyes on the cloud, but most of their accounting software remains loaded on their own computers and servers. A new section of the 2014 AICPA PCPS Management of an Accounting Practice (MAP) Survey uncovers the who, what, how, and why of information technology decisions in public accounting.

► For CPAs in public accounting and/or interested in technology

48 | TAX / EMPLOYEE BENEFITS

Cash Balance Plans for Professional Practices

by Allison L. Evans, CPA, Ph.D., and James H. Irving, CPA, Ph.D.

Understand the rules for this leading form of retirement benefit.

► For CPAs who advise businesses on employee benefits and taxes



54 | TAX / MANAGEMENT ACCOUNTING

The Domestic Production Activities Deduction for Computer Software

by Donald L. Rosenberg, Esq., CPA; Charles J. Russo, CPA, Ph.D.; and Seth Hammer, CPA, Ph.D.

Know how to apply the rules to this fast-changing industry.

► For CPAs who advise businesses on taxes

NEWS

NEWS DIGEST

- 11 News and highlights for the accounting profession

COLUMNS

PROFESSIONAL LIABILITY SPOTLIGHT

- 16 Other People's Money

CHECKLIST

- 18 How Small Businesses Can Keep Data Secure

FROM CGMA MAGAZINE

- 20 Ethics, Reputation, and Compliance Gain as Corporate Priorities




FROM THE TAX ADVISER

- 62 Dependency Rules Can Trip Up Taxpayers 

TAX PRACTICE CORNER

- 64 AICPA's Revised Confidentiality Rule and Sec. 7216

TAX MATTERS

- 66 Final Rules Govern Reporting of Specified Foreign Financial Assets
- 67 Domestic Production Gross Receipts Not Derived From Free Phone App
- 67 Line Item: Employment Tax and Worker Classification Not Subject to TEFRA
- 68 Right to Purchase Land Is a Capital Asset 
- 70 Line Item: Standard Mileage Rates for 2015 
- 72 Minimum Essential Coverage, Other Health Care Reform Guidance Issued
- 72 Line Item: OIC and Trust Fund Recovery Mediation Now Available Nationwide 



EXPANDING YOUR APP-TITUDE

- 74 MobileDay makes conference calls easier on the road...Lost in translation? Try Abby's TextGrabber

TECHNOLOGY Q&A

- 76 Don't make it count...A defining moment...Free backup gets easier...Hover pictures...Will the next Windows be a 10?...Weird Word tip

INSIDE AICPA

- 82 Where to Turn

LAST WORD

- 88 A look at some of the intriguing, inspiring, and imaginative folks who are at the heart of the AICPA

OFFICIAL LITERATURE

OFFICIAL RELEASES

- 83 Auditing Interpretations... Ethics Interpretation

37 | SPONSORED REPORT

8 Accounting and Auditing Issues You Can't Afford to Ignore

Significant changes in standards have affected CPAs in accounting and auditing over the past few years. Read more about some of the changes that will have the greatest impact.

CPE DIRECT:

Another major benefit for JofA readers

Stay current through the *JofA* and earn CPE credit based on *JofA* articles—with the **CPE Direct** self-study subscription program. You can earn up to 48 CPE credits a year. Quarterly **CPE Direct study guides** combine *JofA* articles with supplementary materials and exams.

An annual subscription is \$189 for AICPA members or \$286.25 for non-members. For more information or to order, visit www.cpa2biz.com/cpe, or call 888-777-7077.



This symbol identifies articles in the **CPE Direct** self-study program.

! Advertisers in this issue, page 87



Journal of Accountancy (ISSN 0021-8448), March 2015. Published monthly by the American Institute of Certified Public Accountants, Inc. Volume 219, Number 3. Subscription rates: United States, \$75 a year (\$69 for renewals); outside U.S., \$100 (\$94 for renewals); single copy, \$12. Publication, editorial and business office: 220 Leigh Farm Road, Durham, NC 27707-8110. Editorial: 919-402-4449, email: joaed@aicpa.org; Advertising: 800-873-1677; Circulation: 888-777-7077. Periodicals postage paid at Durham, N.C., and at additional mailing office. Change of address notices and orders for subscriptions are to be sent to 220 Leigh Farm Road, Durham, NC 27707-8110. Subscribers ordering an address change must give four weeks notice and both new and old address, including ZIP code. Copyright © 2015 American Institute of Certified Public Accountants, Inc. Member of BPA International. Postmaster: Please send address changes to the *Journal of Accountancy*, Fulfillment Manager, 220 Leigh Farm Road, Durham, NC 27707-8110. Canada Publication Agreement number 40020939. Printed in the U.S.A. The contents of the *Journal of Accountancy*, P.O. publication identification no. ISSN 0021-8448, are indexed in the Accounting & Tax Database, distributed by Bell & Howell Information & Learning, in print subscription and online through DIALOG (file 485). Opinions expressed in the *Journal of Accountancy* are those of editors or contributors. They may differ from policies of the American Institute of CPAs and its committees.



BBK

SCHNELL GELESEN

- 301 ► Erweiterung des Teilabzugsverbots für GmbH-Gesellschafter ab VZ 2015

KURZNACHRICHTEN

- 302 Steuerrecht aktuell
Bernd Rätke

BEITRÄGE

- 308 Buchführungs-Seminar
Buchung und Bilanzierung geleisteter Anzahlungen
Dr. Karl Broemel und Dr. Volker Endert
- 312 Steuerrecht
Erweiterung des Teilabzugsverbots für GmbH-Gesellschafter ab VZ 2015 (Teil 1)
Bernd Rätke
► Kurzfassung Seite 301

- 321 Gesetzgebung
Erweiterte Anhangangaben durch den BilRUG-RegE
Prof. Dr. Hanno Kirsch

- 330 Berufspraxis
Haftungsrisiken für Mitarbeiter im Rechnungswesen
Prof. Dr. Harald Ehlers

KONZERNABSCHLUSS UND IFRS

- 340 **Entwurf E-DRS 30: Neue Konzern-GoB zur Kapitalkonsolidierung**
Prof. Dr. Carsten Theile

- 344 Impressum

- | | |
|---------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------|
|  Literatur |  Quelle |
|  Weblink |  Community |
|  Informationen |  Video |
|  Audio |  Berechnung |
|  Galerie |  Merksatz |
|  Siehe auch | |

NWB D

Praxistip Der NWB St

Um Sie in Ihrem Be
Hiermit gelangen S
Datenbank. Im Folg
stellen.

Wie sieht der Sta

Den NWB Starter ri
sich ein kleines Fel
Suche erfolgreich a
Sie direkt in der NW
Außerdem können
Arbeitshilfen zugre

Wie installiert m:

Folgender Link füh
Schritt für Schritt
tall1.htm. Wir hab
NWB Starters setz
Klicks ist der Starte
Starter als neues Sy

Was kann der Sta

Einen komfortabler
(sofern in Ihren be
übersichtlich und e
stützt. Von hier ge
Informationen. „Ga
auf dem Laufenden





Trimestriel ■ 26^e année ■ N° 102 ■ 1^{er} avril 2015



D3-7285

REVUE TRIMESTRIE DES DROITS DE L'HOMME

<http://www.rtdh.eu>



NEMESIS



ANTHEMIS

Sommaire

DOCTRINE

L'adhésion de l'Union européenne à la Charte sociale européenne par <i>Olivier De Schutter</i>	259
La vulnérabilité dans la jurisprudence de la Cour européenne des droits de l'homme par <i>Céline Ruet</i>	317
La Cour européenne des droits de l'homme et l'imputation aux États parties des actes adoptés en vertu d'obligations internationales: entre labyrinthe méthodologique et effectivité des droits par <i>Lucille Callejon-Sereni</i>	341
La Cour africaine des droits de l'homme et des peuples à la croisée des chemins - Bilan des cinq premières années d'activités judiciaires (2009-2014) par <i>Guy-Fleury Ntwari</i>	367

JURISPRUDENCE

La décision Marc-Antoine de la Cour européenne des droits de l'homme ouvre-t-elle la voie au rapprochement de l'avocat général de la Cour de cassation avec le rapporteur public du Conseil d'État? (obs. sous Cour eur. dr. h., décision Marc-Antoine c. France, 4 juin 2013) par <i>Joël Andriantsimbazovina</i>	393
Le Comité européen des droits sociaux face aux dysfonctionnements des interruptions de grossesse (obs. sous Com. E.D.S., IPPF-EN c. Italie, 10 septembre 2013) par <i>Jean-Manuel Larralde</i>	403
Délai de prescription en matière d'indemnisation des atteintes à l'intégrité physique: quand la Cour européenne dicte aux États le point de départ du délai (obs. sous Cour eur. dr. h., arrêt Howald Moor e.a. c. Suisse, 11 mars 2014) par <i>Laure Milano</i>	421
Les mesures d'amnistie, le principe ne bis in idem et l'évolution du droit international (obs. sous Cour eur. dr. h., Gde Ch., arrêt Margus c. Croatie, 27 mai 2014) par <i>Athanasia Petropoulou</i>	437
Heurs et malheurs du mariage des transsexuels (obs. sous Cour eur. dr. h., Gde Ch., arrêt Hämäläinen c. Finlande, 16 juillet 2014) par <i>Catherine-Amélie Chassin</i>	463
Quand droits de l'homme et droit international humanitaire s'emmêlent - Un regard critique sur l'arrêt Hassan c. Royaume-Uni (obs. sous Cour eur. dr. h., Gde Ch., arrêt Hassan c. Royaume-Uni, 16 septembre 2014) par <i>Philippe Frumer</i>	481
Compte rendu - « La subsidiarité: une médaille à deux faces ? » par <i>Paul Tavernier</i>	509



ANTHEMIS

RTDH2015/2
ISBN: 978-2-87455-906-8



9 782874 559068



NEMESIS

Abhandlungen

Der Fall <i>Uber</i> – Taxen, Mietwagen und der technologische Fortschritt	Prof. Dr. Urs Kramer / Tim Hinrichsen, Passau	S. 145
Vertrauensschutz im Zusammenhang mit der Energiewende	Ulrich Nummerger, München	S. 150
Krise der Europäischen Integration? Die Bankenunion als Beleg für die Handlungsfähigkeit der EU – Teil II	Dr. Alexander Thiele, Göttingen	S. 157

Berichte und Hinweise, Klausuren mit Lösungen

Herbstsitzung 2014 des Bund-Länder-Ausschusses „Gewerberecht“	Dr. Alexander Lücke, Berlin	S. 160
Unter 32-16-8 herrscht Konjunktur die ganze Nacht!	Priv.-Doz. Dr. Stefan Korte / Stephan Dittrich, Mannheim	S. 165

Buchbesprechungen

Hatje / Müller-Graff (Hrsg.), Europäisches Organisations- und Verfassungsrecht. Band 1 der Enzyklopädie Europarecht, 2014	Prof. Dr. Walter Frenz, Aachen	S. 192
Leible / Terhechte (Hrsg.), Europäisches Rechtsschutz- und Verfahrensrecht. Band 3 der Enzyklopädie Europarecht, 2014		

Rechtsprechung und Erlasse

Verfassungsrecht, Europarecht, allgemeines Wirtschaftsverwaltungsrecht, allgemeines Gewerberecht

Umweltinformation, Zugangsanspruch, Ablehnungsgrund, personenbezogene Daten, Lösungsanspruch, Zweckbindung, informationelle Selbstbestimmung, öffentliches Interesse	VGH Mannheim	16.10.14	10 S 2043/14	S. 172
Sportwettenvermittlung, Sportwettenbewerbung, Untersagung, Fortsetzungsfeststellungsklage	OVG Lüneburg	29.09.14	11 LC 378/10	S. 175

Handwerk, Berufsbildung

Bezirksschornsteinfegermeisterbestellung, Widerruf, Berufsunfähigkeit, Versetzung in den Ruhestand, Verhältnismäßigkeit, Nichterweislichkeit von Tatsachen, Beweislast	VGH Mannheim	07.01.15	6 S 1280/13	S. 177
Bezirksschornsteinfeger, Altersgrenze, Konkurrentenverdrängungsklage	VG Neustadt/Weinstr.	08.01.15	4 K 561/14.NW	S. 181
Ausbildungsberuf Landwirt, Abschlussprüfung, Nichtöffentlichkeit der Prüfung, Kausalität zwischen Verstoß und Prüfungsleistung, unverzügliche Rügepflicht, Ausschluss von Prüfern wegen Befangenheit	VGH München	17.11.14	22 ZB 14.1633	S. 184

Gaststätten, Handel, Dienstleistungen, Ladenschluss

Importware, Verkaufsverpackung, Erstinverkehrbringer, Beteiligung am Rücknahmesystem, fortlaufender Nachweis	OVG Münster	09.12.14	20 A 2234/12	S. 186
Getränkeausschank über die Straße, Anliegergebrauch, Weihnachtsmarktbetreiber, „Konkurrenzschutz“	VGH Kassel	15.12.14	2 B 2057/14	S. 187
Schwarzarbeitsbekämpfung, Taxiunternehmen, Arbeitgeber, Sofortmeldepflicht, unentgeltlich tätige Taxifahrerin, Gefälligkeitsverhältnis	OLG Köln	23.01.15	III-1 RBs 340/14	S. 188

Planungsrecht, Umweltrecht, sonstiges Wirtschaftsverwaltungsrecht

Werbeständer, Fußgängerzone, Sondernutzung, Ermessen, städtebauliche Belange, Gestaltungskonzept	OVG Koblenz	04.12.14	1 A 10294/14	S. 189
--------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------	----------	--------------	--------

Fortsetzung Inhalt 4. Umschlagseite



Inhaltsverzeichnis

Beiträge

<i>Rechtsanwalt Dr. Florian Heinze, Hannover / Professor Dr. Christoph Safferling, LL.M. (LSE), Uni. Marburg</i> Die Strafbarkeit des Betriebs sogenannter „EC-Cash-Terminals“ in Spielhallen zur Auszahlung von Bargeld an Spielgäste nach dem ZAG	81
<i>Rechtsanwältin, Diplom-Finanzwirtin (FH) Antje Klötzer-Assion / Rechtsanwalt Dr. Thilo Mahnhold, Frankfurt a.M.</i> Paradigmenwechsel im deutschen Arbeitsrecht – zu Non-Compliance-Folgen für Arbeit- und Auftraggeber nach dem Gesetz zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns	88

Rezensionen

<i>Leitender Oberstaatsanwalt Folker Bittmann, Dessau-Roßlau</i> Rezension: Städler, Die Auswirkungen eines Personenwechsels bei Vertretungsorganen von GmbH und AG auf die Entbindungsberechtigung nach § 53 Abs. 2 S. 1 StPO, 2012	93
--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----

Aufsätze in Zeitschriften und Festschriften

<i>Rechtsanwalt und Fachanwalt für Strafrecht Prof. Dr. Björn Gercke, Köln</i> Vermögensabschöpfung	94
--------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----

Entscheidungen

BVerfG	20.11.2014 – 2 BvR 1820/14	Auslieferung und ordre public	96
BGH	25.11.2014 – 5 StR 527/14	Aufklärungshilfe bei Taten vor dem 1.8.2013	99
BGH	4. 9.2014 – 1 StR 314/14	Beweiswürdigung bei Massenbetrugsverfahren	100
BGH	5.11.2014 – 1 StR 267/14	Konkurrenzverhältnis bei gewerbs- und bandenmäßigem Schmuggel	103
BGH	18.11.2014 – KZR 15/12	Gesamtschuldnerausgleich nach Geldbuße	103
BGH	14.11.2014 – V ZR 90/13	Rückgabe von Bargeld nach Beschlagnahme	110
BGH	14.10.2014 – VI ZR 466/13	Garantenstellung des Schädigers	112
BGH	7.10.2014 – I StR 426/14	Faires Verfahren bei Verständigungsgesprächen	114
BGH	30. 9.2014 – VI ZR 490/12	Veröffentlichung rechtswidrig beschaffter Informationen	116
BGH	16.12.2014 – 4 ARs 21/14	Vernehmung der Verhörsperson	116
BGH	1.12.2014 – AnwZ (Brfg) 29/14	Verstoß gegen Sachlichkeitsgebot	116
BFH	26. 6.2014 – III R 21/13	Ablaufhemmung bei Steuerordnungswidrigkeit	118
OLG Hamm	11. 9.2014 – 5 RVs 87/14	Verurteilung wegen Schutzrechtsverletzung	119
VG Bremen	30. 7.2014 – H K 660/10	Berufsrechtlicher Überhang nach Abrechnungsbetrug	120

wistra aktuell

Rechtsprechungsvorschau	II
Aktuelle Rechtsprechung in Kürze	III
Aktuelle Nachrichten	V
Tagungsberichte	
– Symposium des BMJV / JM-NRW zur Verbandsverantwortlichkeit; WisteV-wistra-Tagung –	VII
Bericht aus der Gesetzgebung	
– Gesetzentwürfe zur Bekämpfung der Korruption –	XIII

Europarecht

Gesetzliche Unfallversicherung

EuGH	3. 9. 2014	(Rs C-318/13)	Einmalige Entschädigungsleistung für Arbeitsunfall darf nicht abhängig von unterschiedlicher Lebenserwartung von Männern und Frauen festgesetzt werden	349
------	------------	---------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----

Versicherungsvertragsrecht

Lebensversicherung

BGH	23. 7. 2014	(IV ZR 204/13)	Fälligkeit der gesamten Jahresprämie bei Beendigung des Lebensversicherungsvertrags durch Tod der versicherten Person	353
OLG München	23. 10. 2014	(14 U 875/14)	Anforderungen an eine Belehrung über Rücktrittsrecht und Wirksamkeit der Frist gem. § 8 Abs. 5 VVG a. F.	354

Krankheitskostenversicherung

OLG Oldenburg	16. 6. 2014	(5 U 88/13)	Keine Pflicht zur Beratung eines im öffentlichen Dienst tätigen Angestellten über eine mögliche Beihilfeberechtigung	356
---------------	-------------	-------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----

Kfz-Haftpflichtversicherung

LG München I	16. 1. 2014	(12 O 4224/13)	Kein Innenausgleichsanspruch des Kraftfahrthaftpflichtversicherers gegen den Privathaftpflichtversicherer wegen Doppelversicherung eines Gespanns	356
--------------	-------------	----------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----

Rechtsschutzversicherung

OLG Karlsruhe	30. 9. 2014	(12 U 56/14)	Abgrenzung privater Vermögensverwaltung von der Wahrnehmung rechtlicher Interessen im Zusammenhang mit einer selbstständigen Tätigkeit	358
---------------	-------------	--------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----

Gebäudeversicherung

LG Aachen	14. 3. 2014	(9 O 48/12)	Ein durch fehlende Beheizung und Kontrolle sowie durch nur teilweise Entleerung der Leitungen hervorgerufener Frostschaden rechtfertigt eine vollständige Leistungskürzung	360
-----------	-------------	-------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----

Rückversicherung

BGH	1. 7. 2014	(II ZB 29/12)	Abgrenzung von Rückversicherungsvertrag und (verdecktem) Darlehensvertrag bei Lebensversicherungen	362
-----	------------	---------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----

Haftungsrecht

Abfindungsvergleich

LG Wiesbaden	24. 7. 2014	(9 O 48/14)	Auslegung des Anerkenntnisses zukünftiger Schäden „mit der Wirkung eines Feststellungsanspruchs“	368
--------------	-------------	-------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------	-----

Datenschutz

BGH	28. 10. 2014	(VI ZR 135/13)	EuGH-Vorlage zur Zulässigkeit der Speicherung von dynamischen IP-Adressen	370
-----	--------------	----------------	---------------------------------------------------------------------------	-----

Haftpflichtgesetz

BGH	11. 9. 2014	(III ZR 490/13)	Ausschluss der Gefährdungshaftung des Wasserversorgungsunternehmens als Anlageinhaber für Leitungsschaden im Gebäudeinneren	374
-----	-------------	-----------------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----



Kfz-Kaufvertrag

OLG Düsseldorf	30. 10. 2014	(I-3 U 10/13)	Beschaffensvereinbarung durch vertragliche Abrede über reparierten Blechschaden	376
----------------	--------------	---------------	---------------------------------------------------------------------------------	-----

Reisevertrag

BGH	16. 9. 2014	(X ZR 1/14)	Vertragsangabe „genaue Flugzeiten noch nicht bekannt“ ist mit BGB-InfoV vereinbar L	378
-----	-------------	-------------	-------------------------------------------------------------------------------------	-----

Steuerberatervertrag

BGH	22. 5. 2014	(IX ZR 147/12)	Grundsätze für die Herabsetzung eines Pauschalhonorars bei vorzeitiger Vertragsbeendigung	379
BGH	25. 9. 2014	(IX ZR 25/14)	Gewerblicher Ankauf von Honorarforderungen durch Steuerberater ist wirksam	380

Verfahrens- und Kostenrecht

Internationale Zuständigkeit

OLG Dresden	14. 1. 2014	(4 U 717/13)	Keine internationale Zuständigkeit deutscher Gerichte aus Art. 9 Abs. 1 b EuGVVO für Klagen einer Bank als Zessionarin eines in Deutschland wohnenden VN	382
-------------	-------------	--------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----

Rechtsmittelfrist

BGH	8. 4. 2014	(VI ZB 1/13)	Anforderungen an die Glaubhaftmachung des rechtzeitigen Beginns der Übertragung einer Berufungsbegründung per Telefax	384
-----	------------	--------------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----

Urteilsergänzung

BGH	20. 1. 2015	(VI ZR 209/14)	Wiedereinführung eines in erster Instanz übergebenen Feststellungsantrags durch Klageerweiterung in der Berufung	385
-----	-------------	----------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----

Transportrecht

Paketbeförderungsvertrag

BGH	12. 6. 2014	(I ZR 50/13)	Der Beweis für den Umfang und den Wert einer verloren gegangenen Sendung unterliegt stets der freien richterlichen Beweiswürdigung gem. § 286 ZPO	386
-----	-------------	--------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----

Auslandsrecht (Österreich)

Einbruchdiebstahlversicherung

OGH	10. 9. 2014	(7 Ob 97/14 m)	Leistungsfreiheit des Versicherers wegen Nichtführens geeigneter Verzeichnisse über Wertgegenstände	388
-----	-------------	----------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------	-----



I. ZUR DEBATTE

Trusts, Stiftungen und ihre steuerliche Akzeptanz im europäischen Umfeld – der «Schneehuhn»-Fall

270

II. STEUERRECHT

Grenzüberschreitendes Outsourcing von IT-Leistungen im Versicherungskonzern

278

III. IM FOKUS

1. Reforming the Strasbourg Doctrine on Extraterritorial Jurisdiction in the Context of Environmental Protection

285

2. Innovation as the Main Driver behind the Recent Reform of the EEA Rules on Public Procurement

296

Board of Editors

PROF. DR. DR.
CARL BAUDENBACHER
LUXEMBURG/
ST. GALLEN (PRÄSIDENT)

PROF. DR. DR.
GENERALDIREKTOR A.D.
WALTER BARFUß
WIEN

FÜRSTLICHER RAT
ALT REGIERUNGSCHEF
HANS BRUNHART
VADUZ

PROF. DOTT.
ALDO FRIGNANI
AVVOCATO
TORINO

PROF. DR.
CHRISTIAN KOHLER
SAARBRÜCKEN

RECHTSANWALT DR.
FRANK MONTAG
BRÜSSEL

DR. SVEN NORBERG
BRÜSSEL



Aufsätze

- Rode*, Die streitige Hauptverhandlung nach gescheiterter Absprache 89
Burkhard, Die Selbstanzeige ab dem 1.1.2015 95

Entscheidungen

Verfassungsrecht

- GG Art. 2, 20: Konsequenzen aus Furcht *.l.* Deutschland (StraFo 2014, 504 *m. Anm. Sommer*)
 BVerfG [2. Kammer des Zweiten Senats], Beschl. v. 18.12.2014 – 2 BvR 209, 240 und 262/14 *m. Anm. Eisenberg* 100

Verfahrensrecht

- StPO §§ 100b, 147: Grundsätzliches Verbot der Herausgabe von Aufzeichnungen einer Telekommunikationsüberwachung OLG Nürnberg, Beschl. v. 11.2.2015 – 2 Ws 8/15 *m. Anm. Wesemann/Mehmeti* 102
 StPO § 102: Keine Durchsuchung nach entlastenden Beweismitteln, wenn der Verteidiger ihre freiwillige Herausgabe angeboten hat LG Köln, Beschl. v. 22.12.2014 – 111 Qs 274/14 107
 StPO § 112; JGG § 72a: Für die Haftentscheidung kann nicht offen bleiben, ob Jugendstrafrecht angewandt werden wird – Die Missachtung von § 72a JGG könnte Folgen für die Fortdauer der Untersuchungshaft haben KG, Beschl. v. 22.5.2014 – 4 Ws 48/14 108
 StPO §§ 112 ff.; GVG §§ 30, 76: Entscheidungen über die Haftfrage sind stets Entscheidungen außerhalb der Hauptverhandlung KG, Beschl. v. 27.1.2015 – 3 Ws 656/14 110
 StPO §§ 112, 230: Ungehorsam gegenüber einer Ladung begründet für sich gesehen keine Fluchtgefahr – Zu den Voraussetzungen des Haftbefehls nach § 230 StPO OLG Frankfurt a.M., Beschl. v. 6.2.2015 – 1 Ws 11/15 112
 StPO § 114: Im Haftbefehl darf auf andere Urkunden nur Bezug genommen werden, wenn sie dem Haftbefehl als Anlage beigefügt werden OLG Celle, Beschl. v. 1.12.2014 – 1 Ws 516/14 113
 StPO §§ 117 ff., 304: Begründungstiefe eines während laufender Hauptverhandlung erlassenen Haftbefehls OLG Celle, Beschl. v. 16.1.2015 – 1 Ws 22/15 113
 StPO § 136: Beschuldigteneigenschaft ohne förmliche Verfahrenseröffnung BGH, Urt. v. 30.12.2014 – 2 StR 439/13 114
 StPO § 140: Beiordnung im Widerrufsverfahren bei Strafen von einem Jahr oder mehr LG Magdeburg, Beschl. v. 19.9.2014 – 21 Qs 815 Js 71626/11 (68/14) 116

- StPO §§ 243 Abs. 4, 344: Der Beschwerdeführer muss die Tatsachen vortragen, die eine Prüfung der Beruhensfrage erlauben BGH, Beschl. v. 25.11.2014 – 2 StR 171/14 117
 StPO § 243 Abs. 4: Zum Beruhen bei Verstößen gegen die Mitteilungspflicht BGH, Beschl. v. 15.1.2015 – 1 StR 315/14 (BGHSt) 117
 StPO § 256: Voraussetzungen für die Verlesung eines ärztlichen Attestes OLG Düsseldorf, Beschl. v. 23.1.2015 – III-2 RVs 11/15 120
 StPO § 261: Einlassungen ohne objektive Anhaltspunkte BGH, Urt. v. 5.11.2014 – 1 StR 327/14 121
 StPO § 267: Die Einlassung des Angeklagten hat der Tatrichter stets mitzuteilen BGH, Beschl. v. 10.12.2014 – 3 StR 489/14 121
 JGG § 67: Keine Vertretung von Erziehungsberechtigten und gesetzlichen Vertretern in der Hauptverhandlung KG, Beschl. v. 14.5.2014 – 4 Ws 33/14 122
 OWiG §§ 21, 46; StPO §§ 153a, 264: Einreise mit zu vielen Zigaretten und zu viel Bargeld ist eine prozessuale Tat OLG Bamberg, Beschl. v. 19.1.2015 – 3 Ss OWi 1500/14 123
 DRiG § 26; StPO §§ 112 ff.: Der Ermittlungsrichter kann nicht angewiesen werden, seiner Tätigkeit in den Räumen des Polizeipräsidiums nachzugehen BGH, Urt. v. 3.12.2014 – RiZ(R) 2/14 124

Materielles Strafrecht/Strafrechtliche Nebengebiete

- StGB § 46a Nr. 1 ist auf den vorsätzlichen Eingriff in den Straßenverkehr nicht anwendbar BGH, Urt. v. 4.12.2014 – 4 StR 213/14 (BGHSt, nur Ls) 125
 StGB §§ 56b, 56c; StPO § 453: Erheblicher Zeitablauf nach der mündlichen Anhörung kann eine erneute Anhörung erforderlich machen LG München I, Beschl. v. 9.2.2015 – 25 Qs 6/15 126
 StGB § 56c: Unbestimmtes Verbot der Nutzung sozialer Netzwerke ist nicht zulässig LG Nürnberg-Fürth, Beschl. v. 16.2.2015 – 17 Qs 7/15 126
 StGB § 248a: Keine Bejahung des besonderen öffentlichen Interesses bei Anklagerhebung wegen eines Offizialdelikts BGH, Beschl. v. 30.7.2013 – 4 StR 247/13 127
 Brandenburgisches OLG, Beschl. v. 16.12.2014 – (2) 53 Ss 118/14 (63/14) 127

Strafvollstreckung/Strafvollzug

- StGB §§ 67, 51: Bei anfänglicher Fehleinweisung ist verbüßter Maßregelvollzug vollständig auf die Strafe anzurechnen KG, Beschl. v. 27.1.2015 – 2 Ws 3/15 – 141 AR 672/14 128

Rezension

- Bockemühl*, Handbuch des Fachanwalts Strafrecht (*Krenberger*) 131

K&R Online-Archiv:
Für Abonnenten kostenlos
www.kommunikationundrecht.de

Chefredakteur:
RA Torsten Kutschke

Redaktion:
RAin Anja Keller

Redaktionsassistent:
Dagmar Dinkel

Ständige Mitarbeiter:
RA Dr. Andreas Bartosch, Brüssel;
Dr. Gunnar Bender, Hamburg; RA
Dr. Felix Buchmann, Stuttgart;
Prof. Dr. Christoph Degenhart,
Leipzig; Prof. Dr. Dieter Dörr,
Mainz; RA Stefan Engel-Flehsig,
St. Augustin; Prof. Dr. Torsten J.
Gerpott, Duisburg; Prof. Dr. Hu-
bertus Gersdorf, Rostock; Prof. Dr.
Georgios Gounalakis, Marburg;
Elisabeth Grote, Bonn; RA Prof.
Niko Härting, Berlin; RA Dr. Ale-
xander R. Klett, LL.M. (Iowa),
München; RA Robert Klotz, Brüs-
sel; Prof. Dr. Christian Koenig,
LL.M., Bonn; RA Dr. Jost Kott-
hoff, Frankfurt a.M.; RA Prof. Dr.
Johannes Kreile, München; Prof.
Dr. Karl-Heinz Ladeur, Hamburg;
Prof. Dr. Stefan Leible, Bayreuth;
RA Richard Leitermann, Frankfurt
a.M.; RAin Dr. Grace Nacimiento,
LL.M., Düsseldorf; RA Dr. Norbert
Nolte, Köln; RA Hermann-Josef
Piepenbrock, Düsseldorf; Prof. Dr.
Dr. Dr. h. c. Franz Jürgen Säcker,
Berlin; Kurt Schmidt, Bonn; RA,
FAH- u. GesR, FAInsR, StB Prof.
Dr. Jens M. Schmittmann, Essen;
RA Michael Schmittmann, Düssel-
dorf; Prof. Dr. Olaf Sosnitzer,
Würzburg; RA Tobias H. Strömer,
Düsseldorf; StB Dipl.-Kfm. Prof.
Dr. Günter Strunk, Hamburg; Prof.
Dr. Jürgen Taeger, Oldenburg;
Reg.-Dir. Dr. Alexander Tetten-
born, LL.M., Berlin; RA Dr. Thu-
mas Tschentscher, LL.M., Frank-
furt a.M.; RAin Priv. Doz. Dr. Irini
Vassilaki, Athen/München; RA Dr.
Benedikt Wemmer, Berlin; Prof.
Dr. Andreas Wiebe, Wien; Dr. Ul-
rich Zwach, Bonn

Kooperationspartner:
Forschungsstelle Medienrecht und
Medienwirtschaft, Forschungsstel-
le für Europäisches und Deutsches
Telekommunikationsrecht (beide
Universität Marburg), Forschungs-
projektgruppe für Europäisches Tele-
kommunikationsrecht am Zen-
trum für Europäische Integrations-
forschung (Universität Bonn) so-
wie Mainzer Medieninstitut e. V.
(Mainz).

Online-Kooperationspartner:
Telemedicus e.V., Rechtsfragen der
Informationsgesellschaft:
www.telemedicus.info

Editorial

Satire darf nicht alles
Prof. Dr. Christian Schertz, Berlin

Aufsätze

217 **Rechtliche Bewertung ziviler Drohnenflüge**
Alexander Schmid, Passau

Multicopter, auch „Drohnen“ genannt, finden bei Privatpersonen immer mehr Anklang. So einfach Multicopter zu bedienen sind, umso komplexer stellt sich jedoch die Rechtslage dar: Das LuftVG und die LuftVO sind auch für den Privatnutzer zu beachtende Vorschriften. Dient der Betrieb des Multicopters der Erstellung von Luftaufnahmen, sind diverse Persönlichkeitsrechte, das Datenschutzrecht und das Urheberrecht zu beachten. Der Beitrag beschäftigt sich mit ebendieser rechtlichen Perspektive ziviler Drohnenflüge.

222 **Aktuelle Rechtsentwicklungen bei Suchmaschinen im Jahre 2014**
RA Dr. Sebastian Meyer, LL.M., Bielefeld

Der Bericht gibt einen Überblick über die rechtlichen Entwicklungen im Zusammenhang mit Suchmaschinen. Berücksichtigt sind gerichtliche Entscheidungen, wissenschaftliche Aufsätze und sonstige Veröffentlichungen aus dem letzten Jahr. Der Bericht knüpft damit an den Überblick des Vorjahres (K&R 2014, 300) an.

230 **Weißer Rauch aus Straßburg – keine Lizenzgebühr für Werbung mit Prominenten-Namen**
RA Dominik Höch, Berlin

Der Verfasser kommentiert die Entscheidungen des EGMR vom 19.2.2015 – 53495/09 (Bohlen vs. Germany) und 53649/09 (Ernst August v. Hannover vs. Germany). Das Gericht hat in der Kammerentscheidung vom 19.2.2015 Dieter Bohlen und Ernst August Prinz von Hannover nicht dadurch in ihrem Recht auf Privatheit verletzt gesehen, dass deren Vornamen ohne ihre Einwilligung in einer Werbeanzeige genannt wurden. Damit billigte das Gericht die Entscheidung des BGH, der sich bereits 2008 mit den Fällen auseinandersetzte.

233 **Zulassungsfreie Rundfunkwerbung?**
Prof. Dr. Matthias Cornils, Mainz

Der Autor setzt sich kritisch mit der Entscheidung des BVerwG zur Anerkennung regionalisierter Spotwerbung im bundesweiten Fernsehprogramm auseinander. Er stellt fest, dass das Urteil zwar wichtige Denkanstöße gibt, vor allem auch für die rechtspolitische Bewältigung der durch den technischen Fortschritt neu aufgeworfenen Verteilungsprobleme hinsichtlich der finanziellen Ressourcen in den Märkten für mediale Werbung. Der Versuch, die Auseinandersetzung als schon nach dem geltenden Recht zulässiges Geschäftsmodell zu rechtfertigen, kann indessen kaum als gelungen gelten.

237 **Telekommunikationsrecht: Rechtsprechungsbericht 2014**
RAin Dr. Grace Nacimiento, LL.M., Düsseldorf

Die Autorin stellt die aktuellen Rechtsprechungsentwicklungen im Telekommunikationsrecht dar: Im Berichtszeitraum ergingen im Bereich der Entgeltregulierung Urteile, mit denen Genehmigungen der BNetzA im Festnetz- und im Mobilfunkbereich aufgehoben wurden. Das VG schärfte die Anforderungen an die Ausübung behördlicher Beurteilungsspielräume. Das BVerwG legte dem BVerfG und dem EuGH grundsätzliche Fragen des TK-Rechts vor. Im Frequenzbereich entschied das VG erneut über Klagen gegen Vergabeentscheidungen von 2009.

245 **Länderreport Österreich**

RA Hon.-Prof. Dr. Clemens Thiele, LL.M. Tax (GGU), Salzburg
Der Verfasser stellt die aktuellen Rechtsentwicklungen in Österreich vor, darunter Entscheidungen zum Domainrecht, zum Medienordnungsrecht, zum E-Commerce, zum Persönlichkeitsrecht sowie zum Telemedien- und Rundfunkrecht.



Rechtsprechung

- 248 Betroffenheit bei Regulierungsentscheidungen gegenüber Anbietern elektronischer Kommunikationsnetze
EuGH, 22. 1. 2015 – C-282/13
- 249 Dokumentenzugang zu Schriftsätzen aus EU-Vertragsverletzungsverfahren
EuG, 27. 2. 2015 – T-188/12
- 249 **Kommentar von PD Dr. Jan Eichelberger, LL.M.occ., Jena**
-
- 251 Kein Anspruch auf Auskunft über Arbeitnehmer-Privatadresse
BGH, 20. 1. 2015 – VI ZR 137/14
- 252 Konkludente Einwilligung in Fotoveröffentlichung auf Eventportal
BGH, 11. 11. 2014 – VI ZR 9/14
- 253 Hi Hotel II: Gerichtsstand bei Urheberrechtsverletzung mit Auslandsberührung
BGH, 24. 9. 2014 – I ZR 35/11
- 258 Schadensersatz wegen verschwiegenen Abtretungsverbots für TK-Forderungen
BGH, 22. 1. 2015 – III ZR 10/14
-
- 260 Kein konkretes Wettbewerbsverhältnis zwischen kritisierendem Anwalt und kritisierem Unternehmen
OLG Frankfurt a. M., 28. 1. 2015 – 6 W 4/15
- 262 Flug-Endpreis muss unvermeidbare Gebühren für Zahlungsmittel enthalten
OLG Dresden, 3. 2. 2015 – 14 U 1489/14
- 264 Irreführung durch werbliche Herausstellung der Langlebigkeit eines Scanner-Bauteils
OLG Celle, 22. 1. 2015 – 13 U 25/14
-
- 267 Keine irreführende Werbung mit gedrosseltem Datentarif „LTE Zuhause“
LG Düsseldorf, 18. 2. 2015 – 12 O 70/14
- 269 Werbung in Autoreply-Mail zulässig
LG Stuttgart, 4. 2. 2015 – 4 S 165/14
- 270 Unlauteres Abfangen von Kunden mit Preisvergleichs-Toolbar
LG Hamburg, 28. 1. 2015 – 416 HKO 163/14
- 275 Impressumspflicht auch für „versehentlich“ aktivierte Websites
LG Essen, 13. 11. 2014 – 4 O 97/14
- 277 Schadensersatzanspruch gegen Suchmaschinenbetreiber wegen unterlassener Löschung aus Trefferliste
LG Heidelberg, 9. 12. 2014 – 2 O 162/13
- 280 Dashcam-Aufnahmen als Beweismittel nicht verwertbar
LG Heilbronn, 3. 2. 2015 – I 3 S 19/14
-
- 282 Eingeschränkter Anspruch auf Zugang zu Informationen über Abgeordnetenmandat
BVerwG, 27. 11. 2014 – 7 C 20.12
- 282 Regionale Differenzierung von TV-Werbespots bedarf keiner gesonderten Zulassung
BVerwG, 17. 12. 2014 – 6 C 32.13
-
- 285 Zuordnungskriterien bei Facebook-Aufruf eines Oberbürgermeisters zu Gegendemonstration
VG München, 19. 1. 2015 – M 7 E 15.136

K&R Glosse

- 287 **Theater vor Gericht**
Prof. Dr. Rupprecht Podszun, Bayreuth

K&R Aktuell

V Veranstaltungen · VII Impressum · VIII Autoren

VERGABE INFOLETTER

INFORMATIONEN ZUM ÖFFENTLICHEN AUFTRAGSWESEN

Ausgabe März 2015/Nr. 2

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS
D3-7127

EU-Richtlinie über die elektronische Rechnungsstellung bei öffentlichen Aufträgen

Die Richtlinie über die elektronische Rechnungsstellung bei öffentlichen Aufträgen ist am 26.05.2014 in Kraft getreten. Diese Richtlinie verpflichtet öffentliche Auftraggeber zur Annahme elektronischer Rechnungen, wenn diese einer – noch zu schaffenden – EU-Basisnorm für die elektronische Rechnungsstellung entsprechen.

Die Richtlinie gilt für elektronische Rechnungen, die nach Erfüllung von Aufträgen im Geltungsbereich der neuen Richtlinien für öffentliche Aufträge, Sektoraufträge und Konzessionen ausgestellt werden.

In der Richtlinie sind lange Umsetzungs- und Übergangsfristen vorgesehen, demnach müssen die Mitgliedstaaten die Richtlinie erst bis zum 27.11.2018 umsetzen. Die in der Richtlinie vorgesehene Verpflichtung zum Empfang und zur Verarbeitung elektronischer Rechnungen müssen die Mitgliedstaaten spätestens 18 Monate nach Veröffentlichung der Fundstelle der neuen europäischen Norm für die elektronische Rechnungsstellung im Amtsblatt der EU umsetzen. Für subzentrale Auftraggeber kann diese Frist bis zu 30 Monate nach der Veröffentlichung aufgeschoben werden.

Parteienantrag auf Normenkontrolle ab 1.1.2015

Ab 1.1.2015 kann mittels eines Parteienantrages auf Normenkontrolle die Gesetzwidrigkeit von Verordnungen bzw die Verfassungswidrigkeit von Gesetzen von einer einzelnen Partei bereits nach der erstinstanzlichen Entscheidung, gleichzeitig mit einem dagegen erhobenen Rechtsmittel, an den Verfassungsgerichtshof herangetragen werden (siehe BGBl I 2013/114). Nach Beschluss der Ausführungsgesetze wurden diese im BGBl I 2014/92 veröffentlicht. Darin

Fachbeiträge

Neuerungen durch das Arbeits- und Sozialrechts- Änderungsgesetz 2014	2
Rechtzeitigkeit der Angebote bei der elektronischen Beschaffung: Verantwortungsbereiche von Auftraggebern und Bieter	3
Aktuelle Rechtsprechung [Slg 9–18]	
EuGH: Aus Schluss Wettbewerbsverstoß!	5
EuGH: Öffentlich Finanzierte können bieten, das Ausscheiden wegen ungewöhnlich niedrigen Preises ist aber zulässig	5
EuGH: Umfangreiche Prüfung und Zulässigkeit des Widerrufs bei nur einem verbliebenen kriminellen (?) Bieter	7
VfGH: Keine Bedenken gegen die Gebührenregelungen im Nachprüfungsverfahren vor dem BVwG	8
VwGH: Zukünftiges kann nicht zur Nichtigkeit von Vergangenem führen	9
VwGH: Schreib mir, was du gesagt hast!	9
VwGH: Objektiver Erklärungswert darf nicht mit Wortinterpretation verwechselt werden	10
VwGH: Direktvergabe oder zusammennzurechnende Auftragswerte?	11
BVwG: Angebotsprüfung bei nichtprioritären Dienstleistungen	12
VK Bund: Ein Konzept macht eine Ausschreibung nicht immer funktional	13
Newsflash	
EU-Ausschreibung zur „Public Sector Cloud“ bis 20.02.2015	13
Neue Regeln für EU-Förderungen	14
Energieeffizienzgesetz („EEffG“) in Kraft	14
Kommissionsentwurf – Einheitliche Europäische Eigenerklärung	14
Vergaberechtlich relevante Bestimmungen Bundesländer Stand 18.3.2015	15
Kanzleiflash	
Erfolgreich beraten durch Heid Schiefer Rechtsanwältin: AK Oberösterreich – Sanierung und Erweiterung Jägermayrhof	15
Rezension	16

wurden Ausnahmefälle determiniert, in welchen die Stellung des entsprechenden Antrages unzulässig ist. Es handelt sich dabei unter anderem um Insolvenzverfahren, Exekutionsverfahren, Verfahren über die Kündigung von Mietverträgen und Verfahren über die Räumung von Mietgegenständen.

Herausgeber:

➤ **Heid Schiefer
Rechtsanwältin**

VERLAG
ÖSTERREICH
www.verlagoesterreich.at

Beiträge · Aufsätze · Berichte



Prof. Dr. Peter Witte
Besondere Verfahren nach dem Unionszollkodex..... 77

Prof. Dr. Christoph Graf von Bernstorff
Die „BPO“ zur Zahlungssicherung 83

Dr. Thomas Kiefer
China internationalisiert sich..... 86

Dr. Carsten Weerth
Sieben Jahre Zugelassener Wirtschaftsbeteiligter (AEO) ... 90

RechtsprechungsReport

Prof. Dr. Dr. h.c. (UA) Lothar Gellert
Anspruch auf rechtliches Gehör..... 96

Klaus Vorpeil
BGH: Aufhebung eines Vertrags wegen „wesentlicher Vertragsverletzung“ nach UN-Kaufrecht 101

Roelof Andringa
Zollrechtsprechung in den Niederlanden..... 103

Aus- und Weiterbildung

Prof. Dr. Christoph Graf von Bernstorff
Der „Lieferort“ der Incoterms 106

Impressum

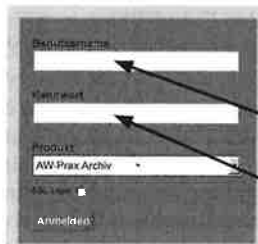
82

Nachrichten, Seminare, GesetzgebungsReport, Stellenmarkt

finden Sie im „AW-Prax Newsticker“ als separate Ergänzung zum Heft >>>



ZUGANGSDATEN zum AW-Prax-Archiv:



Geben Sie unter **www.aw-portal > aw-prax > archiv > anmelden** Ihren Benutzernamen und Ihr Kennwort ein. Der Benutzernamen setzt sich immer zusammen aus „awpraxleser“ und Ihrer Auftragsnummer.
Beispiel: awpraxleser12345

Geben Sie unter Kennwort Ihre Auftragsnummer ein.
Beispiel: 12345

Ihre individualisierte Auftragsnummer finden Sie auf dem Adressaufkleber Ihrer AW-Prax oben links!

Beilagenhinweis:

Dieser Ausgabe liegen Beilagen des Bundesanzeiger Verlags, der IHK Exportakademie und der AWA bei. Wir bitten unsere Leser um Beachtung.

AW-Prax

Außenwirtschaftliche Praxis

Herausgegeben in Verbindung mit dem Europäischen Forum für Außenwirtschaft, Verbrauchsteuern und Zoll e.V. (EFA)

Schriftleitung

Prof. Dr. Hans-Michael Wolfgang; redaktion@aw-prax.de

Redaktion Außenhandelsrecht

Prof. Dr. Christoph Graf von Bernstorff, Rechtsanwalt redaktion@aw-prax.de

Redaktion Exportkontrollrecht

Dr. Klaus Pottmeyer, Rechtsanwalt redaktion@aw-prax.de

Redaktion Zollrecht

Prof. Dr. Peter Witte (stellvertretender Schriftleiter) redaktion@aw-prax.de

Herausgeberbeirat

- Dr. Herbert Becherer, Vizepräsident der Bundessteuerberaterkammer und Präsident der Steuerberaterkammer Thüringen
- Prof. Dr. Dirk Ehlers, Universität Münster, Europäisches Forum für Außenwirtschaft, Verbrauchsteuern und Zoll e.V. (EFA)
- Volker Hahn, Ministerialdirigent a. D.
- RA Klaus John, Zentralverband Elektrotechnik- und Elektroindustrie e.V. (ZVEI), Frankfurt
- Jan Jost, Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI), Berlin
- RA Jutta Knell, Bundesverband Spedition und Logistik e. V. (BSL), Bonn
- RA Olaf Kreuzer, Freiburg, Außenwirtschaftsrunde e. V.
- RAIn Claudia Kurz, Verband der chem. Industrie e. V., Frankfurt
- RA Michael Lux, Brüssel
- Dr. Anton Mairinger, Hofrat des Verwaltungsgerichtshofs, Wien
- Dr. Klaus-Peter Müller-Eiselt, Vors. Richter am Bundesfinanzhof a. D., München
- Prof. Dr. Burghard Piltz, Rechtsanwalt u. Notar, Hamburg
- Dr. Alexander von Portatius, Ministerialrat a. D., ehemals Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Bonn
- Prof. Dr. Achim Rogmann LL.M. (Murdoch), Brunswick European Law School an der Ostfalia Hochschule für angewandte Wissenschaften, Wolfenbüttel
- Olaf Simonsen, Vizepräsident a.D. ehemals Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle, Eschborn
- Dr. Bettina Vogl-Lang, Bundesministerium für Finanzen, Wien
- Stefan Wengler, Dipl.-Volksw., Außenhandelsvereinigung des Deutschen Einzelhandels e.V. (AVE), Köln
- Johanna Wemer, LL.M., Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK), Berlin
- Oliver Wieck, ICC Germany e.V., Berlin

Ständige Mitarbeiter

- Dr. Susanne Aigner, Europäische Kommission, Brüssel
- Stephan Alexander, Richter am Finanzgericht Düsseldorf
- Marianne Bamberger, München
- Prof. Dr. Dr. h.c. (UA) Lothar Gellert, Hochschule des Bundes, Münster
- Prof. Dr. Reginhard Henke, Hochschule des Bundes, Münster
- Serge Gomy, Eidg. Oberzolldirektion, Bern
- Hans-Joachim Kampf, Dipl.-Finanzwirt, Hochschule des Bundes, Münster
- Dr. Thomas Möller, Oberregierungsrat, Hauptzollamt Osnabrück
- Karl-Heinz Palmes, Regierungsabernamtsrat beim Statistischen Bundesamt – Gruppe Außenhandel, Wiesbaden
- Prof. Dr. Walter-Michael Summersberger, Universität Linz
- Willi Vögele, Leitender Regierungsdirektor a. D., Freiburg i. Br.
- Klaus Vorpeil, Rechtsanwalt, Gau-Bickelheim
- Dr. Carsten Weerth, Dipl.-Finanzwirt, B. Sc. (Glasgow), LL. M., (Com.), M.A., Hauptzollamt Bremen

▣ Aktuelle Nachrichten

- Hermesdeckungen 2014..... 49
- Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im Haushaltsjahr 2014..... 49
- Vortrag zu TTIP an der Universität Münster..... 49
- EU-Freihandelsabkommen: Vietnam und Südkorea..... 51
- Aktualisierung der Pan-Euro-Med-Matrix..... 52
- Ausnahmeregelung für Zuckereinfuhren aus Curaçao..... 53
- Handelspolitische Ursprungszeugnisse aus Ägypten und der Republik Moldau..... 53
- Berichtigung der Antidumping-Grundverordnung..... 54
- EU gewinnt WTO-Panel-Verfahren gegen China..... 54
- EuG-Beschluss zu Antidumpingzöllen auf Photovoltaikerzeugnisse aus China..... 54
- AEO-Programm in Taiwan..... 55
- AEO-Programm in Hongkong..... 55
- AEO-Programm in Singapur..... 55
- AEO-Programm in Korea..... 56
- AEO-Programm in Kanada..... 56
- AEO-Programm in Neuseeland..... 57
- AEO: Gegenseitige Anerkennung Japan/Malaysia..... 57
- ATLAS Ausfuhr (AES) – Release 2.3 im Echtbetrieb..... 57
- BMF-Kurzanleitung „Internet-Ausfuhr-Anmeldung – Plus“..... 58
- VuB – Änderungen der Artenschutz-DVO für den Warenverkehr 59
- Embargo gegen Côte d'Ivoire – weitere Ausnahmen mit Genehmigung zugelassen..... 59
- Allgemeine Ausfuhrgenehmigungen der Union Nr. EU 001 – EU 006..... 60
- Annexion Krim und Sewastopol – Verbot von Dienstleistungen 60
- Iran-Embargo – Verlängerung der Altvertragsregelung bis 30.06.2015..... 60
- Sanktionslisten gegen Personen und Organisationen..... 61
- Ukraine – Restriktive Maßnahmen gegen Personen und Einrichtungen..... 62
- AEO-Status in Russland wird reformiert..... 63
- Neues von der ICC..... 63

📄 GesetzgebungsReport

- EU-Recht 64
- Österreich 67
- Schweiz 67
- 🎓 Veranstaltungskalender** 68
- Stellenmarkt** 70

Aktuelle Nachrichten

Titelthema der AW-Prax 3/2015:

■ Besondere Verfahren nach dem Unionszollkodex



ÖSTERREICHISCHE NOTARIATS ZEITUNG

147. JAHRGANG

03
2015

MONATSSCHRIFT FÜR NOTARIAT UND VERFAHREN AUSSER STREITSACHEN

WU
D3-2315

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

Aus dem Inhalt:

BEITRAG

Michael Gruber und Ulrich E. Palma:

Reform des § 568 ABGB?

Seite 81

RECHTSPRECHUNG

Die Beschränkungen des § 5 Abs 2 WEG gelten auch für
derivative Erwerbsvorgänge *Peter Höftberger*

Seite 95

Zum Verbot der Einlagenrückgewähr durch Beteiligung einer
typischen stillen Gesellschaft *Lukas Till*

Seite 107

REDAKTION: Ludwig Bittner, Hans Hoyer, Waldemar Jud, Elisabeth Lovrek, Peter G. Mayr, Christian Rabl,
Alexander Schopper, Rudolf Welser, Alexander Winkler. BEIRAT: Hans Georg Ruppe, Karl Stöger, Wolfgang Zankl.

Inhalt

Beitrag

Michael Gruber und Ulrich E. Palma:

Reform des § 568 ABGB?	81
------------------------------	----

Rechtsprechung

Grundbuch, Wohn- und Liegenschaftsrecht

Die Beschränkungen des § 5 Abs 2 WEG gelten auch für derivative Erwerbsvorgänge. –

OGH 6. 11. 2013, 5 Ob 124/13s: § 5 Abs 2 WEG idF der WRN 2006 BGBl I 2006/124 (Anmerkung von Peter Höftberger) .	95
------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----

Unzulässigkeit eines Individualantrags auf Aufhebung der Selbstberechnungsbestimmung der ImmoEST aus formalen Gründen –

VfGH 10. 12. 2014, G 57/2013: §§ 30b, 30c EStG; § 11 Abs 1, § 13 Abs 4 GrEStG; Art 140 B-VG	99
---------------------------------------------------------------------------------------------------	----

Eine Photovoltaikanlage als Dachaufbau kann kein Superädifikat sein. –

OGH 16. 7. 2013, 5 Ob 223/12y: §§ 294, 297, 435 ABGB; § 9 Abs 1 UHG	101
---------------------------------------------------------------------------	-----

Der Verwirkungstatbestand des § 4 Abs 2 BauRG lässt das Baurecht nicht von selbst wegfallen, sondern bildet nur einen Löschungstitel. –

OGH 29. 8. 2013, 1 Ob 90/13m: § 4 Abs 2, §§ 6, 8 BauRG; § 237 Abs 1, § 183 Abs 3 EO; §§ 444 f, 1041 ABGB	103
----------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----

Erbrecht

Zeugenfähigkeit –

OGH 17. 9. 2014, 4 Ob 110/14a: §§ 594, 585 aF ABGB	105
----------------------------------------------------------	-----

Akteneinsicht –

OGH 17. 9. 2014, 4 Ob 115/14m: § 22 AußStrG; § 219 ZPO	106
--------------------------------------------------------------	-----

Akteneinsicht –

OGH 18. 9. 2014, 1 Ob 165/14t: § 219 Abs 2 ZPO iVm § 22 AußStrG; § 896 ABGB	106
-----------------------------------------------------------------------------------	-----

Firmenbuch und Unternehmensrecht

Zum Verbot der Einlagenrückgewähr durch Beteiligung einer typischen stillen Gesellschaft –

OGH 15. 12. 2014, 6 Ob 14/14y: §§ 82, 83, 122 GmbHG; § 879 ABGB (Anmerkung von Lukas Till)	107
--------------------------------------------------------------------------------------------------	-----

Nachträgliche Änderung eines Änderungsrechts bei der Privatstiftung –

OGH 15. 12. 2014, 6 Ob 210/14x: §§ 3, 33 PSG	110
----------------------------------------------------	-----

Vertragsrecht

Heilung formnichtiger Ehegattenverträge –

OGH 4. 7. 2013, 6 Ob 66/13v: § 1432 ABGB; § 1 Abs 1 lit b NotAkteG	112
--------------------------------------------------------------------------	-----

Keine Kürzung des Bürgschaftsanspruchs bei Verletzung von Sorgfaltspflichten gegenüber dem Bürgen –

OGH 29. 9. 2014, 8 Ob 86/14a: § 1364 Satz 2 ABGB	115
--------------------------------------------------------	-----

Treuhand, Exekutions- und Insolvenzrecht

Rückvergütung der Umsatzsteuer an die Masse nach Rücktritt gem § 21 KO (IO) begründet keine Masseforderung des Vertragspartners –

OGH 25. 7. 2014, 5 Ob 216/13w: §§ 21, 46 KO (IO)	116
--------------------------------------------------------	-----

Verfahren außer Streitsachen

Präklusionsfolgen und Kindeswohl im Unterhaltsverfahren –

OGH 23. 7. 2014, 3 Ob 76/14v: §§ 16, 17, 49 AußStrG	117
-----------------------------------------------------------	-----

Standesrecht und Berufshaftung

Sorgfaltspflichten des vertragserrichtenden Notars –

OGH 11. 9. 2014, 2`Ob 34/14k: §§ 1299f ABGB; § 5 Abs 3, § 175 NO	118
------------------------------------------------------------------------	-----

Varia

Unterbrechung der Verjährung durch Manifestationsklage –

OGH 21. 10. 2014, 4 Ob 124/14k: § 1497 ABGB; Art XLII EGZPO	119
-------------------------------------------------------------------	-----

Standesnachrichten und Mitteilungen	120
-------------------------------------------	-----

Impressum	120
-----------------	-----

Beilage Inhaltsübersicht und Register 2014

Inhaltsverzeichnis

Beiträge

Prof. Dr. Dr. Martin Will, M.A., LL.M. (Cambr.), Wiesbaden

Endlich wettbewerbsrechtliche Rechtssicherheit für gebundene Versicherungsvertreter? – Dogmatische Grundlagen und praktische Handhabbarkeit der BGH-Kriterien für ausnahmsweise zulässige Ventilklauseln 597

Rechtsanwalt Tilman Schultheiß, Dresden

Die Haftung von Verwahrstellen und externen Bewertern unter dem KAGB 603

Rechtsprechung

Bankrecht und Kapitalmarktrecht

Bundesgerichtshof 10.2.2015 VI ZR 569/13* Zur Haftung eines Rechtsanwalts, der als Treuhänder aufgrund eines Geschäftsbesorgungsvertrages Kapital in einem unzulässigen Einlagengeschäft anlegt 610

OLG Hamm 16.6.2014 31 U 5/14* Zu Schadensersatzansprüchen wegen fehlerhafter Anlageberatung sowie zur Verjährung solcher Ansprüche, insbesondere Hemmung der Verjährung durch Güteantrag 611

OLG Naumburg 15.10.2014 5 U 114/14* Zur Frage eines Anspruchs auf Rückabwicklung einer Beteiligung an einem Dreiländerfonds 613

Insolvenzrecht und Zwangsvollstreckung

Bundesgerichtshof 26.2.2015 IX ZB 9/13 Berücksichtigung der zu erwartenden Vorsteuervergütung bei der Berechnungsgrundlage für die Vergütung des Verwalters nur in der Höhe, die sich aus der ohne Vorsteuererstattung berechneten Vergütung ergibt 617

Bundesgerichtshof 26.2.2015 IX ZB 44/13 Keine vorzeitige Restschuldbefreiung wegen verzögerter Eröffnung des Insolvenzverfahrens 618

Bundesgerichtshof 26.2.2015 IX ZR 174/13 Zur Befugnis des Insolvenzverwalters, ein dem Schuldner nach der Eröffnung des Insolvenzverfahrens unterbreitetes Angebot auf Abschluss eines Abtretungsvertrages anzunehmen 620

Bundesgerichtshof 5.3.2015 IX ZR 133/14* Zu Inhalt und Wirkung einer qualifizierten Rangrücktrittsvereinbarung; zur Rückforderung einer trotz eines qualifizierten Rangrücktritts im Stadium der Insolvenzreife bewirkten Zahlung 623

Bürgerliches Recht und Handelsrecht

Bundesgerichtshof 8.5.2014 I ZR 48/13 Zur Benachrichtigungspflicht des Lagerhalters gemäß Ziffer 15.1 Satz 2 ADSp als vertragswesentliche Pflicht (Kardinalpflicht) im Sinne von Ziffer 27.1 Halbsatz 2 ADSp; zum Wegfall der Haftungsbeschränkungen nach Ziffer 24 ADSp bei einer verspäteten oder inhaltlich unzureichenden Benachrichtigung des Einlagerers über eine vom Lagerhalter vorgenommene Umlagerung des Gutes in ein dem Auftraggeber unbekanntes Lager 629

Bundesgerichtshof 9.10.2014 III ZR 33/14* Zur Zulässigkeit einer Klausel in Allgemeinen Geschäftsbedingungen über vorausbezahlte Mobilfunkleistungen („prepaid“-Vertrag), in der geregelt ist, dass bei Roamingverbindungen, bei Verbindungen zu Premiumdiensten sowie bei über das Sprach- oder Datennetz in Anspruch genommenen Mehrwertdiensten die für die Abrechnung erforderlichen Daten verzögert vom Netzbetreiber übermittelt werden können, so dass aufgrund von verzögerten Abbuchungen ein Negativsaldo auf dem Guthabenkonto des Kunden entstehen kann 632

Bundesgerichtshof	8.10.2014	IV ZR 16/13	Zum erweiterten Leistungsversprechen aus der Differenzkasko-Klausel bei Totalschaden, Zerstörung oder Verlust eines geleasteten Pkw	635
Bundesgerichtshof	7.11.2014	V ZR 305/13	Zur mangelnden Kontrollfähigkeit eines formularmäßig vereinbarten Entgelts für die Nutzung eines Grundstücks zum Betrieb von Telekommunikationslinien	637
Bundesgerichtshof	28.10.2014	X ZR 79/13	Zur Wirksamkeit der Teilnahmebedingungen am „Miles & More“-Programm der Lufthansa	639
Bundesgerichtshof	8.10.2014	XII ZR 164/12	Keine Angemessenheitskontrolle der von der DB Netz AG im Grundsatz-Infrastrukturnutzungsvertrag und in den Allgemeinen Geschäftsbedingungen für die Nutzung der Eisenbahninfrastruktur enthaltenen Klauseln, die auf die „Entgeltliste in ihrer jeweils gültigen Fassung“ bzw. auf die „jeweils gültige Liste der Entgelte für Trassen“ verweisen	643

Dokumentation

Deutsche Rechtspolitik aktuell	Referentenentwurf zur Änderung der Restrukturierungs-fonds-Verordnung	646
--------------------------------	-----------------------------------------------------------------------	-----

Bücherschau

Hermann-Josef Bunte	AGB-Banken, AGB-Sparkassen, Sonderbedingungen, 4. Aufl. Rezensent: Dr. h.c. Gerd Nobbe, Vors. Richter am BGH a.D., Pfünz	647
Friedrich Graf von Westphalen/Brigitta Zöchling-Jud (Hrsg.)	Die Bankgarantie im internationalen Handelsverkehr, 4. Aufl. Rezensent: Rechtsanwalt Klaus Vorpeil, Bad Kreuznach	648



13. Internationaler Retail-Bankentag der Börsen-Zeitung

Börsen-Zeitung

Zukunft des Retail-Marktes – Perspektiven regional tätiger Banken – Bankenaufsicht

1./2. Juli 2015 – Maritim Hotel Frankfurt am Main

Informationen: Tel. +49 69 2732 553; www.retailbankentag.de

Die mit **◆** gekennzeichneten Entscheidungen des BGH sind zum Abdruck in der amtlichen Sammlung vorgesehen.

Nicht amtliche Leitsätze zu Entscheidungen des BGH sind kursiv gesetzt. Leitsätze zu Entscheidungen der Instanzgerichte sind überwiegend durch den Einsender oder die Redaktion verfasst.

Die mit einem ***** gekennzeichneten Entscheidungen sind zur Veröffentlichung und Besprechung in der Entscheidungssammlung zum Wirtschafts- und Bankrecht (WuB) vorgesehen.

Nur soweit der Redaktion bis zur Drucklegung die Rechtskraft einer instanzgerichtlichen Entscheidung mitgeteilt worden ist, wird dies im Anschluss an das Aktenzeichen vermerkt. Ein fehlender Rechtskrafthinweis muss daher nicht bedeuten, dass die Entscheidung nicht rechtskräftig geworden ist.

Redaktion: Rechtsanwalt Dr. Christopher Kienle, Frankfurt am Main; Professor Dr. Tobias Lettli, LL.M. (EUR), Universität Potsdam; Rechtsanwalt Dr. Helmut Merkel, Frankfurt am Main; Arne Wittig, Essen; Rechtsanwalt Dr. Andreas Lange, Frankfurt am Main (presserechtlich verantwortlicher Redakteur)

Redaktionsbeirat: Rechtsanwalt Thorsten Höche, Chefsyndikus des Bundesverbandes deutscher Banken e.V., Berlin (Vorsitzender); Professor Dr. Dr. h.c. mult. Klaus J. Hopt, Direktor am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht a.D., Hamburg; Dr. Hans-Ulrich Joeres, Richter am Bundesgerichtshof, Karlsruhe; Ilse Lohmann, Richterin am Bundesgerichtshof, Karlsruhe; Professor Dr. Peter O. Mühlert, Direktor des Instituts für Internationales Recht des Spar-, Giro- und Kreditwesens an der Johannes Gutenberg-Universität, Mainz; Rechtsanwalt Reinhard Nützel, Chefsyndikus der DZ-Bank AG, Frankfurt a. M.

Verlag: Herausbergemeinschaft WERTPAPIER-MITTEILUNGEN Keppler, Lehmann GmbH & Co. KG, Postfach 11 09 32, 60044 Frankfurt a. M.; Düsseldorf Straße 16, 60329 Frankfurt a. M.; Geschäftsführung: Ernst Padberg (Vorsitzender), Dr. Jens Zinke
Telefon Redaktion: Dr. Andreas Lange (0 69) 27 32-164, E-Mail: a.lange@wmrecht.de; Lektorat: Dr. Monika Diakité (0 69) 27 32-172, E-Mail: m.diakite@wmrecht.de;
Sekretariat: Sylvia Mahler (0 69) 27 32-188, E-Mail: s.mahler@wmrecht.de
Anzeigen: Ralf Becker (0 69) 27 32-553, E-Mail: r.becker@wmrecht.de; Vertrieb/Nachbestellungen: (0 69) 27 32-142; Telefax (0 69) 23 26 85

Druck: mt druck Walter Thiele GmbH & Co. KG, Carl-Friedrich-Gauß-Straße 6, 63263 Neu-Isenburg, Telefon (0 61 02) 30 77 0.

Bei Einzelbezug des Teils IV der WERTPAPIER-MITTEILUNGEN beträgt der Abonnementpreis monatlich € 90,90 (einschl. 7 % MwSt. € 5,95) + € 7,45 Versandkostenzuschlag (einschl. € - 49 MwSt.). Auslandsbezug ohne Mehrwertsteuer + € 9,10 Versandkostenzuschlag. Für Mitglieder der ARGE Bank- und Kapitalmarktrecht gibt es für die Dauer des Fachanwaltslehrgangs einen Rabatt von 50 % auf den Abonnementpreis.

Im Preis inbegriffen sind die jährlichen zwei Einbanddecken.

Bei Nichtbelieferung infolge höherer Gewalt oder infolge von Arbeitskämpfen bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.

Abbestellungen nur zum Quartalsende bei dreiwöchiger Kündigungsfrist.

©2015 Herausbergemeinschaft WERTPAPIER-MITTEILUNGEN, Frankfurt am Main - ISSN 0342-6971

Urheber- und Verlagsrechte: Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Urheberrecht besteht auch für die veröffentlichten Gerichtsentscheidungen und deren Leitsätze, soweit sie vom Einsender oder der Redaktion erarbeitet oder redigiert worden sind. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Manuskripte: Die Übersendung eines Manuskripts beinhaltet die Erklärung, dass der Verfasser den Beitrag oder einen Beitrag mit gleichem Gegenstand nicht zeitnah anderweitig anbietet. Für unverlangt eingereichte Manuskripte übernehmen Verlag und Redaktion keine Haftung. Mit der Annahme zur Veröffentlichung erwirbt der Verlag vom Verfasser alle Rechte, insbesondere das ausschließliche Verlagsrecht für die Zeit bis zum Ablauf des Urheberrechts und die Befugnis zur Einspeicherung in eine Datenbank sowie das Recht zur weiteren Vervielfältigung zu gewerblichen Zwecken im Wege eines photomechanischen oder eines anderen Verfahrens.
Hinweise für Autoren unter www.wertpapiermitteilungen.de

WERTPAPIER-MITTEILUNGEN Teil IV

Neue Zeitschrift für Sozialrecht

Zweiwochenschrift für die anwaltliche, betriebliche, behördliche und gerichtliche Praxis

6/2015



INHALT

Aktuell	Rechtsprechung	V
	Terminvorschau des BSG	VII
	Mitteilungen	VII
	Veranstaltungen	IX
Aufsätze und Berichte	<i>F. Schnapp / P. Schnapp</i> , Methodisch-statistische Aspekte der Messung von Ergebnisqualität im Gesundheitswesen: Einführung in zentrale Gesichtspunkte und Anwendung auf den AOK-Krankenhausnavigator	201
	<i>D. Lanzinner / R. Nath</i> , Beitragsrechtliche Folgen der verdeckten Überlassung von Scheinselbständigen – Teil I	210
	<i>S. Greif / L. Ewald</i> , 20. Münsterische Sozialrechtstagung – Tagungsbericht	214
Buchbesprechungen	<i>E. Eichenhofer</i> , Recht des aktivierenden Wohlfahrtsstaates (<i>W. Spellbrink</i>)	218
	<i>R. Hassel/D. Gurgel/S.-J. Otto</i> , Handbuch des Fachanwalts Sozialrecht (<i>R. Schüler</i>)	219
Rechtsprechung		
Europarecht	Gewährung von Arbeitslosengeld in einem Mitgliedstaat für Vertragsbedienstete bei einem Organ der Union (<i>EuGH Urt. v. 4.2.2015 – C-647/13</i>)	220
Krankenversicherungsrecht	Kostenerstattung für Fahrten zu strahlentherapeutischen Behandlungen (<i>BSG Urt. v. 18.11.2014 – B 1 KR 8/13 R – mit Fokus</i>)	220
	Einstweiliger Rechtsschutz gegen drittes Stuttgarter Kinderwunschzentrum (<i>LSG Baden-Württemberg Beschl. v. 12.1.2015 – L 5 KA 3675/14 ER-B</i>)	223
	Zeitpunkt des Eintritts der Genehmigungsfiktion (<i>SG Würzburg Schlussurt. v. 15.1.2015 – S 11 KR 100/14</i>)	224
Pflegeversicherungsrecht	Übergang des Anspruchs auf Hilfe zur Pflege auf den Pflegedienst (<i>LSG Schleswig-Holstein Urt. v. 26.11.2014 – L 9 SO 23/11</i>)	224
Rentenversicherungsrecht	Selbständige Tätigkeit bei Konkurrenzverbot – Fluglehrerin (<i>LSG Baden-Württemberg Urt. v. 16.12.2014 – L 11 R 3903/13</i>)	224
	Selbständige Tätigkeit als Baggerfahrer (<i>LSG Baden-Württemberg Urt. v. 16.12.2014 – L 11 R 2387/13</i>)	224
	Berechnung der Hinzuverdienstgrenze – Rechtswidrige Weisungslage der Rentenversicherungsträger (<i>SG Leipzig Urt. v. 8.9.2014 – S 17 KN 862/13</i>)	224
Unfallversicherungsrecht	Verpflichtung der Unfallkasse des Bundes zur Stelleneinsparung (<i>LSG Niedersachsen-Bremen Urt. v. 22.10.2014 – L 14 Ü 29/12 KL – mit Fokus</i>)	226

Grundsicherungsrecht	Einbürgerungsbewerber mit Leistungsbezug nach SGB II (VGH Mannheim Beschl. v. 12.11.2014 – 1 S 184/14)	229
	Keine VKH – Bewilligung bei Vorlage eines SGB II – Ausweises (OLG Jena Beschl. v. 9.1.2015 – 1 WF 624/14)	229
	Frage nach eheähnlicher Gemeinschaft im Antragsbogen (LSG Bayern Urt. v. 26.11.2014 – L 11 AS 589/14)	230
	Konzept zur Ermittlung der angemessenen Kosten der Unterkunft (SG Gießen Beschl. v. 28.11.2014 – S 25 AS 859/14)	230
Arbeitsförderungsrecht	Persönliche Arbeitslosmeldung durch einen Vertreter (BSG Urt. v. 23.10.2014 – B 11 AL 7/14 R – mit Fokus)	230
Vertragsarztrecht	Genehmigung einer zusätzlichen Dialysepraxis (LSG Niedersachsen-Bremen Urt. v. 23.7.2014 – L 3 KA 33/12 – mit Anmerkung)	233
Verfahrensrecht	Aufhebung für die Vergangenheit – Jahresfrist (LSG Bayern Urt. v. 21.11.2014 – L 8 SO 5/14)	239
	Abkürzung eines Urteils - Rechtsmittelverzicht (LSG Bayern Urt. v. 26.11.2014 – L 11 AS 243/11)	240
	Umfang der anwaltlichen Tätigkeit (LSG Thüringen Beschl. v. 26.11.2014 – L 6 SF 1079/14 B)	240
	Fristgerechte Geltendmachung der Sachverständigenvergütung – Wiedereinsetzung (LSG Bayern Beschl. v. 16.12.2014 – L 15 SF 213/14)	240
	Erledigungsgebühr nach Teilerkenntnis (LSG Thüringen Beschl. v. 27.1.2015 – L 6 SF 1533/14 B)	240
	Ausweisungspflicht eines Beistands (SG Stuttgart Beschl. v. 28.11.2014 – S 4 AS 6236/14 ER)	240
	Verspätung eines zweiten Antrags auf Anhörung eines bestimmten Arztes (SG Karlsruhe Gerichtsbescheid v. 12.1.2015 – S 4 U 1362/14)	240

Fachanwalts-Lehrgang Sozialrecht

Leipzig Start: 16.04.2015 *mit Durchführungsgarantie*

Stuttgart Start: 19.11.2015

Weitere Informationen finden Sie unter www.ARBBER-seminare.de

ARBBER
seminare

Anwaltsfortbildung

Tel. 07066 - 90 08 0
Fax 07066 - 90 08 22
Kontakt@ARBBER-seminare.de
www.ARBBER-seminare.de

Beilagenhinweis

Mit dieser Ausgabe verbreiten wir folgende Beilagen:

Haufe-Lexware GmbH & Co. KG,
Nomos Verlagsgesellschaft GmbH & Co. KG
und **VERLAG C.H.BECK.**

Wir bitten unsere Leser um Beachtung!

Ihre Spende hilft unheilbar kranken Kindern!

Bitte spenden unter: www.kinderhospiz-bethel.de



Effiziente Fortbildung direkt an Ihrem Arbeitsplatz

Erweitern Sie Ihr Wissen mit Haufe online training plus – **zeitsparend, rechtssicher und kostengünstig.** Namhafte Referenten geben Antworten zu aktuellen Themen. Direkt an Ihrem Arbeitsplatz.

www.haufe.de/online-training-public

HAUFE.

Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht



European Journal of Business Law · Revue Européenne de Droit Économique

EuZW 6/2015

25. März · 26. Jahrgang 2015 · Seite 201–240

Inhalt

Gastkommentar	Thomas Oppermann Erosion der Rechtsgemeinschaft?	201
Europa-Report	Beihilfe-, Kapitalmarkt-, Steuerrecht uvm	203
Tagungsbericht	Christine von Massenbach Grundrechtsschutz in Europa – nach dem Motto „viel hilft viel und mehr hilft besser“?	206
Aufsätze und Berichte	Werner Schroeder EU-Beihilfenverbot und Staatlichkeit der Mittel	207
	Lutz Lammers Die Politik der EZB an den Grenzen ihres Mandats?	212

Rechtsprechung

EuGH	28. 01. 2015 – C-375/13	EuGVVO: Gerichtsstand für Schadensersatzklage eines Verbrauchers wegen Wertverlust einer Finanzinvestition (kommentiert von Michael Müller)	218
EuGH	11. 12. 2014 – C-440/13	Vergaberecht: Keine Pflicht zur Auftragsvergabe an den einzig verbliebenen Bieter (m. Anm. Thomas Schabel, S. 229)	226
EuGH	12. 02. 2015 – C-48/14	Umweltrecht: Wahl der Rechtsgrundlage zwischen EAGV und AEUV bei Schutz vor den Gefahren der friedlichen Nutzung von Kernenergie (m. Anm. Jörg Gundel, S. 233)	230
EuGH	11. 12. 2014 – C-212/13	Datenschutzrecht: Rechtmäßigkeit privater Videoüberwachung unter Miterfassung öffentlichen Raums	234
EuGH	12. 11. 2014 – C-140/13	Wertpapierrecht: Auskunfts- und Informationsverweigerung der BaFin hinsichtlich einer im Insolvenzverfahren befindlichen Wertpapierfirma – Berufsgeheimnis	236
EuGH	15. 01. 2015 – C-573/13	Reiserecht: Ausweisen des Endpreises eines Fluges bei elektronischem Buchungssystem	238

BKR Zeitschrift für Bank- und Kapitalmarktrecht



Herausgegeben von:

Paul Assies, Rechtsanwalt, Köln
Dr. Heiko Beck, Rechtsanwalt, Hamburg
Dr. Helmut Bruchner, Rechtsanwalt, München
Prof. Dr. Petra Buck-Heeb, Hannover
Dr. Jürgen Ellenberger, Richter am BGH, Karlsruhe
Dr. Markus Escher, Rechtsanwalt, München
Prof. Dr. Dr. Stefan Grundmann, LL.M., Berlin
Prof. Dr. Mathias Habersack, München
Dr. Uwe Jahn, Rechtsanwalt, Frankfurt am Main
Ralf Josten, LL.M., Rechtsanwalt, Köln
Prof. Dr. Jens Koch, Bonn
Prof. Dr. Hans-Michael Krepold, Gauting
Dr. Volker Lang, Rechtsanwalt, Bonn

Prof. Dr. Katja Langenbucher, Frankfurt
Klaus M. Löber, Rechtsanwalt, Frankfurt am Main
Dr. Rainer Metz, Bundesministerium für Verbraucherschutz,
Ernährung und Landwirtschaft, Berlin
Dr. h.c. Gerd Nobbe, Vorsitzender Richter am BGH a.D., Karlsruhe
Prof. Dr. Andreas Pfingsten, Münster
Dr. Patrick Rösler, Rechtsanwalt, Heidelberg
Prof. Dr. Frank A. Schäfer, LL.M., Rechtsanwalt, Düsseldorf
Hartmut Strube, Rechtsanwalt, Düsseldorf
Dr. Hanno Teuber, Rechtsanwalt, Frankfurt
Dr. Jürgen Vortmann, Rechtsanwalt, Cloppenburg
Dr. Wolfgang Weitnauer, M.C.L., Rechtsanwalt, München
Dr. Stefan Werner, Rechtsanwalt, Frankfurt am Main

3/2015, Seite 89–132, 15. Jahrgang



inhalt

Aufsätze

- RA Paul Assies/
RA Dr. Florian Faulenbach
- Prozessuale Probleme des Güteverfahrens (Verjährungshemmung durch Güteanträge)** 89
- Der Eintritt der sog. absoluter Verjährung für alle bis einschließlich 2001 fällig gewordenen Ansprüche hat Ende der Jahres 2011 zu einer Klagewelle enttäuschter Anleger von Produkten insbesondere des grauen Kapitalmarkts gegen Banken und freie Finanzvertriebe geführt. In vielen Fällen wurde die Veranlassung der Bekanntgabe eines Güteantrags nach § 204 Abs. 1 Nr. 4 BGB als verjährungshemmende Maßnahme gewählt. Allerdings unterliegt ein Güteantrag gewissen inhaltlichen Mindestanforderungen, die nicht in allen Fällen gewahrt wurden. Der Beitrag befasst sich mit dieser Problematik.
- RA Dr.
Dimitrios Linardatos
- Die Rechtscheinhaftung im Zahlungsdiensterecht – Zugleich eine Anm. zu LG Darmstadt, Ur. 28. 8. 2014 – 28 O 36/14 (abgedruckt in BKR 2014, 480)** 96
- Ein Aufwendungsersatzanspruch des Zahlungsdienstleisters gegen seinen Kunden scheidet aus, wenn ein Zahlungsinstrument missbräuchlich von einem unberechtigten Dritten verwendet wurde (§ 675u BGB). Im Zahlungsverkehr trägt somit der Dienstleister das Drittmisbrauchsrisiko, da er das Zahlungssystem vorgibt, unterhält und im Wesentlichen den Nutzen hieraus zieht. Der Beitrag befasst sich mit der Frage, ob der berechtigte Zahlungsdienstnutzer nach Rechtscheingrundsätzen so zu behandeln ist, als habe er eine wirksame Zahlungsanweisung erteilt.
- RAin Dr.
Lea Maria Siering/
RAin Dr. Anna Lucia
Izzo-Wagner, LL.M. Eur.
- Die EuVECA-VO – eine Sackgasse der Verwaltungspraxis? Die aktuelle Aufsichtspraxis als großes Problem für die Venture Capital Branche** 101
- Verwalter von sogenannten Venture Capital Fonds (Risikokapitalfonds) können unter bestimmten Voraussetzungen unter die Verordnung (EU) Nr. 345/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. 4. 2013 über Europäische Risikokapitalfonds (EuVECA-VO) optieren und sich auf diese Weise einem im Vergleich zum Kapitalanlagegesetzbuch (KAGB) weniger strengen aufsichtsrechtlichen Regime unterstellen. Der Beitrag benennt die wesentlichen Hürden im Zusammenhang mit den Auslegungen der aufsichtsrechtlichen Verwaltungspraxis und hinterfragt diese sowohl anhand dogmatischer, als auch anhand praktischer Aspekte.

Rechtsprechung

Kreditrecht

OLG Düsseldorf	12. 9. 2014 – I-16 U 7/14	Schufemeldung bei Überschreitung des Dispositionsrahmens (geduldete Überziehung)	105
KG Berlin	22. 12. 2014 – 24 U 169/13	Zum im Prozess erklärten Widerruf eines Immobiliendarlehensvertrages bei nicht verbundenem Geschäft	109
LG Siegen	10. 10. 2014 – 2 O 406/13	Zum Widerruf eines Darlehensvertrages nach einvernehmlicher Rückabwicklung	116

Kapitalmarktrecht

BGH	25. 11. 2014 – XI ZR 169/13	Zur Aufklärung über Sonderkündigungsrecht beim Anlageberatungsvertrag	118
BGH	11. 12. 2014 – III ZR 365/13	Zur Frage der ordnungsgemäßen Beratung eines Anlegers im Zusammenhang mit der Zeichnung einer Beteiligung an einem geschlossenen Immobilienfonds in der Rechtsform einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts (hier: Anlageziel; Fungibilität; Haftungsrisiko als GbR-Gesellschafter).	122
OLG Hamm	19. 11. 2014 – I-31 U 67/14	Keine Verjährungshemmung bei unrichtigen Angaben im Mahnverfahren	125
OLG Karlsruhe	11. 11. 2014 – 17 U 258/13	Anforderungen der Verjährungshemmung beim Güteantrag	128

Kontoführungsrecht

LG Berlin	16. 12. 2014 – 10 S 8/14	Banküberweisung trotz widerrufenen Dauerauftrags	130
-----------	--------------------------	--------------------------------------------------	-----

Info

RA und Diplom-Kaufmann Dr. Stefan Friedrich	Tagungsbericht vom 11. Tag der Arbeitsgemeinschaft Bank- und Kapitalmarktrecht	132
------------------------------------------------	--------------------------------------------------------------------------------	-----

ISSN 1617-7223

BKR – Zeitschrift für Bank- und Kapitalmarktrecht

Redaktion:

RA Dr. Volker Lang (Verantwortlicher Redakteur im Sinne des Presserechts)
Redaktionsassistentin: Claudia Baumanns
Rheinwerkallee 6, 53227 Bonn,
Telefon (02 28) 94 59 45-0,
Telefax (02 28) 94 59 45-55,
E-Mail: bkr@beck.de

Manuskripte: Manuskripte sind an die Redaktion zu senden. Der Verlag haftet nicht für Manuskripte, die unverlangt eingereicht werden. Sie können nur zurückgegeben werden, wenn Rückporto beigelegt ist. Die Annahme zur Veröffentlichung muss schriftlich erfolgen. Mit der Annahme zur Veröffentlichung überträgt der Autor dem Verlag C.H.BECK an seinem Beitrag für die Dauer des gesetzlichen Urheberrechts das exklusive, räumlich und zeitlich unbeschränkte Recht zur Vervielfältigung und Verbreitung in körperlicher Form, das Recht zur öffentlichen Wiedergabe und Zugänglichmachung, das Recht zur Aufnahme in Datenbanken, das Recht zur Speicherung auf elektronischen Datenträgern und das Recht zu deren Verbreitung

und Vervielfältigung sowie das Recht zur sonstigen Verwertung in elektronischer Form. Hierzu zählen auch heute noch nicht bekannte Nutzungsformen. Das in § 38 Abs. 4 UrhG niedergelegte zwingende Zweitverwertungsrecht des Autors nach Ablauf von 12 Monaten nach der Veröffentlichung bleibt hiervon unberührt.

Urheber- und Verlagsrechte: Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Das gilt auch für die veröffentlichten Gerichtsentscheidungen und ihre Leitsätze, denn diese sind geschützt, soweit sie vom Einsender oder von der Schriftleitung erarbeitet oder redigiert worden sind. Der Rechtsschutz gilt auch gegenüber Datenbanken und ähnlichen Einrichtungen. Kein Teil dieser Zeitschrift darf außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ohne schriftliche Genehmigung des Verlags in irgendeiner Form vervielfältigt, verbreitet oder öffentlich wiedergegeben oder zugänglich gemacht, in Datenbanken aufgenommen, auf elektronischen Datenträgern gespeichert oder in sonstiger Weise elektronisch vervielfältigt, verbreitet oder verwertet werden.

Anzeigenabteilung: Verlag C.H.BECK, Anzeigenabteilung, Wilhelmstraße 9, 80801 München, Postanschrift: Postfach 40 03 40, 80703 München.
Media-Beratung: Telefon (0 89) 3 81 89-687, Telefax (0 89) 3 81 89-589.
Disposition, Herstellung Anzeigen, technische Daten: Telefon (0 89) 3 81 89-603, Telefax (0 89) 3 81 89-599, E-Mail anzeigen@beck.de
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Bertram Götz.

Verlag: Verlag C.H.BECK oHG, Wilhelmstraße 9, 80801 München, Postanschrift: Postfach 40 03 40, 80703 München, Tel.: (0 89) 3 81 89-0, Telex: 5 215 4085 beck d, Telefax: (0 89) 3 81 89-3 98, Postbank München: Konto-Nr. 6229-802, BLZ 700 100 80.

Erscheinungsweise:
Monatlich.

Bezugspreise 2015: Jährlich 389,- € (darin 25,45 € MwSt.). Einzelheft: 37,50 € (darin 2,45 € MwSt.). Versandkosten jeweils zuzüglich. Die Rechnungsstellung erfolgt zu Beginn eines Bezugszeitraumes. Nicht eingegangene Exemplare können nur innerhalb von 6 Wochen nach dem Erscheinungstermin reklamiert werden. Jahrestitel und

-register sind nur noch mit dem jeweiligen Heft lieferbar.

Bestellungen über jede Buchhandlung und beim Verlag.

KundenServiceCenter:
Telefon: (0 89) 3 81 89-750,
Telefax: (0 89) 3 81 89-358,
E-Mail: bestellung@beck.de

Abbestellungen müssen 6 Wochen vor Jahresende erfolgen.

Adressenänderungen: Teilen Sie uns rechtzeitig Ihre Adressenänderungen mit. Dabei geben Sie bitte neben dem Titel der Zeitschrift die neue und die alte Adresse an.

Hinweis gemäß § 7 Abs. 5 der Postdienst-Datenschutzverordnung: Bei Anschriftenänderung des Bezieherers kann die Deutsche Post AG dem Verlag die neue Anschrift auch dann mitteilen, wenn kein Nachsendeantrag gestellt ist. Hiergegen kann der Bezieher innerhalb von 14 Tagen nach Erscheinen dieses Heftes beim Verlag widersprechen.

Gesamtherstellung: Druckerei C.H.BECK (Adresse wie Verlag). Lieferanschrift: Versand und Warenannahme, Bergerstr. 3-5, 86720 Nördlingen.

Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht

NZG 9/2015



Inhalt

Aufsätze	<i>T. M. J. Möllers/E. Steinberger</i> , Die BGH-Entscheidung zum Telekom-Prozess und das europäische Anlegerleitbild	329
	<i>J. Kaufmann</i> , Die Klagefrist bei Beschlussmängelstreitigkeiten im Recht der AG und GmbH	336
Bericht	<i>J. Weitzmann/S. Kupsch</i> , 6. Praktikerseminar auf dem Österberg – Eine Arbeitstagung für Berater und Entscheider zu aktuellen Fragen des Wirtschaftsrechts	340
	<i>A.-H. Bischke/S. Brack</i> , Neuere Entwicklungen im Kartellrecht – LAG Düsseldorf schließt Regress von Unternehmensgeldbußen bei Geschäftsleitern aus	349
Literatur	J. Alvermann, Formularbuch Recht und Steuern (<i>Red.</i>)	351

Rechtsprechung

Personengesellschaftsrecht

BGH	28. 11. 14 – BLw 2/14	Erwerb eines landwirtschaftlichen Grundstücks zum Zwecke der Einbringung in eine Personengesellschaft	352
-----	-----------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----

Kapitalgesellschaftsrecht

BGH	20. 1. 15 – II ZR 369/13	Zeitliche Grenzen für Kundenschutzklauseln zwischen GmbH und Gesellschaftern	354
-----	--------------------------	------------------------------------------------------------------------------	-----

Kapitalmarktrecht

EuGH	28. 1. 15 – C-375/13	Internationale Zuständigkeit für Schadenersatzklage eines Verbrauchers wegen Wertverlust einer Finanzinvestition	356
BGH	2. 12. 14 – II ZB 2/14	Einberufung einer zweiten Gläubigerversammlung nach dem Schuldverschreibungsgesetz	360

Stiftungsrecht

BGH	22. 1. 15 – III ZR 434/13	Abgabe der Willenserklärung zwecks Umwandlung einer unselbstständigen Stiftung in eine selbstständige Stiftung	364
-----	---------------------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----

Insolvenzrecht

BGH	25. 9.14–IX ZR 156/12	Schadensberechnung bei Versteigerung von der Nachtragsverteilung unterliegenden Gegenständen	366
-----	-----------------------	----------------------------------------------------------------------------------------------	-----

Steuerrecht

BFH	1. 10. 14–IX R 55/13	Privates Veräußerungsgeschäft: Umtausch von Wandelschuldverschreibungen in Aktien (Ls.)	368
BFH	20. 11. 14–IV R 1/11	Ergänzungsbilanz bei Anteilerwerb: Abschreibung auf Restnutzungsdauer und Wahlrecht zur AfA-Methode (Ls.)	368
BFH	2. 9. 14–IX R 52/13	Verrechnung von nicht ausgeglichenen oder abgezogenen Verlusten bei einer vermögensverwaltenden KG (§ 15 a II EStG) (Ls.)	368

ISSN 1434–9272

NZG – Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht

Schriftleitung:

Rechtsanwalt Professor *Dr. Martin Weber*.
Beethovenstraße 7b, 60325 Frankfurt a. M.; Telefon: (0 69) 75 60 91-0; Telefax: (0 69) 75 60 91-49; E-Mail: NZG@beck-frankfurt.de

Verlagsredaktion:

Rechtsanwalt Professor *Dr. Martin Weber* (verantwortlich für den Textteil).

Manuskripte: Manuskripte sind an die Redaktion zu senden. Der Verlag haftet nicht für Manuskripte, die unverlangt eingereicht werden. Sie können nur zurückgegeben werden, wenn Rückporto beigefügt ist. Die Annahme zur Veröffentlichung muss schriftlich erfolgen. Mit der Annahme zur Veröffentlichung überträgt der Autor dem Verlag C.H.BECK an seinem Beitrag für die Dauer des gesetzlichen Urheberrechts das exklusive, räumlich und zeitlich unbeschränkte Recht zur Vervielfältigung und Verbreitung in körperlicher Form, das Recht zur öffentlichen Wiedergabe und Zugänglichmachung, das Recht zur Aufnahme in Datenbanken, das

Recht zur Speicherung auf elektronischen Datenträgern und das Recht zu deren Verbreitung und Vervielfältigung sowie das Recht zur sonstigen Verwertung in elektronischer Form. Hierzu zählen auch heute noch nicht bekannte Nutzungsformen. Das in § 38 Abs. 4 UrhG niedergelegte zwingende Zweitverwertungsrecht des Autors nach Ablauf von 12 Monaten nach der Veröffentlichung bleibt hiervon unberührt.

Urheber- und Verlagsrechte: Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Das gilt auch für die veröffentlichten Gerichtsentscheidungen und ihre Leitsätze, denn diese sind geschützt, soweit sie vom Einsender oder von der Schriftleitung erarbeitet oder redigiert worden sind. Der Rechtsschutz gilt auch gegenüber Datenbanken und ähnlichen Einrichtungen. Kein Teil dieser Zeitschrift darf außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ohne schriftliche Genehmigung des Verlags in irgendeiner Form vervielfältigt, verbreitet oder öffentlich wiedergegeben oder zugänglich gemacht, in Datenbanken aufgenommen, auf elektronischen Datenträgern gespeichert oder in sonstiger Weise elektronisch vervielfältigt, verbreitet oder verwertet werden.

Anzeigenabteilung: Verlag C.H.BECK, Anzeigenabteilung, Wilhelmstraße 9, 80801 München, Postanschrift: Postfach 40 03 40, 80703 München. Media-Beratung: Telefon (0 89) 3 81 89-687, Telefax (0 89) 3 81 89-589. Disposition: Herstellung Anzeigen, technische Daten, Telefon (0 89) 3 81 89-598, Telefax (0 89) 3 81 89-599, E-Mail anzeigen@beck.de Verantwortlich für den Anzeigenteil: *Bertram Götz*.

Verlag: Verlag C.H.BECK oHG, Wilhelmstr. 9, 80801 München, Postanschrift: Postfach 40 03 40, 80703 München, Telefon: (0 89) 3 81 89-0, Telefax: (0 89) 3 81 89-3 98, Postbank München: Nr. 6 229-8 02, BLZ 700 100 80.

Erscheinungsweise: Dreimal im Monat.

Bezugspreise 2015: Jährlich € 385,- (darin € 25,19 MwSt.). Vorzugspreis für Bezieher unserer Zeitschrift NJW € 359,- (darin € 23,49 MwSt.). Einzelheft: € 14,- (darin € 0,92 MwSt.). **Versandkosten** jeweils zuzüglich. Die Rechnungsstellung erfolgt zu Beginn eines Bezugszeitraumes. **Nicht** eingegangene **Exemplare können nur innerhalb von 6 Wochen nach dem Erscheinungstermin** reklamiert werden.

Jahrestitelei und -register sind nur noch mit dem jeweiligen Heft lieferbar.

Bestellungen über jede Buchhandlung und beim Verlag.

KundenServiceCenter:

Telefon: (0 89) 3 81 89-750, Telefax: (0 89) 3 81 89-358. E-Mail: bestellung@beck.de

Abbestellungen müssen 6 Wochen vor Jahresschluss erfolgen.

Adressenänderungen: Teilen Sie uns rechtzeitig Ihre Adressenänderungen mit. Dabei geben Sie bitte neben dem Titel der Zeitschrift die neue und die alte Adresse an.

Hinweis gemäß § 7 Abs. 5 der Postdienste-Datenschutzverordnung: Bei Anschriftenänderung des Beziehers kann die Deutsche Post AG dem Verlag die neue Anschrift auch dann mitteilen, wenn kein Nachsendeantrag gestellt ist. Hiergegen kann der Bezieher innerhalb von 14 Tagen nach Erscheinen dieses Heftes beim Verlag widersprechen.

Druck: Druckerei C.H.BECK (Adresse wie Verlag). Lieferanschrift: Versand und Warenannahme, Bergerstr. 3–5, 86720 Nördlingen.

Schriftleitung: *Prof. Dr. Achim Schunder, Dr. Jochen Wallisch und Martin Wildschütz,*
Beethovenstr. 7b, 60325 Frankfurt a. M.

NZA Editorial

Wolfgang Lipinski

„Big brother“ – Wie es der Arbeitgeber eben nicht wird!

III

NZA aktuell

Wichtige neue Entscheidungen

VI

Informationen

VIII

Impressum

XVIII

Aufsätze und Berichte

Peter Bader/Roger Hohmann

Bindung an Vorschlagslisten bei der Berufung ehrenamtlicher Richterinnen und Richter in der
Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit

321

Gerrit Hellmuth Stumpf

Befristete Arbeitsverhältnisse im Wissenschaftsbetrieb

326

Carsten Schucht

Die neue Betriebssicherheitsverordnung

333

Kommentar

Martin Franzen

Mindestlohn und tarifvertragliche Vergütungsbestandteile

338

Adam Sagan

Nationaler Vertrauensschutz nach Junk: Das Ende eines deutschen Alleingangs

341

Blick ins Sozialrecht

Oliver Ricken

Unfallversicherungsschutz der überwiegend von zu Hause aus tätigen Selbstständigen

344



Rechtsprechung

Arbeitsvertragsrecht

EuGH	12. 02. 2015 – C-396/13	Bestandteile des Mindestlohns für entsandte Arbeitnehmer	345
EuGH	05. 02. 2015 – C-117/14	Anwendungsbereich der Europäischen Grundrechte	349
BAG	25. 09. 2014 – 2 AZR 788/13	Verzicht auf Erhebung einer Kündigungsschutzklage in Ausgleichsquittung – Inhaltskontrolle	350
BAG	23. 10. 2014 – 2 AZR 865/13	Außerordentliche Kündigung eines Lehrers wegen sexuellen Missbrauchs eines Kindes – Verwertung von Erkenntnissen des Strafurteils	353
BAG	31. 07. 2014 – 2 AZR 434/13	Ordentliche Kündigung wegen falscher eidesstattlicher Versicherung – Auflösungsantrag des Arbeitgebers	358
BAG	15. 10. 2014 – 7 AZR 893/12	Befristeter Arbeitsvertrag – vorübergehender betrieblicher Bedarf an der Arbeitsleistung des Arbeitnehmers	362

Tarifvertrags- und Betriebsverfassungsrecht

BAG	09. 12. 2014 – 1 AZR 102/13	Zulässigkeit des Ausschlusses „älterer“ Arbeitnehmer von Abfindungs- und Sozialplanleistungen	365
BAG	09. 12. 2014 – 1 ABR 19/13	Nachwirkung einer Betriebsvereinbarung	368
BAG	30. 09. 2014 – 1 ABR 32/13	Beweiswert einer Sitzungsniederschrift – Nichtöffentlichkeit von Betriebsratssitzungen	370
LAG Nürnberg	29. 04. 2014 – 1 Sa 315/13	Eingruppierung eines Sachbearbeiters im Job-Center (Ls.)	374

Verfahrensrecht

BVerfG	10. 12. 2014 – 2 BvR 1549/07	Verkennung der Vorlagepflicht an den EuGH – Verletzung des gesetzlichen Richters	375
BAG	12. 11. 2014 – 7 AZR 891/12	Wirksamkeit einer Befristung durch gerichtlichen Vergleich – institutioneller Rechtsmissbrauch	379

Miet- und Immobilienrecht

Von Michael Drasdo

<i>M. Drasdo</i> , Wohngemeinschaften im Mietrecht	161
Mieterrechte nach selbst verursachtem Wohnungsbrand (BGH)	162
Fristlose Kündigung bei Untervermietung als Ferienwohnung (LG Berlin)	162
Zweitwohnungsteuer bei reinem Kapitalanlageobjekt (BVerwG)	163
Kautionsrückzahlung als Massebestandteil in der Insolvenz	163
Nichtzulassungsbeschwerde unter WEG erneut verlängert	163

Familienrecht

Von Martin Haußleiter und Barbara Schramm

Privilegierte Pfändung bei übergegangenen Unterhaltsansprüchen (BGH)	164
Anrechnung von fiktivem Steuervorteil beim Kindesunterhalt (OLG Nürnberg)	164
Zeugnisverweigerungsrecht des Kindes bei formloser Anhörung (OLG Stuttgart)	165
Vollstreckbarerklärung eines polnischen Rückführungsbeschlusses (OLG München)	165
Abänderung des Versorgungsausgleichs und Tod des Berechtigten (OLG Stuttgart)	166
Rechnungszins im Versorgungsausgleichsverfahren (OLG Koblenz)	166
Gesetzentwurf zur Abschaffung von § 17 VersAusglG	166

Erbrecht

Von Wolfgang Roth

<i>W. Roth</i> , Praxisfragen zu Eigengeschenken bei Pflichtteilsergänzung	167
Kosten der Grabpflege sind keine Beerdigungskosten (OLG Köln)	168
Auskunft über Eigengeschenke erst bei Pflichtteilsergänzung (OLG Köln)	168

Verkehrsrecht

Von Rainer Heß und Michael Burmann

Schmerzensgeld bei Unfalltod naher Angehöriger (BGH)	169
Mangelhafte Sachverhaltsaufklärung im Verkehrsunfallprozess (OLG München)	170
Beweislast bei Kollision mit geparktem Pkw (OLG Saarbrücken)	170
Grenzen der Aufsichtspflicht der Eltern (LG Saarbrücken)	171

Baurecht

Von Stefan Weise und Tobias Hänsel

<i>T. Uschkerkeit</i> , Zulässigkeit von Wärmepumpen auf Wohngrundstücken	172
Bindungswirkung der Streitverkündung bei alternativen Ansprüchen (BGH)	173
Abnahme unter Vorbehalt der Gleichwertigkeit des Falschfabrikats (OLG Koblenz)	174
Mehrkosten bei Vergabeverzögerung und Verhandlungen (BGH)	174

Gesellschaftsrecht

Von Dieter Leuring und Daniel Rubner

EuGH zum Begriff der Insider-Information (EuGH)	175
Einziehung von Geschäftsanteilen ohne Änderung des Stammkapitals (BGH)	175
Gleichstellung des Treugebers mit einem Kommanditisten (BGH)	176
Kein Anspruch auf zweite Gläubigerversammlung (BGH)	177

Arbeitsrecht

Von Marcel Grobys und Robert von Steinau-Steinrück

<i>R. von Steinau-Steinrück</i> , Zwei Abgrenzungsfragen zum Mindestlohn	178
Leistungsbewertung im Zeugnis (BAG)	179
Mindestlohn entsandter Arbeitnehmer (EuGH)	180
Richtiger Adressat für den Widerspruch – mehrere Betriebsübergänge (BAG)	180

Insolvenzrecht

Von Michael Dahl und Raul Taras

Pfändbarkeit des Auszahlungsanspruchs aus Direktversicherung (BGH)	181
Rückzahlung einer Lastschriftbuchung keine Masseverbindlichkeit (BGH)	181
Anordnung der Nachtragsverteilung (BGH)	182
Glaubhaftmachung des Eröffnungsgrundes durch Indizien (BGH)	183

Strafrecht

Von Klaus Leipold und Stephan Beukelmann

<i>P. Kasiske</i> , Das BVerfG und die informellen Absprachen im Strafverfahren	184
Nicht geringe Menge bei synthetischen Cannabinoiden (BGH)	185
IFG-Informationszugangsrechte bei Gefährdung von Ermittlungen (BVerwG)	185
Gerichtsbesetzung bei Haftentscheidung während Hauptverhandlung (KG)	186

Verfahrens- und Kostenrecht

Von Norbert Schneider

Verfahrenswert eines Anpassungsverfahrens (OLG Hamm)	187
Fortwirkung der Prozesskostenhilfe nach Zurückverweisung (OLG Schleswig)	187
Erstattungsfähige Kosten bei Rücknahme der Berufung (OLG Frankfurt a.M.)	188
Schriftliche Entscheidung im isolierten Versorgungsausgleichsverfahren (OLG Köln)	188
Beiordnung eines auswärtigen Anwalts (LSG Nordrhein-Westfalen)	189

Anwalt und Kanzlei

Von Christian Dahns

<i>E. M. Bauer</i> , Die Außendarstellung von Sozietäten	190
Altersgrenze von 70 Jahren für Notaramt verfassungsgemäß (BGH)	191
BMJV hebt Beschluss der Satzungsversammlung teilweise auf	191

ISSN 1613-4621

NJW Spezial · Die wichtigsten Informationen zu speziellen Rechtsgebieten

Schriftleitung:
Rechtsanwalt *Tobias Freudenberg*, Beethovenstraße 7b, 60325 Frankfurt a.M., Postanschrift: Postfach 11 02 41, 60037 Frankfurt a.M., Telefon: (0 69) 75 60 91-0, Telefax: (0 69) 75 60 91-49, E-Mail: njw@beck-frankfurt.de Internet: www.njw.de

Redaktion:
Rechtsanwältin *Nathalie Dennier* (Verkehrsrecht); Rechtsanwalt *Tobias Freudenberg* (Insolvenzrecht); Rechts-

anwältin *Antje Glinski* (Anwalt und Kanzlei); Rechtsanwältin *Irina Huth* (Familienrecht); Rechtsanwalt *Dr. Andreas Kappus* (Miet- und Immobilienrecht); Rechtsanwältin *Dr. Maria Naucke-Lönker* (Erbrecht und Schlussredaktion); Rechtsanwältin *Esther Noske, LL.M.* (Verfahrens- und Kostenrecht sowie Koordination); Rechtsanwalt *Prof. Dr. Achim Schunder* (Arbeitsrecht); Rechtsanwältin *Dr. Monika Spiekermann* (Baurecht); Rechtsanwalt *Dr. Stephan Tausch* (Strafrecht); Rechtsanwalt *Prof. Dr. Martin Weber* (Gesellschaftsrecht).

Urheber- und Verlagsrechte: Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Das gilt auch für die veröffentlichten Gerichts-

entscheidungen und ihre Leitsätze, denn diese sind geschützt, soweit sie vom Einsender oder von der Schriftleitung erarbeitet oder redigiert worden sind. Der Rechtsschutz gilt auch gegenüber Datenbanken und ähnlichen Einrichtungen. Kein Teil dieser Zeitschrift darf außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ohne schriftliche Genehmigung des Verlags in irgendeiner Form vervielfältigt, verbreitet oder öffentlich wiedergegeben oder zugänglich gemacht, in Datenbanken aufgenommen, auf elektronischen Datenträgern gespeichert oder in sonstiger Weise elektronisch vervielfältigt, verbreitet oder verwertet werden.

Verlag: Verlag C.H.BECK oHG, Wilhelmstr. 9, 80801 München, Postanschrift:

Postfach 40 03 40, 80703 München, Telefon: (0 89) 3 81 89-0, Telefax: (0 89) 3 81 89-3 98, Postbank München: Nr. 6 229-8 02, BLZ 700 100 80.

Erscheinungsweise:
Zweimal im Monat als Beilage zur NJW.

Bezugspreis 2015:
Der Bezugspreis von NJW-Spezial ist im Bezugspreis von NJW enthalten. Jahrestitel und -register sind nur noch mit dem jeweiligen Heft lieferbar.

Druck: Druckerei C.H.BECK (Adresse wie Verlag). Lieferanschrift: Versand und Warenannahme, Bergerstr. 3-5, 86720 Nördlingen.

NJW-Inhalt

Aufsätze

Jan Lieder / Thomas Hoffmann

897

Die PartG mbB – Rechtstatsachen und Rechtsprobleme

Mit Blick auf neueste Zahlen befinden die Autoren: Die PartG mbB ist in der Praxis angekommen und hat sich neben konkurrierenden Rechtsformen wie LLP, GbR oder GmbH & Co. KG etabliert. Sie erörtern noch bestehende Probleme, etwa die Folgen fehlerhafter Rechtsformzusätze, und beleuchten, für welche Berufsgruppen die PartG mbB attraktiv ist.

Boris Burghardt / Boris Bröckers

903

Bezahlung von Schwarzarbeit und Untreuestrafbarkeit

Mit zwei aufsehenerregenden Urteilen hat der BGH eine Kehrtwende in der zivilrechtlichen Behandlung von Schwarzarbeit vollzogen. Die Autoren loten aus, welche Konsequenzen sich daraus für das Strafrecht ergeben. Der Vermögensbegriff ist dabei der Knackpunkt für die Frage, ob die Bezahlung „schwarz“ erbrachter Dienste als Untreue strafbar ist.

Zur Rechtsprechung

Tobias Bomsdorf / Dominik Seehawer

908

Arzneimittelhaftung und EU-Produkthaftungsrichtlinie

(EuGH, NJW 2015, 927)

Bericht

Boris Scholtka / Antje Baumbach

911

Die Entwicklung des Energierechts im Jahr 2014

Frank Zundel

916

Die Entwicklung des Arbeitsrechts im Jahr 2014 – Beendigung von Arbeitsverhältnissen sowie kollektivrechtliche und prozessuale Fragestellungen

Forum

Mattias Wendel

921

Der EMRK-Beitritt als Unionsrechtsverstoß

Buchbesprechungen

Geiß / Greiner: Arzthaftpflichtrecht (Tim Neelmeier)

926

NJW-aktuell

Editorial	3	Interview	12	Rubrikenmarkt	23
Ministerworte als Rechtsquelle? (G. Thüsing)		Israel vor dem IStGH (K. Ambos)		web.report	36
Gesetzgebung	6	Forum	14	Stellenmarkt	37
Rechtsprechung in Kürze	6	Fahrsicherheit alkoholisierter Radfahrer (B. Hartung / K.-R. Maatz)		Beck'sche Zeitschriften	46
Entscheidung der Woche	10	Aus der Anwaltschaft	16	Buchhinweise	48
Standpunkt	10	Satzungsversammlung beschließt neuen Fachanwalt für Vergaberecht (S. Göcken)		Personalien	50
L'état c'est Maas oder der Verteidigungsfall im Mietrecht (U. Börstinghaus)		Dokumentation	18	Kommendes Heft / Impressum	52

Rechtsprechung

EuGH	20.11.14 – C-310/13	Kein Verstoß der deutschen Arzneimittelhaftung gegen EU-Produkthaftungsrichtlinie	927
BGH	14.01.15 – XII ZR 176/13	Mietanhänger-Unfall als nicht vollkaskoversicherter Schaden – blue pencil-Test	928
BGH	17.10.14 – V ZR 26/14	Vorsorge des WEG-Verwalters für Anwaltsfinanzierung zur Anfechtungsabwehr	930
BGH	17.12.14 – VIII ZR 88/13	Aufgehen fälliger Instandsetzung in Modernisierung und Mieterhöhung	934
BGH	26.11.14 – XII ZB 542/13	Kein Einsatz der Entschädigung wegen DDR-Haft für die Betreuervergütung	938
BGH	18.11.14 – VI ZR 47/13	Entleiherhaftung bei Arbeitsunfall des Leiharbeitnehmers (Anm. N.-W. Kampen)	940
BGH	05.02.15 – VII ZR 109/13	Kein Ausgleichsanspruch nach Beenden des Franchisevertrags (Anm. H. Lindhorst)	945
BGH	17.12.14 – IV ZR 90/13	Darlegungs- und Beweislast des Versicherers für wissentliche Pflichtverletzung	947
BGH	22.10.14 – IV ZR 242/13	Voraussetzungen der Leistungsfreiheit wegen Obliegenheitsverletzung	949
BGH	05.11.14 – VIII ZR 257/13	Betriebskostenumlageschlüssel – „vergessene“ Prozesspartei (Anm. J. Kaiser)	952
BGH	04.12.14 – VII ZR 4/13	Vollstreckungsgegenklage – Rechtskrafterstreckung auf aberkannte Gegenforderung	955
OLG Hamm	19.08.14 – 24 U 41/14	Vorschussanspruch des Auftraggebers vor Abnahme der Werkleistung	960
OLG München	29.01.15 – 32 U 1185/14	Hochwasserschutz mit „Sicherheitszuschlag“ und Mietmangel – „Jahrhundertflut“	962
OLG Brandenburg	22.10.14 – 13 UF 206/13	Gemeinsames Sorgerecht für nichteheliches Kind als gesetzliches Leitbild	964
BGH	13.01.15 – 1 StR 454/14	Strafzumessung und Strafaussetzung zur Bewährung bei Sprengstoffdelikt	967
BGH	14.01.15 – 1 StR 302/13	Grenzwert nicht geringer Menge bei synthetischen Cannabinoiden (Ls.)	969
OVG Lüneburg	28.11.14 – 4 ME 221/14	Wunsch- und Wahlrecht der Eltern bei Zuweisung eines Kindergartenplatzes	970
BAG	18.09.14 – 8 AZR 733/13	Betriebsübergang – neuer Tankstellenstandort und anderer Pächter	973
BAG	25.11.14 – 10 AZB 52/14	Insolvenzanfechtung und Rückgewähr wegen Scheinarbeitsvertrag – Rechtsweg	976

Mit Beilage: NJW-Spezial Heft 6/2015

Aus dem Inhalt:

- Miet- und Immobilienrecht: Wohngemeinschaften im Mietrecht
- Erbrecht: Praxisfragen zu Eigengeschenken bei Pflichtteilsergänzung
- Baurecht: Zulässigkeit von Wärmepumpen auf Wohngrundstücken
- Arbeitsrecht: Zwei Abgrenzungsfragen zum Mindestlohn
- Strafrecht: Das BVerfG und die informellen Absprachen im Strafverfahren
- Anwalt und Kanzlei: Die Außendarstellung von Sozietäten
- Familienrecht, Verkehrsrecht, Gesellschaftsrecht, Insolvenzrecht, Verfahrens- und Kostenrecht: Rechtsprechungsübersichten

StuB

HOFFMANNS STREIFLICHTER

- 201 **„Tomberger“ redivivus?**
WP/StB Prof. Dr. Wolf-Dieter Hoffmann

STEUER- UND BILANZPRAXIS

- 203 **Neuregelung des § 3c Abs. 2 EStG durch das ZollkodexAnpG**
Erweiterung des Teilabzugsverbots für bestimmte Regelungsbereiche
StB/vBP Prof. Dr. Hans Ott
- 211 **Umsatzsteuerliche Behandlung der Verwendung von (Hybrid-)Elektrofahrzeugen durch Unternehmer**
Beispielhafte Erläuterungen zum BMF-Schreiben vom 5. 6. 2014
StB Prof. Dr. Tina Hubert
- 217 **Das neue Bilanzrecht nach dem BilRUG-RegE**
Ausgewählte Aspekte
Prof. Dr. Heinz Kußmaul, Dipl.-Kffr. Carina Ollinger und Florian Müller, M.Sc.
- 223 **Referentenentwurf zur Umsetzung der EU-Transparenzrichtlinie 2013**
Grundlegende Überarbeitung der EU-Transparenzrichtlinie aus dem Jahr 2004
RA/WP/FAStR Harald Schumm

PRAXISFÄLLE












- 227 **Darlehen einer KG an ihre Gesellschafter**
WP/StB Dr. Norbert Lüdenbach

AKTUELL BERATEN

- 228 **Steuerliche Behandlung nicht insolvenzbefangener Einkünfte und Umsätze des Schuldners**
Prof. Dr. Jens M. Schmittmann

KURZNACHRICHTEN

- 230 Beginn des Zinslaufs bei Rückgängigmachung des Investitionsabzugsbetrags
- 232 Rückstellung für im Zusammenhang mit dem EU-Kartellrechtsverfahren anfallende Kosten
- 232 Häusliches Arbeitszimmer: Mittelpunkt der gesamten betrieblichen und beruflichen Tätigkeit eines Pensionärs
- 232 Zurechnung des Ertrags aus Schuldnerlass im Zusammenhang mit Gesellschafterwechsel bei einer Personengesellschaft
- 233 Teilwertabschreibung infolge unbesichert begebenen Darlehens
- 233 Bagatellgrenze für die Nichtanwendung der Abfärberegelung in § 15 Abs. 3 Nr. 1 EStG
- 234 Abgeltungsteuer: Kein Abzug der tatsächlichen Werbungskosten bei Günstigerprüfung
- 235 Vorsteuerkorrektur bei Rabattgewährung innerhalb einer in einem anderen Mitgliedstaat beginnenden Lieferkette
- 235 Umsatzsteuer-Umrechnungskurse für den Monat Februar 2015
- 235 Innergemeinschaftliche Lieferung verbrauchssteuerpflichtiger Waren
- 236 Unter das UrhG fallende Leistungen
- 237 Preisnachlässe durch Verkaufsagenten/Vermittler
- 238 Zuordnung von Einkommensteuererstattungsansprüchen zum insolvenzfremden Vermögen i. S. des § 35 Abs. 2 InsO
- 238 „Poolung“ von Treugeberrechten
- VIII Impressum

- | | | | |
|-------------------------------------------------------------------------------------|----------------------|---------------------------------------------------------------------------------------|-------------------|
|  | Merksatz |  | Siehe auch |
|  | Literatur |  | Community |
|  | Weblink |  | Quelle |
|  | Informationen |  | Video |
|  | Audio |  | Galerie |
| | |  | Berechnung |

Herausgeber: WP/StB Prof. Dr. Wolf-Dieter Hoffmann, WP/StB Dr. Norbert Lüdenbach

wirtschaftsrechtl blätter.wbl



WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS
D3-762/Bil.

wirtschaftsrechtliche blätter:wbl

Zeitschrift für österreichisches und europäisches Wirtschaftsrecht

März 2015 (29. Jahrgang)

o. Univ.Prof. Dr. Friedrich Harrer:

Die Reform der Gesellschaft bürgerlichen Rechts 121

Mag. Marcus W. A. Sonnberger:

**Die kartellrechtliche „passing-on defense“ als
Zurechnungsfrage** 129

DDr. Franz W. Urlsberger:

Europarecht: Das Neueste auf einen Blick 139

Rechtsprechung

Nr. 45–64

• Europarecht

45. Patentrecht: Zu den Erteilungsvoraussetzungen eines ergänzenden Schutzzertifikats für einen Wirkstoff (EuGH 15. 1. 2015, Rs C-631/13) 144

46. Urheberrecht: Zur Zuständigkeit nach Art 5 Nr 3 EuGVO bei Urheberrechtsverletzungen (EuGH 22. 1. 2015, Rs C-441/13) 147

47. Sozialrecht: Zum Begriff des „kurzarbeitenden Grenzgängers“ bei Teilzeitbeschäftigung unmittelbar im Anschluss an Vollzeitbeschäftigung im selben MS (EuGH 5. 2. 2015, Rs C-655/13) 149

48.–52. Weitere Urteile (Kurzinformation) 151

• Arbeitsrecht

53. Nur relative Nichtigkeit einer unwirksamen Konkurrenzklausel (OGH 29. 10. 2014, 9 ObA 67/14i) 159

54. Vollmachtlose Kündigung durch Bürgermeister (OGH 29. 10. 2014, 9 ObA 88/14b) 160

55. Kein Rückerstatt von Ausbildungskosten bei Austritt wegen Mutterschaft (OGH 29. 9. 2014, 8 ObA 57/14m) 162

• Unternehmensrecht

56. Zum Verbot der Einlagenrückgewähr (OGH 15. 12. 2014, 6 Ob 14/14y) 164

57. Zur gerichtlichen Abberufung von Mitgliedern des Stiftungsvorstands (OGH 15. 12. 2014, 6 Ob 137/14m) 168

• Wettbewerbs- und Markenrecht

58. Zum anwendbaren Recht bei Unterlassungsansprüchen gegen „weltweite“ irreführende Geschäftspraktiken (OGH 18. 11. 2014, 4 Ob 147/14t) 169

59. Zum Eintragungshindernis der Vorbenutzung einer Marke (OGH 18. 11. 2014, 4 Ob 148/14i) 172

• Öffentliches Wirtschaftsrecht

60. Unabhängigkeit der Regulierungskommission der E-Control (VwGH 15. 12. 2014, 2013/04/0108) 176

61. Frequenzvergabeverfahren nach dem TKG 2003 (VwGH 4. 12. 2014, 2013/03/0149) 177

62. Abgrenzung zwischen Taxi-Gewerbe und Mietwagen-Gewerbe (VwGH 21. 10. 2014, Ra 2014/03/0006) 178

63. Staatsbürgerschaftvorbehalt im Waffengewerbe (VwGH 24. 11. 2014, Ra 2014/04/0002) 178

64. Ermittlung des Schienenbenützungsentgelts (VwGH 21. 10. 2014, 2013/03/0112) 179

Impressum 180

Gedruckt auf säurefreiem, chlorfrei gebleichtem Papier – TCF

Ausgewertet im Abstract Service IBZ

Mit Beilage
wirtschaftsrechtliche
blätter:wbl

Juristische Blätter



Heft 3 März 2015
137. Jahrgang

Aufsätze

- em. o. Univ.-Prof. Dr. *Hans-Georg Koppensteiner*, LL.M.:
Markt, Wettbewerb und Vertrag 137
- Univ.-Prof. Dr. *Peter Bußjäger*:
„Aus Anlass eines Rechtsmittels“ – Ausgewählte Rechtsfragen zur „Gesetzesbeschwerde“ 149
- Dr. *Georg Granner* LL.B.:
Erb- und gesellschaftsrechtliche Gesamtrechtsnachfolge im öffentlichen Wirtschaftsrecht 157

Aus den Vereinen / Ankündigungen

- Salzburger Juristische Gesellschaft – Programm Sommersemester 2015 – Ankündigung 171
- Walter-Haslinger-Preis 2015 – Ausschreibung 171

Rechtsprechung

- Verfassungsgerichtshof**
- Aufhebung des § 83 Abs 1 VfGG (VfGH 29.11.2014, G 30–31/2014 – Univ.-Prof. Dr. *Ewald Wiederin*) 171

Ordentliche Gerichte – Zivilsachen

- Wahrung des persönlichen Kontakts mit dem Betroffenen: Vertretung des Sachwalters durch dessen Mitarbeiter fallweise zulässig (OGH 25.11.2014, 10 Ob 72/14g) 178
- Gutgläubiger Erwerb und Einlösung bereits eingelöster Inhaberschuldverschreibungen ohne Entwertungsvermerk (OGH 22.10.2014, 1 Ob 173/14v) 180
- Bauträgervertrag: Leistungsverweigerungsrecht wegen ins Gewicht fallender Mängel auch bei „Ratenplanmethode“ (OGH 22.10.2014, 1 Ob 121/14x) 183

- Arzthaftung: Schutzzweck des Behandlungsvertrags über pränatale Diagnostik (OGH 23.07.2014, 8 Ob 54/14w) 185
- Kreditschädigende Äußerungen im Rahmen einer ORF-Sendung: Verpflichtung zur Veröffentlichung des Widerrufs in äquivalenter Weise (OGH 19.11.2014, 6 Ob 17/14i) 187
- Keine notwendige Streitgenossenschaft von Eigentümer und Fruchtnießer bei actio confessoria (OGH 18.12.2014, 2 Ob 1/14g) 190
- Eintragung als Rechtsanwaltsanwärter aufgrund eines in Österreich nostrifizierten ausländischen Studienabschlusses? (OGH 03.12.2014, 19 Ob 2/14d) 193

Arbeits- und Sozialgerichtssachen

- Kinderbetreuungsgeld für Lebensgefährtin der leiblichen Mutter bei Pflegeelternschaft (OGH 21.10.2014, 10 ObS 102/14v) 197

Strafsachen

- Zur Strafbarkeit der Teilnahme an Terrorcamps (OGH 27.11.2014, 12 Os 146/14h) 200
- Verwertung von Beweismitteln; Vorkommen in der Hauptverhandlung; Begründungsmangel (OGH 23.04.2014, 15 Os 42/14m – o. Univ.-Prof. Dr. *Klaus Schwaighofer*) 201

Verwaltungsgerichtshof

- Bezeichnung des Revisionspunktes (VwGH 28.11.2014, Ra 2014/01/0077) 204

Impressum 204

Gedruckt auf säurefreiem, chlorfrei gebleichtem Papier – TCF

Ausgewertet im Abstract Service IBZ



medien^{UND}recht

Zeitschrift für Medien- und Kommunikationsrecht
33. Jahrgang (2015) Februar Heft 1

AKTUELL	3	Martin Šrámek EuGH „Hejduk“: Gerichtszuständigkeit bei Urheberrechts- eingriffen im Web	3
MEDIENRECHT	5	Paul Pichler Heimliche Ton-/Bildaufnahme in TV-Reportage EGMR Haldimann vs. Schweiz: Guidelines für den TV-Journalismus	5
		Michael Rami Der Urteilspruch im befristeten Gegendarstellungsverfahren Anmerkungen zum Urteil des OLG Wien 18 Bs 540/12m (MR 2013, 14)	8
		Höchstpersönlicher Lebensbereich – Verzicht auf Schutz OLG Wien 17.12.2014, 17 Bs 323/14w – Kinderwunsch	14
		Kurze Mitteilung über die Einleitung des Verfahrens OLG Wien 09.01.2015, 18 Bs 367/14y	15
PERSÖNLICHKEITSSCHUTZ	16	Bezeichnung als Nazi – Hakenkreuz OGH 09.10.2014, 6 Ob 89/14b – Hakenkreuzsymbol (Anm. H. Holzmann)	16
		Moderiertes Internetforum – Auskunft über die Identität des Posters OGH 15.12.2014, 6 Ob 188/14m – Größter Verbrecher der 2. Republik	19
VERLAGSRECHT	22	Sandra Csillag Österreichischer Musterverlagsvertrag Ein Meilenstein in der österreichischen Verlagsgeschichte	22
URHEBERRECHT	31	Haftung des Betreibers eines Online-Forums – Host-Provider – Gehilfenhaftung OGH 21.10.2014, 4 Ob 140/14p – Fußballerfotos (Anm. I: K. Uhl/K. Pateter; Anm. II: M. Walter)	31
		Filmurheberrecht – Cessio legis – Vergütungsansprüche und Kabelweiterleitung OGH 17.09.2014, 4 Ob 76/14a – Luksan/Van der Let II (Anm. M. Walter)	37
WETTBEWERBSRECHT	46	Vergleichende Werbung – Objektivitätsgebot OGH 16.12.2014, 4 Ob 209/14k – Guter Journalismus	46
		Reichweitenwerbung OGH 21.10.2014, 4 Ob 157/14p – Leserzuwachs	49

Fortsetzung nächste Seite

51	Rechtmäßigkeit der Multiband-Frequenzauktion VwGH 04.12.2014, 2013/03/0149 (Anm. W. Feiel)	51
	Übertragung von Frequenznutzungsrechten – Parteistellung des Mitbewerbers EuGH 22.01.2015, C-282/13 (T-Mobile Austria / Telekom- Control-Kommission), Vorabentscheidungsersuchen des VwGH (Anm. W. Feiel)	56



Albrecht Götz von Olenhusen, Freiburg i.B.

Der Journalist im Medien-, Arbeits- und Urheberrecht

2. neu bearbeitete Auflage

270 Seiten. EUR 27,50 (D), EUR 28,30 (A).

MUR-Verlag München (2015). ISBN: 978-3-945939-00-0

Das Praxisratgeber zum deutschen Medien- und Journalistenrecht
in aktualisierter 2. Auflage!

In der für die Praxis bestimmten Darstellung konzentriert sich der Autor auf die wesentlichen Problemfelder und die Antworten der Judikatur auf aktuelle Fragen:


- A. Grundlagen des Arbeitsrechts für Medienschaffende
- B. Der Programmgestalter in Rundfunk und Fernsehen
- C. Die Befristung (Teilzeit- und Befristungsgesetz)
- D. Rechtsfolgen falscher Statuszuordnung
- E. Mitbestimmung und Tendenzschutz
- F. Die Nebentätigkeit. Wettbewerbsverbot und Konkurrenzklauseln
- G. Sorgfaltspflichten. Standesrecht. Rechte und Pflichten des Journalisten
(Medienrechtliche Grundlagen; Bildberichterstattung; Kunstfreiheit,
Titelschutz; Rechtsfolgen)
- H. Urheber- und Vertragsrecht für Journalisten (Urheber- und
Leistungsschutzrecht für angestellte und freie Journalisten)

Den Mitarbeitern in Rundfunk, Fernsehen und Presse, den Geschäftsführern und Justitiaren sowie Rechtsberatern von Medienunternehmen und einschlägigen Institutionen werden Handreichungen für Lösungen an Hand der Rechtsprechung und Literatur gegeben.



RA Dr. Albrecht Götz von Olenhusen, Dozent an der Journalisten-Akademie Stuttgart, Lehrbeauftragter an den Universitäten Freiburg i.Br. u. Düsseldorf

MUR-Verlag München • Wien
www.mur-verlag.de - Mail: verlag@mur-verlag.de



RdE – Recht der Energiewirtschaft

Heft 3/2015

A. Beiträge

<i>Lange</i>	Preisanpassungsklauseln in Energieversorgungsverträgen – was bleibt von der Preissetzungsfreiheit im unternehmerischen Bereich noch übrig?	105
<i>Kment</i>	Gewinnbeteiligung als Akzeptanzmodell für Nutzungen unter Tage	111
<i>Maier/Übleiß/ Zemke</i>	Umsatzbesteuerung der Versorgungswirtschaft – Aktuelle Entwicklungen	117

B. Rechtsprechung

<i>BGH</i>	Urteil vom 7. 10. 2014 – EnZR 86/13 mit Anm. Kermel/Vennewald Zu Nebenleistungen in Konzessionsverträgen (Stromnetz Olching)	122
<i>BGH</i>	Urteil vom 18. 11. 2014 – EnZR 33/13 Zur Bekanntgabe der vorzeitigen Beendigung eines Konzessionsvertrags (Stromnetz Schierke)	130
<i>BGH</i>	Urteil vom 3. 12. 2014 – VIII ZR 370/13 Zur ergänzenden Vertragsauslegung bei unwirksamer Einbeziehung eines Preisanpassungsrechts	132
<i>OLG Düsseldorf</i>	Beschluss vom 14. 1. 2015 – VI-3 Kart 11/14 (V) Zur gerichtlichen Kontrolle einer bestandskräftigen BNetzA-Festlegung	135
<i>OLG Düsseldorf</i>	Beschluss vom 3. 12. 2014 -VI-3 Kart 49/09 (V) Zu Besonderheiten der Versorgungsaufgabe	140
<i>OLG Frankfurt</i>	Beschluss vom 21. 8. 2014 – 11 SV 54/14 mit Anm. Tittel Zur Zuständigkeitsbestimmung bei Streitigkeiten über die Höhe der Konzessionsabgabe	146
<i>OLG Naumburg</i>	Urteil vom 17. 7. 2014 – 2 U 156/13 Zur Vergütung für Strom aus Fotovoltaikanlagen auf Freiflächen	148

C. Berichte und Dokumente

<i>Münchmeyer</i>	Erneuerbare Energien in Europa – Rechtsentwicklungen im EU-Binnenmarkt 12. Würzburger Gespräche zum Umweltenergierecht am 9./10. Oktober 2014	151
-------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----

INHALT 6 · 2015

DVBI aktuell
Vorschau/Impressum

III SRU – Sachverständigenrat für Umweltfragen,
VII Fluglärm reduzieren: Reformbedarf bei der Planung
von Flughäfen und Flugrouten.
Richter am BVerwG Dr. Peter Wysk **S. 364**

Aufsätze

Die Rechtsfigur der »Europäischen Koordinatoren«
für die Durchführung von Energieinfrastruktur-
Vorhaben von gemeinsamem Interesse
Prof. Dr. Annette Guckelberger / Dr. Frederic Geber,
LL.M., Saarbrücken **S. 329**

Das Instrument des Greening im Rahmen der
GAP-Reform 2014/15
Regierungsdirektor Dr. Christian Busse, Bonn **S. 337**

Schlussanträge zur Weservertiefung:
Verschlechterung als Regelfall
Rechtsanwalt Dr. Christoph Riese /
Rechtsanwältin Dr. Astrid Losert, Berlin **S. 346**

Grundlagen der Schutzschrift im Verwaltungs-
prozess
Wiss. Mit. Maik Bäumerich, Köln **S. 352**

Berichte

Raumplanung unterirdischer Nutzungen –
Münsteraner Gespräche zum Umwelt- und
Planungsrecht am 19.11.2014
Wiss. Mitarbeiter Ass. iur. Daniel Schnittker,
Münster **S. 359**

Buchbesprechungen

Claudio Franzius/Franz C. Mayer/Jürgen Neyer
(Hrsg.), Grenzen der europäischen Integration.
Herausforderungen für Recht und Politik.
Prof. em. Dr. Albrecht Weber **S. 361**

Matthias Lehnert, Frontex und operative Maßnah-
men an den europäischen Außengrenzen, Verwal-
tungskooperation – materielle Rechtsgrundlagen –
institutionelle Kontrolle.
Dr. Timo Tohidipur **S. 362**

Meike Schönemeyer, Die Pflicht des Bundesverfas-
sungsgerichts zur Vorlage an den Gerichtshof der
Europäischen Union gem. Art. 267 Abs. 3 AEUV.
Dr. Adolf Rebler **S. 363**

Paul Tiedemann/Janina Giesecking (Hrsg.), Flücht-
lingsrecht in Theorie und Praxis, 5 Jahre Refugee
Law Clinic an der Justus-Liebig-Universität Gießen.
Dr. Uwe Schweighöfer **S. 364**

Walter Schwenk/Elmar Giemulla, Handbuch des
Luftverkehrsrechts.
Rechtsanwalt Prof. Dr. Andreas Weitbrecht **S. 365**

Rechtsprechung

Landesverfassungsgericht
H VerfG, Beschluss vom 11.12.2014 – 3/14 –
Rechte politischer Parteien durch fehlendes Stimm-
recht fraktionsloser Mitglieder nicht verletzt **S. 367**

Oberverwaltungsgerichte und
Verwaltungsgerichtshöfe
VGH BW, Beschluss vom 17.12.2014 – 1 S 2341/13 –
Auferlegung einer zeitlich unbegrenzten Auskunftsp-
flicht ohne Rechtsgrundlage **S. 369**

Nds OVG, Beschluss vom 27.01.2015 – 11 ME 226/14 –
Heranziehung zur Auskunftserteilung nach dem Ver-
dienststatistikgesetz **S. 372**

OVG NRW, Urteil vom 18.09.2014 – 4 A 2948/11 –
Übergabe eines Piraterieverdächtigen an Kenia
rechtswidrig **S. 375**

Nds OVG, Urteil vom 15.01.2015 – 1 KN 61/14 –
Ferienwohnungen im Allgemeinen Wohngebiet un-
zulässig **S. 379**

Nds OVG, Beschluss vom 22.01.2015 – 12 ME 39/14 –
Störung einer Flugsicherungseinrichtung durch
Windkraftanlagen **S. 381**

OVG RP, Urteil vom 18.12.2014 – 2 A 10506/14 – n.r. –
Übernahme von Schülerbeförderungskosten nur für
die nächstgelegene Schule **S. 383**

VGH BW, Beschluss vom 18.08.2014 – 2 S 2258/13 –
Zur rechtswegübergreifenden Bindung an
gerichtliche Entscheidungen über Vorfragen **S. 386**

[LS] VGH BW, Beschluss vom 17.11.2014 – 2 S 1695/14 –
Kein Gehörsverstoß bei Übergehen höchst-
richterlicher Rechtsprechung **S. 388**

Beilagenhinweis:
Mit dieser Ausgabe verteilen wir eine Beilage
der Verlag C.H. Beck oHG, München.
Wir bitten um freundliche Beachtung.

Wirtschaftsrecht

Die Woche im Blick

Entscheidungen

- BGH:** Zur Nichtigkeit des Beschlusses über die Einziehung eines GmbH-Geschäftsanteils (2.12.2014 – II ZR 322/13)
- BGH:** Auslegung der Vergütungsvereinbarung im Hinblick auf das nach § 87 Abs. 1 HGB provisionspflichtige Geschäft (22.1.2015 – VII ZR 87/14)
- BGH:** Zur Störerhaftung des Betreibers eines Internetmarktplatzes (5.2.2015 – I ZR 240/12)
- BGH:** Pauschalreisen – zur Höhe von Anzahlungen auf den Reisepreis und zur Bemessung von Rücktrittspauschalen (9.12.2014 – X ZR 85/12)
- OLG Stuttgart:** Unstatthaftigkeit eines Spruchverfahrens nach Delisting (18.2.2015 – 20 W 8/14)
- OLG München:** Zustimmungsbeschluss des Aufsichtsrats zum Vertragsabschluss mit einem Vorstandsmitglied muss sich auf alle wesentlichen Punkte des Rechtsgeschäfts beziehen (5.3.2015 – 23 U 2384/14)
- OLG München:** Zur Vollmachtsvermutung des Urkundsnotars (10.3.2015 – 31 Wx 60/15)

Aufsätze

Dr. Stephan Harbarth, LL.M. (Yale), RA

Gesellschaftsrechtliche Anforderungen an die Kündigung von Geschäftsführerverträgen

Der Abschluss, die Änderung und die Beendigung von GmbH-Geschäftsführerverträgen bedürfen grundsätzlich der Zustimmung der Gesellschafterversammlung. In der Praxis verlieren die Beteiligten dieses Erfordernis gerade im Zusammenhang mit der Kündigung derartiger Verträge mitunter aus dem Blick, was für die Gesellschaft u. U. nicht unerhebliche Zahlungspflichten nach sich ziehen kann. Vor diesem Hintergrund befasst sich der Beitrag mit einer Reihe in der Praxis anzutreffender problematischer Konstellationen im Hinblick auf die Kündigung von GmbH-Geschäftsführerverträgen.

Dr. Benedikt Hohaus, RA/FAStR, und
Dipl.-Kfm. **Dr. Tim Kaufhold**, RA

Garantien des Managements bei Private Equity-Transaktionen

Das Management hat bei Private Equity-Transaktionen eine besondere Rolle. Stets erwartet ein Finanzinvestor eine Beteiligung des Managements am Unternehmen, damit es – wie der Finanzinvestor – Chancen und Risiken der Unternehmensentwicklung trägt und ein besonderer Anreiz zur Steigerung des Unternehmenserfolges besteht. In den letzten Jahren ist es zudem üblich geworden, dass Finanzinvestoren bei Private Equity-Transaktionen vom Management die Abgabe von eigenständigen Garantien verlangen. Der Beitrag untersucht grundlegende Fragen sowie Rechtsfragen zu Managementgarantien bei Private Equity-Transaktionen und berichtet aus der Praxis. Er richtet sich an Führungskräfte von (potentiellen) Portfoliounternehmen, Private Equity-Fonds und Berater.

Entscheidungen

- EuGH:** Verhinderung von Insider-Geschäften verlangt die Offenlegung auch solcher Informationen, deren konkreter Kurseinfluss noch nicht bestimmt werden kann (11.3.2015 – C-628/13) 714
- EuGH:** Verschmelzung durch Aufnahme – Übergang der ordnungswidrigkeitsrechtlichen Haftung der übertragenden Gesellschaft (5.3.2015 – C-343/13) 717
- BGH:** Keine gerichtliche Ermächtigung zur Einberufung einer zweiten Versammlung nach dem SchVG (2.12.2014 – II ZB 2/14 – dazu BB-Kommentar von **Tobias Moser**, RA) 719

Steuerrecht

Die Woche im Blick

Entscheidungen

- EuGH:** Keine Umsatzsteuerfreiheit für Gestellung von qualifizierten Pflegekräften durch Zeitarbeitsunternehmen (12.3.2015 – C-594/13)
- BFH:** Erlass von Grundsteuer in Sanierungsgebieten – Vertretung des Leerstands eines Gebäudes (17.12.2014 – II R 41/12)
- BFH:** Keine tarifbegünstigte Anteilsveräußerung – „Gesamtplan-Rechtsprechung“ (17.12.2014 – IV R 57/11)
- BFH:** Zwischenhändler eingeschmuggelter Zigaretten kann neben dem Schmuggler Schuldner der Tabaksteuer sein (11.11.2014 – VII R 44/11)
- BFH:** Innergemeinschaftliche Lieferung verbrauchersteuerpflichtiger Waren (21.1.2015 – XI R 5/13)
- BFH:** Einkommensbesteuerung von Destinatärsleistungen von Stiftungen (21.1.2015 – X R 31/13)
- BFH:** Ausschluss des Abgeltungsteuersatzes bei finanzieller Beherrschung (28.1.2015 – VIII R 8/14)
- BFH:** Kein Abzug der tatsächlichen Werbungskosten bei Günstigerprüfung (28.1.2015 – VIII R 13/13)
- BFH:** Zurechnung des Ertrags aus einem Schuldnerlass bei einem Gesellschafterwechsel (22.1.2015 – IV R 38/10)
- FG Hamburg:** Zulässigkeit des Rechtsbehelfs gegen die Kapitalertragsteuer-Anmeldung (15.12.2014 – 6 K 183/12)
- FG Hamburg:** Freiberufliche Einkünfte der Inhaberin einer Kindertagesstätte (20.1.2015 – 3 K 157/14)

Verwaltung

Vorläufige Festsetzung (§ 165 Abs. 1 AO) der Erbschaftsteuer

Aufsätze

Dr. jur. Hartmut Klein, RA/StB

Wirtschaftliches Eigentum bei Aktiengeschäften im Rahmen von „Cum/Ex-Geschäften“ im Lichte der Rechtsprechung des I. Senats des BFH

Der BFH hat mit Urteil vom 16.4.2014 – I R 2/12 zu der Frage Stellung genommen, ob und unter welchen Voraussetzungen dem Erwerber bei einem so genannten „Cum/Ex-Geschäft“ Kapitaleinkünfte im Sinne des § 20 Abs. 1 Nr. 1 S. 1 und S. 4 i.V.m. (Abs. 2a a.F.) Abs. 5 EStG zuzurechnen sind. Welche Auswirkungen dieses Urteil in den streitbefangenen Bereichen des cum/ex-Deals haben könnte, soll Gegenstand dieser Ausführungen sein.

Prof. Dr. iur. Swen O. Bäuml, StB, und Dipl.-Kffr. **Nina Vogel**

Die erbschaftsteuerliche Bedürfnisprüfung im Kontext des Verfassungsrechts und des EU-Beihilferechts

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 17.12.2014 hat die Regelungen der §§ 13a und 13b ErbStG teilweise für verfassungswidrig erklärt. Die Gesetzesanpassungen sollen bis zum 30.6.2016 vorgenommen werden, allerdings sind noch viele Fragen offen. Der Beitrag beleuchtet die Vorgaben der Verfassungsrichter, eine Bedürfnisprüfung für große Unternehmen einzuführen und untersucht diese Vorgaben im Lichte des Europäischen Beihilferechts.



Bilanzrecht und Betriebswirtschaft

Die Woche im Blick

744

Rechnungslegung

- IASB:** IFRS-Taxonomie 2015 veröffentlicht
- IASB:** Erwartete Auswirkung der Neuregelung zum Leasing
- IASB:** Neue Ausgabe des IASB Investor Update
- DRSC:** E-DRS 30 „Kapitalkonsolidierung,“
- DRSC:** E-DRS 31 „Konzerneigenkapital,“
- DRSC:** Bericht über die 36. Sitzung des IFRS-FA am 5./6.3.2015 in Berlin
- DRSC:** Stellungnahme zum IASB ED/2014/5
- BR:** Zustimmung zur VAG-Novelle
- BT:** Beschlussempfehlung zu EPSAS

Wirtschaftsprüfung

- EFAA:** Studie „Steuerberater und Wirtschaftsprüfer unter Druck?“
- IDW:** Stellungnahme zum BilRuG-RegE

Aufsatz

Dr. Christian Bosse, RA/FAHaGesR

746

Referentenentwurf zur Umsetzung der EU-Transparenzrichtlinie-Änderungsrichtlinie: Änderungen bei periodischer Finanzberichterstattung und Beteiligungstransparenz

Seit dem 6.2.2015 liegt der Referentenentwurf vor, mit dem die im Jahr 2013 geänderte EU-Transparenzrichtlinie in nationales Recht umgesetzt werden soll. Der Beitrag beleuchtet und bewertet die wesentlichen Regelungen des Gesetzgebungsvorhabens im Bereich der periodischen Finanzberichterstattung, der Beteiligungspublizität sowie der Sanktionen für Verstöße bei Mitteilungspflichten.

Entscheidung

- Niedersächsisches FG:** Erfolgsneutrale Mitunternehmer-Teilanteilsübertragung auch bei nachfolgender Buchwertübertragung von zurückbehaltenem Sonderbetriebsvermögen (27.11.2014 – 1 K 10294/13 – dazu BB-Kommentar von Dr. Sebastian Heß, RA/FAStR/StB)

750

Arbeitsrecht

Die Woche im Blick

755

Entscheidungen

- ArbG Berlin:** Beurteilung der Zuverlässigkeit von Zeugen (9.1.2015 – 28 Ca 4629/14)
- ArbG Berlin:** Unwirksamkeitsgrund der bedingten Kündigung – Klagefrist (12.12.2014 – 28 Ca 10118/14)
- BAG:** Wirksamkeit einer Klageverzichtsklausel in einem Aufhebungsvertrag (12.3.2015 – 6 AZR 82/14)
- BAG:** Arbeitnehmerüberlassung – Behinderung der Betriebsratsarbeit (15.10.2014 – 7 ABR 74/12)
- BAG:** Befristung einer Arbeitszeitverringerung – Inhaltskontrolle (10.12.2014 – 7 AZR 1009/12)
- BAG:** Pausengewährung und Annahmeverzug (25.2.2015 – 1 AZR 642/13)
- BAG:** Urlaubsgeltung – Auslegung der Ausschlussfristenregelung in einem Formulararbeitsvertrag (16.12.2014 – 9 AZR 295/13)

Aufsatz

Dr. Robert Gorschak, RA/FAArbR, und Viktoria Liemke, RAin

757

Rechtliche Grenzen und Risiken einer „straffen“ Personalführung

„Mobbing“-Sachverhalte fließen in den letzten Jahren immer häufiger im Rahmen von Kündigungsschutzprozessen, nach Ausspruch einer Abmahnung oder bei der Verhandlung von Abfindungsvergleichen – insbesondere nach Ankündigung oder Ausspruch einer verhaltensbedingten Kündigung – ein. Neben zweifelsohne bestehenden, teilweise auch heftigen, Fällen von Mobbing wird dieser Begriff in der Praxis oft auch missbräuchlich verwendet, beispielsweise wenn seitens des Arbeitgebers berechtigte Kritik an der Leistung oder dem Verhalten eines Mitarbeiters vorgebracht wird. Der Beitrag setzt sich mit der Frage auseinander, worauf Führungskräfte – neben den gesetzlichen, kollektivrechtlichen und arbeitsvertraglichen Vorgaben – achten müssen, um nicht durch Ihren Führungsstil einem berechtigten Mobbingvorwurf ausgesetzt zu werden. Dies vor dem Hintergrund, dass nicht nur der Arbeitgeber, sondern auch die Führungskraft selbst auf Schadensersatz/Schmerzensgeld verklagt werden kann.

Entscheidungen

- BAG:** Außerordentliche Kündigung bei Konkurrentätigkeit (23.10.2014 – 2 AZR 644/13) 761
- BAG:** Zusätzliche Leistungen nach einer freiwilligen Betriebsvereinbarung – betriebsverfassungsrechtlicher Gleichbehandlungsgrundsatz (9.12.2014 – 1 AZR 146/13) 765
- LAG Berlin-Brandenburg:** Außerordentliche Verdachtskündigung bei außerdienstlicher Geldwäsche (23.10.2014 – 21 Sa 800/14 – dazu BB-Kommentar von Hartmut T. Renz, RA, und Dr. Sebastian Jungermann, RA) 768



BB-Fachkonferenz Umsatzsteuer

Dienstag, 9. Juni 2015

dfv Mediengruppe, Frankfurt am Main

<http://veranstaltungen.ruw.de/ust2015>

dfv Mediengruppe

Die Erste Seite

Prof. Niko Härting
**Öffentliches WLAN in Deutschland:
 Der Mythos von Haftungsrisiken**

Jobs der Woche

Impressum/Vorschau

VII

VIII

BETRIEBSWIRTSCHAFT

AUFSÄTZE

Rechnungslegung

„Kapitalarten“ des International Integrated Reporting Council

Prof. Dr. Peter Lorson, Rostock / Prof. Dr. Stefan Müller, Hamburg / Walter Schmidt, Berlin

In dem Beitrag wird ein Vorschlag unterbreitet, wie die im Rahmenkonzept des IIRC definierten Kapitalarten mittels einer Bilanzanalogie operationalisierbar gemacht werden können.

DB0692528

S. 625

Rechnungslegung/Handelsbilanzrecht

Die Kurserhöhung des Schweizer Frankens und die sich hieraus ergebenden Implikationen für den (Jahres-)Abschluss 2014

WP/StB Dr. Christian Zwirner / WP/StB Karl Petersen, beide München

In dem Beitrag werden Hinweise zu den Effekten der CHF-Aufwertung auf die Bewertung von Vermögensgegenständen und Schulden sowie zur notwendigen Berichterstattung über die Auswirkungen gegeben.

DB0692738

S. 631

STEUERRECHT

AUFSÄTZE

Erbschaft-/Schenkungsteuer

Das Eckwertepapier des BMF zur Erbschaftsteuerreform im Lichte der Vorgaben des BVerfG

Prof. Dr. Joachim Englisch, Münster

Das BMF hat sein Eckwertepapier zur Reform der ErbSt vorgelegt. Der Beitrag analysiert, ob die Vorschläge der Finanzverwaltung zur Bedürfnisprüfung und Lohnsummenregel durch die Entscheidung des BVerfG gedeckt sind.

DB0693102

S. 637

Einkommensteuer/Gewerbsteuer

Steuerliche Abgrenzung gewerblicher Tätigkeit von freiberuflicher und sonstiger Tätigkeit

Prof. Dr. Ralf Jahn, Würzburg

Die Abgrenzung gewerblicher Tätigkeiten von freiberuflichen und sonstigen Tätigkeiten ist komplex und hat erhebliche steuerliche Konsequenzen. Anhand eines Rechtsprechungsüberblicks liefert der Beitrag die nötige Orientierung bei konkreten Abgrenzungsfällen im steuerlichen Beratungsalltag.

DB0692684

S. 641

KURZ KOMMENTIERT

Einkommensteuer/Gewerbsteuer

Bagatellgrenze für die Nichtanwendung der Abfärberegelung in § 15 Abs. 3 Nr. 1 EStG

Dr. Kian Tauser, Frankfurt/M. / Annette Keller, München

DB0693075

S. 648

VERWALTUNGSANWEISUNGEN

Einkommensteuer/Körperschaftsteuer

Aufwendungen einer Mitunternehmerschaft bzw. Körperschaft für die Bewertung von Mitunternehmer- bzw. Gesellschaftsanteilen für Zwecke der ErbSt
Landesamt für Steuern Rheinland-Pfalz, Kurzinformation vom 24.02.2015

»DB0693262

S. 649

Erbschaft-/Schenkungsteuer

Behandlung eines vorzeitigen unentgeltlichen Verzichts auf ein vorbehaltenes Nießbrauchsrecht

OFD NRW, Kurzinformation vom 04.03.2015

DB0692983

S. 649

Abgabenordnung

Vorläufige Festsetzung der ErbSt (SchenkSt)

Oberste Finanzbehörden der Länder, gleichlautende

Erlasse vom 12.03.2015

DB0693232

S. 650

ENTSCHEIDUNGEN

Körperschaftsteuer

Leistungen der KapGes. i.S.v. § 27 Abs. 1 Satz 3 KStG 2002 n.F. in Abgrenzung zur Rückzahlung von Nennkapital

BFH, Urteil vom 21.10.2014 – I R 31/13

DB0691616

S. 651

Einkommensteuer

Aufstockung eines Investitionsabzugsbetrags in einem Folgejahr

BFH, Urteil vom 12.11.2014 – X R 4/13

DB0691176

S. 653

Einkommensteuer/Kapitalertragsteuer

Abgeltungsteuer: Kein Abzug der tatsächlichen Werbungskosten bei Günstigerprüfung

BFH, Urteil vom 28.01.2015 – VIII R 13/13

DB0693125

S. 656

Einkommensteuer/Kapitalertragsteuer

Abgeltungsteuer: Günstigerprüfung, Anwendung von § 20 Abs. 9 EStG

BFH, Urteil vom 02.12.2014 – VIII R 34/13

DB0693126

S. 659

STANDPUNKTE

Internationales Steuerrecht

Regelungsbedarf zur Neutralisierung hybrider Steuergestaltungen

Dr. Wendelin Staats, Berlin

DB0693007

S1

Internationales Steuerrecht

Linking Rules – eine große Herausforderung für Gesetzgeber und Gesetzesanwender

Felix Hierstetter, Frankfurt a.M.

DB0693005

S3

BEILAGE

Rechtsprechungsreport zur Umsatzsteuer

Wissenschaftlicher Beirat Steuern Ernst & Young, Stuttgart

WIRTSCHAFTSRECHT



ARBEITSRECHT

AUFSATZ

Insolvenzrecht

Der Konflikt zwischen Steuerpflicht und Massesicherung in der vorläufigen Eigenverwaltung**Prof. Dr. Christoph Thole, Dipl.-Kfm., Tübingen**

Geschäftsführer, die eine Unternehmenssanierung in Eigenregie erwägen, stehen u.a. vor der Frage, ob im Rahmen der vorläufigen Eigenverwaltung bzw. des Schutzschirmverfahrens Steuerforderungen zu begleichen sind. Einerseits ist dies entscheidend für die Liquiditätsplanung, andererseits sieht sich das Organ dem Konflikt zwischen Steuerpflicht und Massesicherung sowie den damit verbundenen Haftungsrisiken ausgesetzt. Der Aufsatz analysiert die aktuelle Rechtsprechung, zeigt Lösungsmöglichkeiten auf und untersucht, inwieweit die Insolvenzgerichte Maßnahmen treffen können, um – in Anbetracht der strengen finanzgerichtlichen Rechtsprechung – für Rechtssicherheit zu sorgen.

DB0693086

S. 662

KURZ KOMMENTIERT

Insolvenzrecht

Geschäftsführerhaftung für Zahlungen nach Insolvenzreife: Neue BGH-Rechtsprechung zur Berücksichtigung eines Vermögenszuflusses**RA Dr. Rüdiger Theiselmann und RA Dr. Alexander****Verhoeven, beide Frankfurt/M.**

DB0692991

S. 671

ENTSCHEIDUNGEN

GmbH-Recht

Wirksamkeit eines Einziehungsbeschlusses trotz Auseinanderfallens der Summe der Nennbeträge der Geschäftsanteile und des Stammkapitals**BGH, Versäumnisurteil vom 02.12.2014 – II ZR 322/13**

DB0693231

S. 672

Kapitalanlage/Personengesellschaftsrecht

Fondsgesellschaft: Kündigungsrecht des Anlegers und Anspruch auf Auseinandersetzungsguthaben wegen unzureichender Aufklärung über Risiken der Beteiligung**BGH, Versäumnisurteil vom 20.01.2015 – II ZR 444/13**

DB0693263

S. 675

Allgemeine Geschäftsbedingungen

Unwirksamkeit einer Entgeltklausel für Fehlbuchungen bei Führung privater Girokonten**BGH, Urteil vom 27.01.2015 – XI ZR 174/13**

DB0693006

S. 677

AUFSATZ

Betriebsverfassungsrecht

Der Wirtschaftsausschuss in komplexen Unternehmensstrukturen**Prof. Dr. Stefan Edenfeld, Münster**

In Unternehmen mit regelmäßig mehr als 100 ständig beschäftigten Arbeitnehmern wird vom Betriebsrat ein Wirtschaftsausschuss bestimmt. Doch dessen tatsächliche Bildung und Zusammensetzung ist in komplexen Unternehmensstrukturen nicht so einfach, wie dies die gesetzliche Regelung in § 106 BetrVG vermuten lässt. So ist in mehrschichtigen Unternehmen und Konzernen nicht immer klar, wem die betriebsverfassungsrechtlichen Kompetenzen zugeordnet sind. Der Beitrag zeigt die Wechselwirkungen zwischen Betriebsverfassung und Gesellschaftsrecht, befasst sich anhand von verschiedenen Gestaltungsmöglichkeiten aus der betrieblichen Praxis mit auftauchenden Problemen und gibt einen Leitfaden für die Handhabung des Wirtschaftsausschusses in komplexen Unternehmensstrukturen.

DB0689324

S. 679

KURZ KOMMENTIERT

Betriebsübergang

(Un-)Zuständigkeit des Betriebsrats bei Widerspruch gegen Betriebsübergang**RA/FAArbR Thomas Niklas, Köln**

DB0692546

S. 685

ENTSCHEIDUNGEN

Betriebliche Altersversorgung

Keine Verschiebung des Anpassungstichtags um mehr als sechs Monate**BAG, Urteil vom 11.11.2014 – 3 AZR 117/13**

DB0692287

S. 687



Aufsätze

RA Philip Goj

Die Festlegung betragsmäßiger Höchstgrenzen der Vorstandsvergütung nach Ziff. 4.2.3 Abs. 2 Satz 6 DCGK

Auch fast zwei Jahre nach ihrer Einführung bereitet die Empfehlung des Corporate Governance Kodex in Ziff. 4.2.3 Abs. 2 Satz 6 DCGK, welche vorsieht, dass die Vorstandsvergütung insgesamt und hinsichtlich ihrer variablen Vergütungsteile betragsmäßige Höchstgrenzen aufweisen soll, Schwierigkeiten bei der Auslegung und Anwendung in der Praxis. Der Beitrag widmet sich daher dieser Empfehlung und untersucht insbesondere den Sinn und Zweck der Empfehlung sowie die praktisch wichtigen Aspekte der Festlegung der betragsmäßigen Höchstgrenze bei aktienbasierten Vergütungselementen und der betragsmäßigen Höchstgrenze der Vergütung insgesamt. Bezüglich dieser Punkte analysiert der Beitrag zudem die bisherige Behandlung in der Praxis durch die DAX 30-Gesellschaften.

173

*RR Dr. Michael Hippeli, LL.M., MBA (MDX) /
RA Marco Diesing*

Business Combination Agreements bei M&A-Transaktionen

Business Combination Agreements (BCAs) sind im gesamten M&A-Geschäft ein typischerweise anzutreffendes Instrumentarium, mit dem die Transaktionsaktivitäten des Erwerbers und des Erwerbsobjektes miteinander koordiniert und mitunter auch harmonisiert werden. Das Wesen und der insbesondere schuld- und/oder kapitalmarktrechtlich zu verortende Wirkungsgehalt von BCAs ist bis heute aber nicht abschließend geklärt. Unklar ist dabei auch, ob die bislang ergangenen gerichtlichen Entscheidungen zu den Grenzen des zulässigen Inhaltes von BCAs für das gesamte M&A-Geschäft gelten. Der Beitrag will sich einer systemischen Begriffsklärung und Abgrenzung nähern, typische Regelungsgegenstände betrachten und Leitlinien mit Geltung für die gesamte M&A-Praxis aufzeigen.

185

Podium

Prof. Dr. Martin Schwab

Die Freigabe der angefochtenen Aufsichtsratswahl analog § 104 Abs. 2 AktG

Die Anfechtung der Wahl zum Aufsichtsrat stürzt die Gesellschaft in erhebliche Ungewissheit darüber, ob die Amtshandlungen der gewählten Mitglieder rechtlich Bestand haben. Überzeugende Abhilfe vermögen weder die Lehre vom fehlerhaften Organ noch die aktuelle Rechtsprechung des BGH zu leisten. In diesem Beitrag wird daher versucht, auf der Basis einer Analogie zu § 104 Abs. 2 AktG bereits de lege lata ein Freigabeverfahren für die Aufsichtsratswahl zu entwerfen.

195

Rechtsprechung

Umtausch von Wandelschuldverschreibungen in Aktien

BFH v. 1.10.2014 – IX R 55/13 203

Mitbestimmung in der KGaA

OLG Celle v. 9.10.2014 – 9 W 116/14 205

Bestimmung der Barabfindung für Minderheitsaktionäre

OLG Frankfurt v. 15.10.2014 – 21 W 64/13 205

Delisting, Zulässigkeit eines anhängigen Spruchverfahrens

LG Stuttgart v. 20.10.2014 – 31 O 84/07 KfH AktG 210

Buchbesprechungen

Wilhelm Happ/Wolfgang Groß (Hrsg.)

Aktienrecht – Handbuch, Mustertexte, Kommentar

(RA Dr. Stefan Mutter) 212

Impressum

R 88

Rechts-Report

Anlegerschutz

OLG Dresden zu „Vorratsswaps“ R 75

Neues zur Rechnungslegung

Tätigkeitsbericht 2014 der DPR R 76

Epex Spot positioniert sich zum Energiebinnenmarkt R 80

Euroclear und Peru planen internationale Verbindung R 80

Brasilianische Börse plant neues NPO-Joint Venture R 81

Australische Börse erneuert Technologie R 81

Kapitalmarkt-Report

Zahlen, Fakten, Entwicklungen

Das Zusammenspiel von harten und weichen Faktoren R 77

Börse

Deutsche Börse legt Grundsatzpapier für eine europäische Kapitalmarktunion vor R 78

Deutsche Börse IPO-Indikator deutet auf Belebung am Primärmarkt hin R 79

Eurex bietet neue Futures-Kontrakte auf Dividenden von europäischen Aktien an R 79

Landesbank Baden-Württemberg neuer Clearing-Teilnehmer von EurexOTC Clear R 79

Korea Securities Depository (KSD) und Clearstream starten Zusammenarbeit im Bereich Investmentfonds R 80

EEX plant Flexibilitätsprodukte R 80

Branchen- und Unternehmens-Report

Branchen-Nachrichten

Der Markt für Uhren und Schmuck R 81

Die Wirtschaftslage im B2B-Versandhandel R 82

Jahresabschlüsse

Daimler AG R 82

ThyssenKrupp AG R 84

Bibliothek

Neuerscheinungen R 85

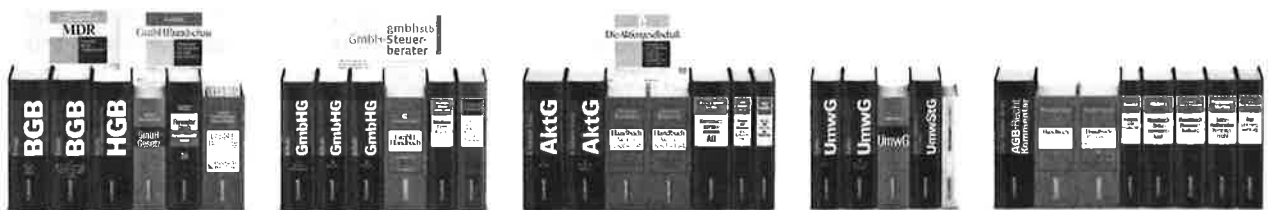
Zeitschriftenspiegel R 86

Beilagenhinweis:

Dieser Ausgabe liegen Prospekte der Verlage C.H. Beck, München, sowie des Verlags Dr. Otto Schmidt KG, Köln, bei.

Wir bitten unsere Leser um freundliche Beachtung.

Gesellschaftsrechtler gehen online aufs Ganze.



Premiummodul Gesellschaftsrecht: uneingeschränkter Zugang zur kompletten Online-Bibliothek für Gesellschaftsrechtler aus dem Verlag Dr. Otto Schmidt. Komfortabel ver-

linkt mit der Rechtsprechungs- und Gesetzesdokumentation von juris. Überzeugen Sie sich selbst beim **4-Wochen-Gratis-Test.** Anrufen 02 21 9 37 38-999 oder an-

klicken www.otto-schmidt.de/online-gesellschaftsrecht

Juris® Das Rechtsportal



CONTENTS

SPECIAL EDITION NEW VOICES IN EU CRIMINAL LAW

GUEST EDITORS: VALSAMIS MITSILEGAS,
NIOVI VAVOULA AND IRENE WIECZOREK

PREFACE

New Voices in European Criminal Law
VALSAMIS MITSILEGAS

3

EDITORIAL

The Constitutional Significance of EU Criminal Law
IRENE WIECZOREK and NIOVI VAVOULA

5

ARTICLES

**The European Investigation Order and the Lack of European Standards for
Gathering Evidence: Is a Fundamental Rights-Based Refusal the Solution?**
INÉS ARMADA

8

**The Quest for Proportionality for the European Arrest Warrant: Fundamental
Rights Protection in a Mutual Recognition Environment**
ERMIONI XANTHOPOULOU

32

**Criminal Conduct and Lack of Integration into the Society under
EU Citizenship: This Marriage Is Not to Be Performed**
LEANDRO MANCANO

53

**Conflicts of Jurisdiction in Cross-Border Criminal Cases in the Area of
Freedom, Security, and Justice: Risks and Opportunities from an Individual
Rights-Oriented Perspective**
NATHALIE ISABELLE THORHAUER

78

New Journal of European Criminal Law, Vol. 6, Issue 1, 2015

1

2015 (Volume 6, 4
US dollars | 157 GB
US dollars | 166 GB
s | 222 US dollars |
0 US dollars | 451 GB
ros | 594 US dollars |
ordered via e-mail to
euros | 90 US dollars |
; Rest of the world:
excluded.
rs receive a 15%
on price.
rt of this publication
d in a retrieval system,
or by any means,
otocopying, recording
written permission
er reviewed journal.
iew procedure,
riminal Law Academic Network
démique de droit pénal européen
e c l a n e u

To Continue or Not: Who Shall Be in Control of the European Public Prosecutor's Dismissal Decisions? JOHANNA GÖHLER	102
The European Public Prosecutor's Office: A Ground-Breaking New Institution of the EU Legal Order ANNA DAMASKOU	126
UPDATE	
The Conclusion of the <i>Eternit</i> Trial ASTOLFO DI AMATO	154

NEW VOICE

It is with great pleasure that I welcome the *New Journal of Law*. The majority of the doctoral candidates at the European Criminal Law Centre at the Queen Mary University of London are PhD students and early career researchers, and have formed friendships, and have worked with colleagues and leading researchers, and have even greater pleasure in working with their students, Niovi Vavouli, for their superb efforts in their excellent work, coming to the conference in London.

What do the articles in this issue and the future of academic research in law and the future of academic rigour, originality and innovation in law as a distinct academic discipline, and the research interests in, and the contributions in this journal to the richness of European legal scholarship, focus critically on the European Union law (the principles of EU law) with specific challenges in EU law on the one hand (European Public Prosecutor's Office, judicial co-operation in criminal matters, conflicts of jurisdiction in criminal matters).

* Professor of European Law, Department of Law,

Mitteilungen der deutschen Patentanwälte

Herausgegeben vom Vorstand der Patentanwaltskammer

106. Jahrgang
München, Heft 3
März 2015
Seiten 97 – 148
Zitierweise: Mitt. (Jahr), (S.)



Im Internet:

www.gewerblicher-rechtsschutz.de

Die recherchierbare
Online-Ausgabe

Inhalt

Beiträge

Nieder	Zulassung nationaler Torpedos durch Artikel 83 EPGÜ?	97
Hüttermann	Die doppelte Zuständigkeit bei Ansprüchen aufgrund mangelnder Berechtigung im kommenden Einheitspatentsystem	100
Schmid-Dreyer / Waitzhofer	Aktuelle Entwicklungen im Bereich der mittelbaren Patentverletzung ausgehend von der Entscheidung „Nespresso“	101
Wuttke	Das deutsche Gebrauchsmuster – eine Waffe?	110
Trimborn	Aktuelle Entwicklungen im Arbeitnehmererfindungsrecht Aktuelles zu Rechteabkaufvereinbarungen, Pauschalvergütungssystemen und Erfindungsrichtlinien in Mittelstand und (internationalen) Konzernen – Teil I	116

Entscheidungen

Patent		
BGH	Urt. vom 2.12.2014, X ZR 151/12 – Zwangsmischer Erfindersche Tätigkeit und Anlass	124
OLG Düsseldorf	Urt. vom 7.8.2014, I – 2 U 91/13 – Garagenrolltor II Ausgleichszahlung unter Mitinhabern Leitsätze	129
Gebrauchsmuster		
BPatG	Beschl. vom 16.12.2014, 35 W (pat) 26/13 – Schwingungsabsorbierende Aufhängung innere Priorität	137
Marke		
BGH	Beschl. vom 10.7.2014, I ZB 81/13 – for you Zum Verkehrsverständnis bei Waren ohne individuelle Anpassung	140
BPatG	Beschl. vom 15.10.2014, 27 W (pat) 567/13 – Roots 64 keine „schwarz-weiß“ Eintragung einer Marke bei fehlender Festlegung der Farbe Leitsätze	142
Kostenrecht		
BPatG	Beschl. vom 23.10.2014, 10 W (pat) 151/14 – Fehlende Erfinderbenennung Verfahrenskostenhilfe	145

Inhalt

Verfahrensrecht	
BPatG	Urt. vom 11.12.2014, 7 Ni 32/14 (EP) – Extrudierte Platte Aussetzung des Nichtigkeitsverfahrens 146
BPatG	Beschl. vom 13.11.2014 – 9 W (pat) 25/13 – Großformat-Bogenoffset- druckmaschine Rückzahlung der Beschwerdegebühr im Einspruchsverfahren 146 Leitsätze

Rezensionen

Beyerlein	Heinz/Ritter (Hrsg.), Beck'sches Formularbuch für die Anwaltskanzlei, München 2014 148
------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------

Impressum

Schriftleitung

Verantwortlicher Schriftleiter: Patentanwalt Dipl.-Phys. Dr. rer. nat. Malte Köllner, Vogelweidstraße 8, 60596 Frankfurt, Tel.: 069/69 59 60-0, Telefax: 069/69 59 60-22, E-Mail: info-ffm@denemeyer-law.com. Weitere Mitglieder der Schriftleitung: Patentanwälte Dipl.-Phys. Dr. rer. nat. Stefan Schohe, München, Dipl.-Biol. Dr. phil. nat. Anastassios Pischitzis, Frankfurt. Einsendungen, die sich auf den Inhalt der Zeitschrift beziehen, sind an die obige Anschrift des verantwortlichen Schriftleiters zu richten. Aufsätze und Bemerkungen geben die Meinung des Verfassers, nicht die der Schriftleitung oder des Verlages wieder.

Beiträge werden nur zur zeitlich unbeschränkten Alleinveröffentlichung angenommen. Die Annahme zur Veröffentlichung muss schriftlich erfolgen. Mit der Annahme erwirbt der Verlag vom Verfasser alle Nutzungsrechte, auch zur digitalen Nutzung (z.B. auf CD und im Internet) und zur weiteren Vervielfältigung zu gewerblichen Zwecken im Wege fotomechanischer oder anderer Verfahren. Für Manuskripte, die unaufgefordert eingesandt werden, wird keine Haftung übernommen.

Verlag

Carl Heymanns Verlag – Eine Marke von Wolters Kluwer Deutschland GmbH, Freisinger Straße 3, 85716 Unterschleißheim, Telefon 089/3 6007-0, Telefax 089/3 60 07-33 10

Carl Heymanns Verlag – Eine Marke von Wolters Kluwer Deutschland GmbH, Köln, Luxemburger Straße 449, Postadresse: 50926 Köln, Telefon 0221/943 73-7000, Telefax 0221/943 73-7201. <http://www.heymanns.com>

Kundenservice: Telefon 02631/801-2222, e-mail: info@wolterskluwer.de

© 2015 Wolters Kluwer Deutschland GmbH/Carl Heymanns Verlag

Die Zeitschrift einschließlich aller ihrer Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jeder Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne die Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen, auch von Teilen der Zeitschrift zum innerbetrieblichen Gebrauch.

Bezugsbedingungen

Die Zeitschrift erscheint grundsätzlich monatlich. Jahresabonnement inkl. ein Online-Zugang Gesamtpreis 254,00 € zzgl. Versandkosten (14,40 € Inland/28,80 € Ausland). Das Jahresabonnement enthält 17,96 € USt (Print 7 % auf 224,04 € = 15,68 €; Online 19 % auf 12,00 € = 2,28 €). Bei Mehrfachlizenzen zzgl. 1,00 € je Nutzer/Monat zzgl. 19% USt. Vorzugspreis für Bewerber/Studenten 50 % (zzgl. Versandkosten). Aufkündigung des Bezugs bis 30.09. zum Jahresende. Einzelheft 25,40 € inkl. 7 % MwSt. zzgl. Versandkosten.

Anzeigen

Anzeigenverkauf: Karsten Kühn, Telefon 0221/943 73-77 97, Fax -177 97, E-Mail: kkuehn@wolterskluwer.de

Anzeigendisposition: Karin Odening, Telefon 0221/943 73-74 27, Fax -174 27, E-Mail: kodening@wolterskluwer.de

Die Anzeigen werden nach der Preisliste Nr. 34 vom 1. 1. 2015 berechnet.

Satz: rdz GmbH, Sankt Augustin

Druck: Williams Lea Et Tag GmbH, München

ISSN 0026-6884

36. Jahrgang
Heft 12
20. März 2015

Herausgeber:

RA Dr. Bruno M. Kübler
(Geschäftsführender Herausgeber)
Prof. Dr. Reinhard Bork
Prof. Dr. Wolfgang Lücke
Prof. Dr. Hanns Prütting
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Karsten Schmidt

Herausgeberbeirat:

Prof. Dr. Holger Altmeyden
Vors. Richter am BGH Prof. Dr. A. Bergmann
Prof. Dr. Georg Bitter
Prof. Dr. Moritz Brinkmann
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. C.-W. Canaris
Prof. Dr. Ulrich Ehrlicke
Prof. Dr. Horst Eidenmüller
Prof. Dr. Holger Fleischer
Prof. Dr. Walter Gerhardt
RA Dr. Burkard Göpfert
Vors. Richter am BGH a.D. Prof. Dr. W. Goette
MinDir. Marie Luise Graf-Schlicker
Prof. Dr. Mathias Habersack

Prof. Dr. Dr. h. c. Wolfram Henckel
Prof. Dr. Florian Jacoby
RA/StB Dr. Günter Kahlert
Vors. Richter am BGH Prof. Dr. G. Kayser
RA Dr. Bernd Klasmeyer
Prof. Dr. Lars Klöhn
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Marcus Lutter
Prof. Dr. Christoph G. Paulus
Vors. Richter am BGH a.D. Dr. h. c. V. Röhrich
Prof. Dr. Carsten Schäfer
Prof. Dr. Christoph Thole
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Peter Ulmer
RA Prof. Dr. Friedrich Graf von Westphalen

Inhaltsverzeichnis

ZIP-aktuell

EuGH zur Veröffentlichung von Insider-Informationen	A 23	Nr. 82
EuG zur Fusion von Deutscher Börse und NYSE Euronext	A 23	Nr. 83
BGH zu weiter gehenden Anträgen im KapMuG-Verfahren	A 23	Nr. 84
BAG zu Videoaufnahmen von Arbeitnehmern.	A 23	Nr. 85
VGH Kassel: Keine Einsicht in BaFin-Akten	A 23	Nr. 86
LG Frankfurt/M.: Zählung ausländischer Arbeitnehmer bei Schwellenwerten der Mitbestimmung	A 24	Nr. 87
BRat: Neue Aufsichtsregeln für Versicherungen	A 24	Nr. 88
BMF: RefE zur Änderung der Restrukturierungsfonds-VO	A 24	Nr. 89
EU: Begrenzung von Interbankenentgelten	A 24	Nr. 90

Aufsätze

<i>Hubert Ampferl, Nürnberg/München</i> <i>Raik Kilper, Nürnberg/Bayreuth</i>	Die Pflicht des Gläubigerausschusses zur Prüfung von Geldverkehr und -bestand	553
<i>Andreas Henkel, Hamburg</i>	Die Voraussetzungen für die Anordnung der (vorläufigen) Eigen- verwaltung	562

Rechtsprechung

Bank- und Kreditsicherungsrecht

BGH 20. 1. 2015 – XI ZR 316/13	Keine Aufklärungspflicht der beratenden Bank über negativen Markt- wert eines Cross-Currency-Swap-Vertrags (m. Anm. Carsten Herresthal)	572
--------------------------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----

Internet	www.zip-online.de : Volltexte ab Heft 1/1980 mit komfortabler Such- funktion und zitierfähigen Fundstellen – für ZIP-Abonnenten kostenfrei
-----------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Gesellschafts- und Kapitalmarktrecht

BGH	2. 12. 2014 – II ZR 322/13 +	Wirksamkeit eines Einziehungsbeschlusses trotz Divergenz zwischen der Summe der Nennbeträge der Anteile und dem Stammkapital	579
OLG Dresden	18. 12. 2014 – 5 W 1326/14	Abberufung des Allein-Gesellschafters als Geschäftsführer ohne Bestellung eines neuen Geschäftsführers nicht rechtsmissbräuchlich bei Vertretung durch Betreuer	581

Vertrags- und Haftungsrecht

BGH	5. 2. 2015 – VII ZR 109/13 +	Kein Ausgleichsanspruch des Franchisenehmers bei anonymer Massengeschäft und bloß faktischer Kontinuität des Kundenstamms . .	583
-----	------------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----

Insolvenz- und Sanierungsrecht

BGH	12. 2. 2015 – IX ZR 180/12	Zum Indiz der Kenntnis des Schuldners von seiner Zahlungsunfähigkeit für den Gläubigerbenachteiligungsvorsatz bei bargeschäftsähnlichem Leistungsaustausch	585
BGH	29. 1. 2015 – IX ZR 279/13 +	Kein Anspruch des Insolvenzverwalters gegen Gesellschafter auf unentgeltliche Nutzungsüberlassung	589
FG Hamburg	13. 6. 2014 – 6 V 76/14	Zum Ermessens Fehlgebrauch des Finanzamts bei Stellen eines Insolvenzantrags	599

Arbeits- und Sozialrecht

BSG	23. 10. 2014 – B 11 AL 6/14 R	Befreiung der Wohnungseigentümergeinschaft von der Insolvenzgeldumlage mangels Insolvenzfähigkeit	601
-----	-------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----